

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

China(kompetenz)

Lin Hieber

HIER KÖNNTE EIN SATZ ÜBER
EINEN DRACHEN STEHEN

Christoph Müller-Hofstede

CHINA(KOMPETENZ) IN
DER POLITISCHEN BILDUNG

Marina Rudyak

ÜBER CHINAKOMPETENZ
UND SINOLOGIE

Andreas Fulda

CHINA UND
DIE WISSENSCHAFT
IN GROßBRITANNIEN

Andrea Frenzel · Nadine Godehardt

MEHR CHINAKOMPETENZ
FÜR EINE STRATEGISCHE
CHINAPOLITIK

Ying Huang

WERTE ODER INTERESSEN?
MAXIMEN DER DEUTSCHEN
UND EUROPÄISCHEN
CHINAPOLITIK

Jens Damm

DAS „ANDERE CHINA“?
WAS WIR ÜBER TAIWAN
WISSEN SOLLTEN

APuZ

ZEITSCHRIFT DER BUNDESZENTRALE
FÜR POLITISCHE BILDUNG

Beilage zur Wochenzeitung Das **Parlament**

China(kompetenz)

APuZ 7-8/2021

LIN HIERSE

**HIER KÖNNTE EIN SATZ
ÜBER EINEN DRACHEN STEHEN**

„Chinakompetenz“ ist wegen Chinas Rolle in der Welt notwendig. Diese erfordert auch die Fähigkeit, nicht rassistisch zu sein, überholte und klischeebehaftete Chinabilder zu hinterfragen und die Vielfalt der Bilder und Stimmen über und aus China wahrzunehmen.

Seite 04–07

CHRISTOPH MÜLLER-HOFSTEDE

**CHINA(KOMPETENZ) IN DER
POLITISCHEN BILDUNG**

Der Aufstieg Chinas und seine geopolitischen Ambitionen berühren essenzielle Fragen politischer Bildung in der Demokratie, nicht zuletzt, weil auch das Selbstverständnis des Westens herausgefordert wird. Was kann politische Bildung zu China leisten?

Seite 08–13

MARINA RUDYAK

ÜBER CHINAKOMPETENZ UND SINOLOGIE

Ein mangelndes Verständnis von chinesischen politischen Strategien schafft Risiken, insbesondere dann, wenn die chinesische Seite uns besser kennt als umgekehrt. Um die Wissensasymmetrie abzubauen, braucht es die Sinologinnen und Sinologen als Wissensbroker.

Seite 14–19

ANDREAS FULDA

**CHINA UND DIE WISSENSCHAFT
IN GROßBRITANNIEN**

Chinakompetenz ist kein Allheilmittel, wenn es um den Umgang mit Chinas Einflussnahme im Ausland geht. Der Einparteiensstaat gefährdet mit seinem Agieren die Wissenschaftsfreiheit. Wie Universitäten reagieren können, wird am Beispiel Großbritanniens beschrieben.

Seite 20–25

ANDREA FRENZEL · NADINE GODEHARDT

**MEHR CHINAKOMPETENZ FÜR
EINE STRATEGISCHE CHINAPOLITIK**

Das Verständnis von „China“, seinen Akteuren, ihrem Handeln und ihren Ideen, braucht eine breite gesellschaftliche Basis in Deutschland und in Europa. Die Bildung von Chinakompetenz – und Chinakompetenz durch Bildung – sollte daher Teil der europäischen Chinastrategie sein.

Seite 26–32

YING HUANG

WERTE ODER INTERESSEN?

**MAXIMEN DEUTSCHER UND EUROPÄISCHER
CHINAPOLITIK**

Der Balanceakt zwischen Werte- und Interessenpolitik ist die wichtigste Leitlinie der deutschen und europäischen Chinapolitik. Doch wie soll die Balance mit Blick auf die zunehmende wirtschaftliche und strategische Bedeutung Chinas auf der Weltbühne erreicht werden?

Seite 33–39

JENS DAMM

**DAS „ANDERE CHINA“? WAS WIR ÜBER
TAIWAN WISSEN SOLLTEN**

Für eine umfassende „Chinakompetenz“ ist auch Wissen über Taiwans Geschichte und Gegenwart notwendig. Die Insel steht sowohl geopolitisch wegen der „Ein-China-Politik“ im Fokus als auch wegen ihrer erfolgreichen Demokratisierung und Liberalisierung.

Seite 40–45

EDITORIAL

Im Januar 2021 fügte „Der Spiegel“ mit seinem Titel „Der Siegeszug des Drachen“ der Sammlung von klischeebeladenen China-Symbolbildern ein weiteres Drachenmotiv hinzu. Rot ist die dominierende Farbe auf Magazin- und Buchcovern zu China, was bei den meisten westlich Sozialisierten vor allem die Assoziation „Kommunismus!“ hervorruft, tatsächlich aber eine traditionell beliebte Farbe im Land ist. Ob in Asien Beiträge über europäische Länder mit Messer und Gabel illustriert werden, wie es umgekehrt mit Essstäbchen der Fall ist?

„China kennt uns. Aber wir kennen China nicht“, fasst die Sinologin Marina Rudyak zusammen – eine Diagnose, der sich viele anschließen können. Doch welche Fähigkeiten und Fertigkeiten, kurz: welche Kompetenz braucht es, um zu einem realistischen Bild des gegenwärtigen Chinas und Beijings Interessen zu kommen? In der Debatte, auf welchen Grundlagen eine strategische deutsche und europäische Chinapolitik aufbauen sollte, ist „Chinakompetenz“ ein verbreitetes Schlagwort geworden.

China macht es einem aber auch nicht leicht. Die Erwartung des Westens, die Marktöffnung der Volksrepublik würde Liberalisierung und Demokratisierung in Politik und Gesellschaft nach sich ziehen, hat sich nicht erfüllt. Stattdessen ist der Staat seit dem Machtantritt Xi Jinpings 2012 innenpolitisch rigider und außenpolitisch ausgreifender geworden, verortet sich selbst in einer Systemkonkurrenz zum Westen und sieht sich auf der seidenen Gewinnerstraße. Auch das gehört zu einem differenzierten Bild von China dazu.

Anne Seibring

ESSAY

HIER KÖNNTE EIN SATZ ÜBER EINEN DRACHEN STEHEN

Lin Hierse

Ich bin jetzt 30 Jahre alt, und ich kenne keine Welt, in der man sich nicht die Geschichte eines nahenden chinesischen Zeitalters erzählt. Dabei werden verschiedene, häufig bedrohliche Szenarien entworfen und entsprechend bebildert. Mal bäumen sich ein chinesischer Drache und ein US-amerikanischer Adler voreinander auf, oder man sieht die jeweils amtierenden Präsidenten der zwei Großmächte, die sich im Profil vor wehenden Nationalflaggen anstarren.

Als ich noch jünger war, widmete sich die Berichterstattung über China oft dem Image der „Werkbank der Welt“, und das Label „Made in China“ hält sich bei vielen bis heute als abwertende Metapher für billig produzierte Ware mit schlechter Qualität, obwohl diese Realität längst überholt ist. Außerdem ging es häufig um Spionage und China als aufstrebende Großmacht im fernen Osten – mit Megastädten aus neuen, blitzenden Hochhäusern und einer Masse an Menschen, die im Transformationsprozess irgendwo „zwischen Tradition und Moderne“ festklemmt. Und auch die Frage nach Werten und der Kampf um die globale Vormacht in Bezug auf Freiheit und Unfreiheit wurde in diesen Erzählungen stets mit verhandelt.

Es ist nicht so, als seien diese Themen nicht relevant. Sie waren sehr relevant, und sind es noch immer. Aber sie sind auch sehr beschränkt. Hätte ich damals ein Bild malen sollen von China in der Welt, dann hätte es Linksaußen mit den USA begonnen und Rechtsaußen mit China aufgehört. Dazwischen wäre Europa ein kleiner, kaum bedeutender Punkt gewesen. Afrika, Australien und Südamerika wären auf dieser Achse nicht einmal aufgetaucht. Jetzt denke ich manchmal, dass dieser Umstand ein passendes Sinnbild dafür ist, wie Europa und auch Deutschland in ihren Beziehungen zu China dastehen: etwas verloren, ohne ausreichenden Blick auf und für das größere Ganze und trotzdem mittendrin.

Heute, im Jahr 2021, sind wir tatsächlich mittendrin im lange beschworenen chinesischen Zeit-

alter. Aber sind wir auch gut vorbereitet? Expert:innen sagen: Nein. Im Februar 2020 hat eine Kommission zu Forschung und Innovation Bundeskanzlerin Angela Merkel ein Jahresgutachten vorgelegt, das Deutschland mangelnde China-kompetenz im Bereich der Wissenschaft attestiert. Ein produktiver wissenschaftlicher Austausch mit China brauche Menschen, die sich mit der chinesischen Sprache und Kultur auskennen, aber auch die Märkte, die institutionellen Rahmenbedingungen und die politischen Strukturen verstünden, heißt es darin. Das ist weniger eine Kritik an einzelnen Forschenden und sinologischen Instituten in Deutschland als vielmehr die Forderung nach einer breiteren Strategie. Es brauche eine zentrale Kompetenzstelle, die Wissenschaftler:innen aller Fachbereiche zu Kooperationen mit chinesischen Partner:innen berät und informiert. Außerdem solle Forschung und Lehre gestärkt werden, „welche zum Verständnis von aktuellen politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen in China beiträgt“.⁰¹

Bereits zwei Jahre zuvor stellten Wissenschaftler:innen des Mercator Institute for China Studies in einem Bericht fest, dass es Deutschen an China-kompetenz fehlt. Auch dieser Bericht kommt zu dem Schluss, dass „mehr“ gebraucht wird: mehr Angebote an Schulen und Hochschulen, mehr Expertise in Diplomatie und Rechtswissenschaften und in der Konsequenz insbesondere mehr Lehrkräfte mit „fundierten China-Kenntnissen“.⁰²

Was bedeutet nun fundiert? Bei alledem fängt man, wie immer, am besten vorne an: mit der Frage danach, was „Chinakompetenz“ eigentlich ausmacht. Können nur Einzelpersonen sie erwerben, indem sie zum Beispiel die Sprache lernen und sich mit der chinesischen Geschichte und Gegenwart auseinandersetzen, oder ist China-kompetenz etwas, das wir uns auch kollektiv als Gesellschaft aneignen können? Und wenn ja – wie machen wir das?

BUSINESS – AS USUAL

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung schließt in seine Definition von Chinakompetenz Sprachkenntnisse, ein „Grundverständnis von Chinas Wirtschaft, Politik, moderner Geschichte und Gesellschaft“ sowie „interkulturelle Fähigkeiten“ ein. Dass Wirtschaft noch vor Politik, moderner Geschichte und Gesellschaft genannt wird, steht sinnbildlich für den ökonomischen Fokus, der hierzulande auf die Beziehungen zu China gelegt wird. Das Interesse an China ist oft am rein geschäftlichen Nutzen orientiert. Dass es aufgrund enger wirtschaftlicher Beziehungen einen Bedarf an Expertise in diesem Bereich gibt, ist nachvollziehbar. Doch die Wirtschaft mit ihrer jahrzehntelangen Erzählung des „Rising Dragon“ und der gefährlichen, spionierenden Supermacht hat durchaus ihren Teil dazu beigetragen, das Interesse an China auf Geschäftliches und eine opportune „So viel, wie es uns eben nützt“-Haltung zu beschränken. Der Fokus auf den wirtschaftlichen Aspekt im Verständnis von China hat so eher dazu geführt, chinaspezifische Wirtschaftskompetenz zu fördern statt tatsächlicher Chinakompetenz.

Ein weiterer absurder Nebeneffekt dieses business-zentrierten Interesses ist, dass es relativ wenig braucht, um in Deutschland als Chinaexpert:in zu gelten. Absurd, weil Expertise ja eigentlich ein „viel“ oder zumindest ein „mehr“ voraussetzt. Da kann jemand ganz in kolonialer Tradition „Chinaexpert:in“ heißen, obwohl er oder sie vielen Debatten gar nicht aus erster Hand folgen kann und sich ausschließlich auf übersetzte und damit vorsortierte Informationen berufen muss. Während fast jede:r die sprachlichen Fähigkeiten mitbringt, Nachrichten aus der englischsprachigen Welt einzuordnen und die meisten wesentlichen Entwicklungen in den USA auch auf Deutsch von verschiedenen Expert:innen diskutiert werden, muss man bei China auf deutlich begrenztere Quellen zurückgreifen. So entstehen im öffentlichen Raum kaum Debatten, dafür aber umso mehr moderne Mythen, Verkürzungen und Gerüchte, wie sich

beispielsweise an der Berichterstattung über das sogenannte Sozialkreditsystem beobachten ließ.⁰³

Anders als viele andere nicht europäische Gesellschaften ist China wegen seiner wirtschaftlichen Bedeutung und dem Machtanspruch der Kommunistischen Partei zwar dauerpräsent – in der deutschen Kunst- und Kulturlandschaft und im Alltag der meisten Deutschen spielt das Land aber nur am Rande eine Rolle. Dass es zunehmend schwerer wird, auch abseits der üblichen Themen Interesse an China zu wecken, liegt auch daran, dass unsere Berichterstattung und Repräsentation seit Jahren ein Chinabild vom bösen Gegenspieler des Westens stärkt und so Ängste schürt. Zugleich verlängert dieses Bild in seiner Wirkung viele hartnäckige, teils rassistische Stereotype.

Doch angenommen, es gäbe bessere und vielfältigere Angebote, China auch ab von Wirtschaft und Politik kennenzulernen – wäre es dann besser bestellt um die deutsche Chinakompetenz? Eine Sprache lässt sich erlernen, ein erstes Grundverständnis verschiedener Lebensbereiche ebenfalls – auch aus der Entfernung. Der viel schwieriger zu greifende Schlüssel zur Chinakompetenz liegt in der Phrase „interkulturelle Fähigkeiten“. Wie soll man interkulturelle Fähigkeiten messen, wo fangen sie überhaupt an? Es gibt zahlreiche Ratgeber und Fachliteratur zu diesem Thema. Im Alltag bleibt der Begriff jedoch häufig schwammig. Wer mal ein Semester in China studiert hat oder vielleicht auf einer zweiwöchigen Dienstreise irgendwo im Ausland war, macht möglicherweise schon ein gut gemeintes Kreuz hinter dieser Anforderung, die immer häufiger in Jobausschreibungen steht.

Was hinter dem hochgehandelten Schlagwort „Interkulturalität“ steckt, ist jedoch viel mehr als ein karrierefördernder Spiegelstrich. Zu interkulturellen Fähigkeiten gehört zu allererst die Bereitschaft, sich nicht nur mit der anderen Seite wie mit einem Studienobjekt auseinanderzusetzen, sondern auch die eigenen Perspektiven auf das vermeintlich Andere zu hinterfragen und manche von ihnen aktiv zu verlernen.

NICHT RASSISTISCH SEIN

Chinakompetenz – beziehungsweise jegliche Kompetenz in Hinblick auf einen bestimmten Kulturraum – bedeutet auch die kritische Be-

01 Deutschland braucht mehr Chinakompetenz, 19.2.2020, www.forschung-und-lehre.de/politik/deutschland-braucht-mehr-china-kompetenz-2534.

02 Matthias Stepan et al., China kennen, China können. Ausgangspunkte für den Ausbau von China-Kompetenz in Deutschland, *Merics China Monitor* 45/2018, S. 8.

03 Vgl. Louise Matsakis, *How the West Got China's Social Credit System Wrong*, 29.7.2019, www.wired.com/story/china-social-credit-score-system.

trachtung und Dekonstruktion einer herrschenden, weißen Sicht auf die Welt. Es bedeutet, über Macht nachzudenken: die Macht von Sprache, von Wissen und von Zugang.⁰⁴ Interkulturell fähig zu sein, heißt auch, nicht rassistisch zu sein. Das wiederum setzt voraus, Rassismus dort zu benennen und offenzulegen, wo er stattfindet. Er muss das Attribut verlieren, „normal“ oder „einfach nur ein Witz“ zu sein. Das ist nicht nur im absolut berechtigten Interesse derer, die von Rassismus betroffen sind, sondern sollte von jeder Person und Gesellschaft als notwendig und selbstverständlich erachtet werden, die die Welt verstehen und verändern will. „Collective responsibility“, nannte die Schwarze Feministin bell hooks das bereits 1989.⁰⁵

Im Fall von Chinakompetenz ließe sich mit der Herkunft und Genese der vielen überholten und klischeebehafteten Chinabilder im Alltag anfangen. Wie tragen Drachen, Glückskekse und Menschenmassen, aber auch Fotos von asiatisch gelesenen Menschen im Zusammenhang mit Nachrichten über Covid-19 zu Vorstellungen bei, die Deutsche sich von China machen? Welche Bilder entstehen aus dem Kinderlied von den drei Chinesen mit dem Kontrabass und der Praxis des Yellowfacing in Film und Theater? Ergibt eine Gewürzmischung namens „China“ im Regal zwischen Chili und Curry eigentlich Sinn?

Diese Dinge mögen klein klingen in Relation zu Chinas Gewicht auf der globalen Bühne und auf den einen oder die andere nichtig wirken im Vergleich zu Praxis-Tipps zu chinesischen Business-Regeln oder Urlaubsreisen. Aber die Auseinandersetzung mit der eigenen Sicht auf die Welt ist eine wichtige Voraussetzung dafür, diese Welt und ihre Akteur:innen besser zu verstehen und sich selbst in der Welt zu verhalten. Vielleicht sogar die wichtigste.

Sowohl Teile der Medien als auch politische Amtsinhaber:innen verschiedener Parteien und große Teile der deutschen Zivilgesellschaft haben in den vergangenen Monaten erneut bewiesen, dass Rassismus in unserer Gesellschaft noch immer verbreitet ist. Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes nannte die Corona-Pandemie

einen „Brandbeschleuniger für Rassismus“.⁰⁶ Davon sind viele ostasiatisch gelesene Menschen betroffen, aber auch Hilfsarbeiter:innen aus Rumänien oder Menschen, denen eine türkische oder arabische Herkunft zugeschrieben wird. Wegen einzelner Hochzeitsfeiern, die zu Infektionssprüngen geführt haben, wurden viele von ihnen unter Generalverdacht gestellt. Aus Weihnachtsbesuchen und Skiurlauben leitet hingegen (noch) kaum jemand ab, dass weiße Deutsche als Gruppe verdächtige Infektionstreiber:innen sind.

Die vergangenen Monate haben außerdem gezeigt, dass Deutschland in vielerlei Hinsicht nicht bereit oder fähig ist, von Gesellschaften zu lernen, die größere Erfolge bei der Eindämmung der Pandemie zu verzeichnen hatten. Der Westen hat sich zu lange auf der orientalistischen Selbstgewissheit ausgeruht, zivilisatorisch überlegen zu sein, während zugleich die Erzählung der bedrohlichen Supermacht aus Fernost aufrechterhalten wurde. Und so stehen wir da, scheinbar ohne Strategie oder Haltung, unterzeichnen Handelsabkommen und spulen Floskeln der Kritik ab, wenn es um Menschenrechte geht.

Westliche Gesellschaften haben – geprägt durch ihre imperiale und koloniale Vergangenheit und Gegenwart – dem Rest der Welt Vielschichtigkeit und Menschlichkeit abgesprochen, individuell und kollektiv. In Bezug auf China manifestiert sich diese Haltung in der Idee, die chinesische Bevölkerung sei eine ferngesteuerte Masse unter autoritärer Hand, ohne die Fähigkeit zum freien, individuellen Denken. Doch selbstverständlich gibt es auch in einem autoritären Staat Dissens und eine Vielfalt an Stimmen.⁰⁷ Chinesische Intellektuelle denken seit jeher über ihr Land und die ganze Welt nach. Sie werden allerdings seltener übersetzt und finden auch deshalb kaum in Debatten außerhalb Chinas statt. Dass ihre Gedanken folglich international wenig Gehör finden, obwohl sie Impulse und Analysen zu einem der wichtigsten Akteur:innen unserer Welt beisteuern können, ist besorgniserregend.

04 Vgl. Yangyang Cheng, „China-Watching“ Is a Lucrative Business. But Whose Language Do the Experts Speak?, 13. 1. 2021, www.theguardian.com/commentisfree/2021/jan/13/understand-china-speak-chinese-english-language.

05 bell hooks, *Overcoming White Supremacy: A Comment in: dies., Talking Back: Thinking Feminist, Thinking Black*, Boston 1989, S. 112–119.

06 Vgl. Antidiskriminierungsstelle beklagt zunehmenden Rassismus in der Corona-Pandemie, 29. 12. 2020, www.spiegel.de/politik/deutschland/corona-pandemie-starke-zunahme-von-rassismus-und-diskriminierung-a-f8eea2dd-a4df-45ab-ac6e-d6a4b0c06c4a. Siehe auch Kimiko Suda/Sabrina J. Mayer/Christoph Nguyen, *Antiasiatischer Rassismus in Deutschland*, in: APuZ 42–44/2020, S. 39–44 (Anm. d. Red.).

07 Vgl. Ian Johnson, *What Is China Thinking?*, 2. 12. 2020, <https://supchina.com/2020/12/02/what-is-china-thinking>.

Die Welt ist einfacher zu verstehen, wenn wir sie in einfache Kategorien einteilen. So funktionieren Märchenerzählungen, in denen Gut gegen Böse kämpfen muss. So verkaufen sich Zeitungen angeblich besser, so finden wir etwas, woran wir uns im komplexen Getöse der Globalisierung festhalten können. Das Dilemma dabei bleibt aber: Eine vereinfachte Version der Welt ist leichter zu verstehen, aber eine vereinfachte Version der Welt ist nie wirklich die Welt. Was also tun?

ZUHÖREN, HINSEHEN, WAHRNEHMEN

Die Antwort ist naheliegend: Wir müssen uns um Differenziertheit bemühen. Ihre Abwesenheit ist oft ein Problem, auch in Bezug auf China und auf sogenannte Chinakompetenz. Es ist zugegebenermaßen nicht leicht, über China zu berichten und sich verlässlich zu informieren. Und es wird schwieriger. Politische Spannungen wirken sich direkt auf Möglichkeiten des Austauschs und des Lernens aus. Journalist:innen, die aus China berichten, haben es zunehmend schwer. Zuletzt wurden im März 2020 13 Korrespondent:innen US-amerikanischer Medien ausgewiesen. Das wirkt sich auch auf die Informationslage in Deutschland aus, wo Interessierte oft auf Veröffentlichungen aus den USA zurückgreifen, weil dort eine größere chinesische Diaspora in Alltag und medialer Öffentlichkeit vertreten ist. Dort finden sich zum Beispiel Analysen dazu, warum viele chinesische Dissidenten Donald Trump unterstützen, aber auch Essays über verschiedene chinesische Küchen – wichtige Nuancen und Themen, die in Deutschland keine wesentliche Beachtung finden.

In vielen Wissenschaftsfeldern wird mit dekolonialen Ansätzen längst daran gearbeitet, die Position der Forschenden, oft weißen Subjekte, in der Erzählung der Welt kritisch einzubeziehen, auch rückwirkend. Als Gesellschaft verstehen wir allerdings zu langsam, dass Geschichtsschreibung von kolonialen, weißen Blicken beherrscht und deshalb wichtige Perspektiven auf Wahrheit und Wirklichkeit ignoriert wurden. Schon 1967, einen Tag vor seiner Ermordung, brachte Martin Luther King diese Haltung in einer Rede auf den Punkt: „The Western arrogance of feeling that

it has everything to teach others and nothing to learn from them is not just.“⁰⁸

Wegen dieser Altlasten wird es nicht ausreichen, Chinakompetenz nur an Sprachkenntnissen, Studienwissen und Auslandserfahrung festzumachen. Es wird nicht genug sein, neben den großen Themen Wirtschaft und Politik lediglich kleine kulturelle oder philosophische Häppchen zu reichen und ein paar Souvenirs zu importieren, wie Massageroller aus Jade oder Kalenderzitate von Konfuzius. Wir müssen nachdrücklicher die Frage stellen, wie wir Chinakompetenz nicht als Expertise ein paar weniger Fachleute oder als Vorzeigeskill im Lebenslauf junger Karrieremenschen vermitteln, sondern als Notwendigkeit, um die Welt, wie sie ist und sein wird, zu begreifen. Auch, um China auf der globalen Bühne langfristig begegnen und etwas entgegensetzen zu können.

Das mag nach einer Mammutaufgabe klingen. Aber wir machen Ähnliches längst mit dem englischsprachigen Kulturraum oder den Nachbar:innen in Frankreich. Wir lernen Sprachen, wir lesen Literatur und Gedichte im Original oder gut übersetzt. Wir studieren die Gedanken ihrer Intellektuellen, hören ihre Musik und produzieren gemeinsam Filme. Dieser Austausch macht immer wieder neugierig aufeinander. Das ist mehr als Unterhaltung. Es ist die Grundlage für Fortschritt und Wachstum, im zivilisatorischen Sinn.

Mit China tun wir all das noch relativ selten, dabei wäre es besonders unter den angespannten weltpolitischen Verhältnissen wichtig. Wirklich logisch ist dieses Versäumnis nicht zu begründen – schon gar nicht in einer Welt, in der räumliche Entfernung nicht mehr als Maßstab für Distanz genügt. Es mag Interesse geben an China, großes, wenn es ums Geld geht, und wichtiges im Bereich der internationalen Zusammenarbeit. Es gibt kompetente Wissenschaftler:innen und Expert:innen in anderen Bereichen, die China nicht nur aus Lehrbüchern kennen. Aber wir brauchen tatsächlich mehr, wir brauchen eine Vielfalt der Bilder und der Stimmen. Davon gibt es auch in China reichlich. Wir müssen deutlich kompetenter darin werden, sie als gleichwertig und wertvoll wahrzunehmen.

LIN HIERSE

hat Asien- und Afrikawissenschaften sowie Human-geografie studiert und ist Redakteurin bei der „Taz. Die Tageszeitung“. Dort schreibt sie unter anderem die Kolumne „Poetical Correctness“.

Twitter: @linhierse

08 Martin Luther King Jr., A Time to Break Silence, 4. 4. 1967, www.blackpast.org/african-american-history/1967-martin-luther-king-jr-beyond-vietnam-time-break-silence.

ZWISCHEN SYSTEMKONKURRENZ UND DIALOGBEREITSCHAFT

China(kompetenz) in der politischen Bildung

Christoph Müller-Hofstede

Anfang 2021 lässt sich festhalten, dass die Corona-Pandemie zu einer weiteren Verschärfung der Kontroversen und Konflikte zwischen China und dem Westen⁰¹ beigetragen hat. Während sowohl Europa als auch die USA im Umgang mit der Krise keine gute Figur machten, konnte China (wie auch andere asiatische Staaten) das Virus nach anfänglichen Schwierigkeiten erfolgreich eindämmen und die Pandemie nutzen, um seine Macht nach innen und nach außen weiter auszubauen. In den Worten eines führenden Funktionärs der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh): „Der Westen steigt ab, der Osten steigt auf.“⁰² Der Machtzuwachs Chinas zeigt sich auf vielen Feldern und weist auf eine tektonische Verschiebung im Verhältnis des Westens zu China hin. Während über die Tatsache des Aufstiegs Chinas weitgehend Einigkeit besteht, ist fraglich, welche Schlussfolgerungen daraus zu ziehen sind. Der Streit darüber hat gerade erst begonnen.⁰³

Angesichts der aktuellen Versuche, die Vorgänge in China neu zu verstehen, ist es wichtig, sich die zentrale Rolle Chinas als Projektionsfläche für europäische Wünsche, Angst und Faszination zu vergegenwärtigen. Diese reicht zurück bis in die Zeit der Renaissance und Aufklärung: „Seitdem der Westen begonnen hat, sich auf China einzulassen – mit dem Beginn der missionarischen Overtüren im 16. Jahrhundert – wurde das himmlische Reich von Kirchenmännern, Kaufleuten und philosophischen Intellektuellen als ein potentes Traumland mit fast paradiesischen Möglichkeiten betrachtet: für die christliche Bekehrung, für wirtschaftlichen Profit, für Lektionen in Regierungsführung. Die Umarmung des Maoismus durch westliche Radikale ist daher die jüngste Wiederholung einer jahrhundertealten Neigung, das erfreulich abgelegene, exotische China als eine Fundgrube für politische, soziale, kulturelle und wirtschaftliche Tugenden zu identifizieren.“⁰⁴

Nach dem Tode Maos 1976 zerfiel die maoistische Linke und verfolgte Karrieren in Publizistik, Wissenschaft und Politik, vielfach bei den Grünen, aber auch bei konservativen Parteien, wie das Beispiel José Manuel Barroso zeigt. Die später einsetzende Euphorie westlicher Politiker und Wirtschaftslenker über die Marktöffnung Chinas in den 1980er und 1990er Jahren in Publizistik und Wissenschaft knüpfte dann auf eine merkwürdige Weise an die Phase der kulturevolutionären Projektionen im Westen an – ebenfalls einhergehend mit einer „chronischen Gering-schätzung der Menschenrechte“.⁰⁵

Unübersehbar wächst zurzeit in der öffentlichen Debatte sowohl international als auch in Deutschland das Misstrauen und die Kritik an Chinas innenpolitischem und außenpolitischem Verhalten – ganz gleich, ob es um die repressiven Maßnahmen in Xinjiang, um die Unterdrückung der Opposition in Hongkong und in China selbst oder um die bis nach Europa reichenden Pläne einer „Neuen Seidenstraße“⁰⁶ geht. Diese Entwicklungen berühren essenzielle Fragen politischer Bildung in der Demokratie, nicht zuletzt, weil sie auch das Selbstverständnis des Westens als „normatives Projekt“ (Heinrich August Winkler) – untrennbar verbunden mit den Werten der europäischen Aufklärung, Demokratie, Gewaltenteilung, Menschenrechte – infrage zu stellen scheint. Auch das westlich geprägte Bild des Menschen als selbstbestimmtes Individuum steht auf dem Prüfstand.⁰⁷ Wie diese neuen Fragen und Kontexte in der politischen Bildung sinnvoll behandelt werden können, steht im Zentrum dieses Beitrages.

DIE VERLORENE WETTE DES WESTENS

Noch im Jahr 2001 wurden mit dem Beitritt Chinas zur Welthandelsorganisation (WTO) große Hoffnungen auf eine langfristige Einbindung des

Landes in die regelbasierte Weltordnung des Westens und eine innenpolitische Demokratisierung verbunden. Auch unter vielen chinesischen Intellektuellen und sogar in Teilen der Parteilite gab es Anhänger dieses Weges, der sich auf Trends in der chinesischen Gesellschaft wie den wachsenden Wohlstand einer gebildeten Mittelschicht sowie Pluralisierungs- und Individualisierungsprozesse stützte.⁰⁸ Die aus dem Kalten Krieg mit dem „Ostblock“ stammende Formel „Wandel durch Handel“ sollte auch für China gelten.

Die Idee, China „in die Welt zu integrieren“, ging schon lange vor der Öffnung Chinas in die geostrategischen Überlegungen der USA ein. 1967 äußerte Richard Nixon, mitten im eskalierendem Vietnamkrieg, in einem prophetischen Beitrag: „Wir können es uns einfach nicht leisten, China für immer außerhalb der Völkergemeinschaft zu lassen, damit es dort (draußen) seine Phantasien nährt, seine Hassgefühle pflegt und seine Nachbarn bedroht. Auf diesem kleinen Planeten ist es nicht möglich, eine Milliarde seiner potentiell fähigsten Menschen in zorniger Isolation leben zu lassen.“⁰⁹

Nur wenige Jahre später trug Nixon mit seinem Besuch in China 1972 entscheidend dazu bei, China aus dieser Isolation zu holen. Nach dem Tode Mao Zedongs wurden die wirtschaftliche Liberalisierung und die weitere Öffnung zum Westen eine wesentliche Voraussetzung für die dynamische Entwicklung Chinas ab Mitte der

1980er Jahre. Fast drei Jahrzehnte begleitete die Grundidee einer Liberalisierung Chinas – parallel zum Wohlzustandszuwachs und gesellschaftlicher Pluralisierung und Individualisierung – trotz aller Rückschläge und widersprüchlicher Signale den Aufstieg des Landes.

Erst die „leninistische Gegenreformation“¹⁰ nach dem Amtsantritt Xi Jinpings als Generalsekretär der KPCh 2012 beendete den soeben noch für unumkehrbar gehaltenen Trend hin zu mehr Liberalismus, Demokratie und Rechtsstaat. Die politisch-ideologische Kontrolle der Gesellschaft wurde massiv verstärkt, dissidente Stimmen unterdrückt und das Land mit der Formel vom „Wiederaufblühen der Nation“ auf eine deutlich aggressivere Außenpolitik eingestimmt.¹¹ Spätestens mit der Abschaffung der noch in der Reformära eingeführten Begrenzung der Amtszeit des Präsidenten auf dem Nationalen Volkskongress 2018 war die „25-jährige Wette des Westens auf China“¹² gescheitert.

Diese Entwicklungen läuteten eine neue Phase in den chinesisch-westlichen Beziehungen ein, in der China deutlicher als je zuvor als „systemische Bedrohung“ westlicher Werte und geopolitischer Positionen angesehen wurde. Der damalige US-Außenminister Mike Pompeo fasste den neuen Blick auf China in einer viel beachteten Rede im Oktober 2019 so zusammen: „Wir haben den Aufstieg Chinas jahrzehntelang geduldet und gefördert, auch wenn dieser Aufstieg auf Kosten der

01 Der Begriff „Westen“ wird abkürzend für die Vielfalt der europäischen, amerikanischen und ab dem 20. Jahrhundert auch japanischen und russischen/sowjetischen Einflüsse in China verwendet. Ebenso steht der Begriff „China“ für eine hochkomplexe, plurale und widersprüchliche „Entität“ im Wandel, die weder kulturell noch historisch dem gängigen Fremd- und Selbstbild eines „ewigen China“ entspricht. Siehe ausführlich Kai Vogelsang, *Geschichte Chinas*, Stuttgart 2012.

02 Zit. nach Friederike Böge, *Chinas Hybris*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)*, 15. 12. 2020, S. 1. Siehe auch Mercator Institute for China Studies (Merics), *China in 2021*, 10. 12. 2021, <https://merics.org/en/briefing/china-2021-agenda-setting-anniversaries-and-potential-conflict>; ausführlich Zhang Junhua, *Chinas „Wolfskrieger“-Diplomatie ist ein Irrweg*, 25. 8. 2020, www.nzz.ch/meinung/eine-sackgasse-chinas-aggressive-wolfskrieger-diplomatie-ld.1571872.

03 Siehe beispielhaft das Streitgespräch zwischen Matthias Döpfner und Kishore Mahbubani, „Wie gefährlich ist China?“, in: *Die Zeit*, 18. 6. 2020, S. 10f.

04 Julia Lovell, *Maoism – A Global History*, London 2019, S. 190. Alle Übersetzungen in diesem Beitrag durch den Autor. Vgl. auch Christoph Müller-Hofstede, *Reich und rastlos: Chinas Aufstieg in der internationalen Ordnung*, in: Doris Fischer/ders. (Hrsg.), *Länderbericht China*, Bonn 2014, S. 807–838.

05 Vgl. Mark Siemons, *Der Traum ist tot, der Schrecken bleibt. Über die chinesische Kulturrevolution und die Angst des Westens vor Erstarrung*, in: *FAZ*, 4. 4. 1992, *Bilder und Zeiten* S. 1 f. Siehe beispielhaft die Äußerungen von Helmut Schmidt, „Mao hat die Toten nicht gewollt“. Der Altkanzler verteidigt chinesisches Massaker von 1989, 14. 9. 2012, www.morgenpost.de/109207265.

06 Ausführlich zu diesem Projekt: Sebastian Heilmann, *Die Seidenstrassen-Illusion. Mythen und Realitäten eines eurasischen Superkontinents unter chinesischer Vorherrschaft*, Zürich 2020.

07 Vgl. ders., *Herde statt Werte*, in: *Internationale Politik*, Januar/Februar 2020, S. 103–107; Mark Siemons, *Die Zweiteilung der Welt*, 24. 5. 2020, www.faz.net/-16782728.

08 Vgl. ders., *Die chinesische Verunsicherung*, München 2017, S. 13.

09 Richard M. Nixon, *Asia After Viet Nam*, in: *Foreign Affairs* 1/1967, S. 111–125.

10 Vgl. Siemons (Anm. 8), S. 14.

11 Ausführlich Nadine Godehardt, *Wie China Weltpolitik formt. Die Logik von Pekings Außenpolitik unter Xi Jinping*, *Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP Studie* 19/2020. Zum alten und neuen chinesischen Nationalismus Müller-Hofstede (Anm. 4).

12 *How the West Got China Wrong*, 1. 3. 2018, www.economist.com/leaders/2018/03/01/how-the-west-got-china-wrong.

amerikanischen Werte, der westlichen Demokratie, der Sicherheit und des gesunden Menschenverstands ging.“¹³

Auch die Chinastrategie der EU wurde im März 2019 revidiert und präsentierte einen neuen Blick auf China als gegnerische Macht: „China ist gleichzeitig in verschiedenen Politikbereichen ein Kooperationspartner, mit dem die EU eng abgestimmte Ziele verfolgt, ein Verhandlungspartner, mit dem die EU einen Interessenausgleich finden muss, ein wirtschaftlicher Konkurrent im Streben nach technologischer Führerschaft und ein *systemischer Rivale*, der alternative Modelle der Regierungsführung fördert.“¹⁴

In Deutschland forderte der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) in einem Positionspapier die deutsche und europäische Politik auf, Maßnahmen gegenüber unangemessenen wirtschaftlichen Aktivitäten Chinas zu ergreifen, da alle Erwartungen, China werde sich allmählich zu einer liberalen Volkswirtschaft entwickeln, enttäuscht worden seien. Die Konvergenz-These sei nicht mehr haltbar.¹⁵ Ein Antrag der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag vom Oktober 2020 verlangt eine „Neujustierung“ der deutschen und europäischen Chinapolitik. „Chinas rasante Entwicklung basiert dabei nicht auf Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und freier Marktwirtschaft. Vielmehr entwirft China mit seinem staatskapitalistischen und autoritären Einparteiensystem ein Gegenmodell zur westlichen Demokratie. Daraus ergeben sich immense Herausforderungen“,¹⁶ lautet die Diagnose. Insbesondere wird daher der Ausbau der „Chinaexpertise“ gefordert: „Um die Geschichte und Gegenwart der Beziehungen Chinas zur übrigen Welt, insbesondere zu Europa, und die verschiedenen Denkströmungen in Partei, Gesellschaft, Wirtschaft und in intellektuellen Kreisen in Chi-

na zu verstehen, ist es notwendig, die China-Expertise hierzulande in Behörden, Parteien, Schulen und Universitäten sowie in anderen Organisationen stärker auszubauen.“¹⁷

Der Auf- und Ausbau von Chinaexpertise oder -kompetenz steht hier im Mittelpunkt einer neuen politischen Agenda. Diese kann als direkte Folge der geplatzten „Wette des Westens“ gesehen werden. Wenn es stimmt, dass die westliche Chinakompetenz noch unterentwickelt ist, dann erscheint es in der Tat wichtiger denn je, sowohl die Zugänge zu China weiter offen zu halten als auch mittelfristig das „Debattenklima der alternativen politischen Bekenntnisse gegenüber China zu verändern und ein eigenständiges starkes europäisches Narrativ zu entwickeln“.¹⁸ Welche Rolle kann die politische Bildung hier spielen? Welche Kompetenzen sind vorhanden, welche offenen Fragen stellen sich angesichts einer geopolitischen Transition, die einige Beobachter mit dem Beginn eines „neuen Kalten Krieges“ verbinden,¹⁹ einer Aufteilung der Welt in zwei antagonistische Blöcke?

CHINA IN DER POLITISCHEN BILDUNG: KOMPETENZEN UND OFFENE FRAGEN

„Menschen und Demokratien müssen im 21. Jahrhundert immer enger zusammenarbeiten, um grenzüberschreitende Herausforderungen zu bewältigen, voneinander zu lernen, sich gegenseitig zu unterstützen und um sich um einen gemeinsamen Planeten zu kümmern. In vielfältigen Gesellschaften sind die Fähigkeiten, die für die Teilnahme an der Demokratie innerhalb eines jeden Landes erforderlich sind, auch diejenigen, die für das Verständnis und die Teilnahme an regionalen und globalen Gesellschaften erforderlich sind.“²⁰ Die globale Herausforderung des chinesischen Aufstiegs zwingt uns somit, über die Rolle der Bildung im Allgemeinen und der politischen Bildung im Besonderen nachzudenken.

13 Siehe das Transkript dieser Rede unter www.state.gov/the-china-challenge.

14 Europäische Kommission, EU-China – A Strategic Outlook, 12.3.2019, <https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/communication-eu-china-a-strategic-outlook.pdf>. Herv. d. Autors.

15 Vgl. BDI, China – Partner und systemischer Wettbewerber. Wie gehen wir mit Chinas staatlich gelenkter Volkswirtschaft um?, Grundsatzpapier, Januar 2019, <https://bdi.eu/media/publikationen/#/publikation/news/china-partner-und-systemischer-wettbewerber>.

16 Herausforderungen begegnen, Chancen nutzen – Die Chinapolitik Deutschlands und der EU neu justieren, Bundestags-Drucksache 19/23123, 6. 10. 2020, <https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/231/1923123.pdf>.

17 Ebd.

18 Godehardt (Anm. 11), S. 6.

19 Gideon Rachman, A New Cold War: Trump, Xi and the Escalating US-China Confrontation, 5. 10. 2020, <https://on.ft.com/2SHy1Hj>.

20 Zit. nach Networking European Citizenship Education (NECE), Declaration 2020, www.nece.eu/wp-content/uploads/2020/11/leitwerk_6151_nece_konferenz_deklaration_K1_201102.pdf.

In der 2018 veröffentlichten Studie „China kennen, China können“ des Mercator Institute for China Studies werden der Bundeszentrale und den Landeszentralen für politische Bildung eine „wichtige Funktion“ zuerkannt: „Sie können schneller als Schulverlage auf neue Entwicklungen reagieren und Lehrern wie Schülern aktuelle Informationen zugänglich machen.“²¹ Nach dem Boom des Themas in den 1990er Jahren und um die Olympischen Spiele von 2008 herum sind, nach eigenen Angaben der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), „China-Themen angesichts der weiterhin wachsenden Bedeutung und der rasanten Entwicklungen innerhalb des Landes deutlich unterrepräsentiert“.²² Gleichwohl messe „die bpb der Auseinandersetzung hohe Bedeutung bei. Sie will China nicht allein als Einzelfall begreifbar machen, sondern veranschaulicht zugleich die sich ändernden globalen Zusammenhänge und regt Schüler und Studierende an, sich darüber Gedanken zu machen.“²³ Eine gute politische Bildung muss die öffentlichen und politischen Debatten über China begleiten und sich mit der Breite der wissenschaftlichen Expertise und zivilgesellschaftlicher Initiativen verbinden. Doch welche Schwerpunkte sollte sie setzen?

China als systemischer Rivale

Traditionell hat sich politische Bildung (in Deutschland) im Rahmen des Konzepts einer „streitbaren Demokratie“ als „geistiger Verfassungsschutz“ verstanden. Daher ist es zunächst verführerisch, hier einen neuen Schwerpunkt in der Auseinandersetzung mit China zu sehen. Nicht erst seit dem Amtsantritt Xi Jinpings ist offenbar, dass sich China als systemischer und stra-

tegischer Wettbewerber vor allem der USA, aber auch der Europäischen Union sieht.²⁴

Der Politikwissenschaftler und Sinologe Sebastian Heilmann warnt beispielsweise eindringlich vor einem Wettbewerbsvorteil Chinas in der Durchsetzung eines Menschenbilds, das dem Ideal des autonomen, eigenverantwortlichen Individuums der europäischen Aufklärung radikal entgegengesetzt sei.²⁵ Der „digitale Leninismus“ Chinas mit seinen neuen Kontroll- und Steuerungsmöglichkeiten könne mittelfristig auch eine neue Anziehungskraft in Entwicklungs- und Schwellenländern mit instabilen und konfliktgeprägten Gesellschaften entwickeln. „Chinas Modell für die digitale Zivilisation ist eine agile hierarchische Ordnung, die gezielt und lückenlos digitale Steuerungstechnologien entwickelt, um eine konfliktanfällige Massengesellschaft in politisch definierte Bahnen zu lenken.“²⁶ Das Menschenbild der chinesischen Regierung werde mit dem Vordringen des Herdenverhaltens in vielen Gesellschaften an Boden gewinnen. Mit dem absehbaren weiteren wirtschaftlich-technologischen Aufstieg könne China weltweit in die Lage versetzt werden, eine auf digitale Konditionierung und Kontrolle gerichtete Ordnungsalternative zu etablieren. Diese Ordnung – so Heilmann – stehe im radikalen Gegensatz zum Menschenbild liberaler Demokratien und Marktwirtschaften.

Man mag dieses düstere Szenario für realistisch halten oder nicht, doch muss sich politische Bildung den hierin aufgeworfenen geopolitischen Machtfragen auch auf der Ebene der Politik und Ideologien stellen. Diese sind jedoch auch immer, wie Heilmann betont, Fragen an uns selbst, insbesondere an die Gesellschaften und politischen Institutionen Europas, die die Kraft aufbringen müssen, eigene konkurrenzfähige digitale Angebote und Plattformen zu entwickeln. Kurz: Ein nüchterner Blick auf eigene und fremde Machtressourcen und geostrategische Realitäten sollte in die politische Bildung mit und über China eingehen. Die europäische Dimension politischer Bildung wird gestärkt werden müssen, denn der Kampf um „digitale Souveränität“ kann nur auf europäischer Ebene gewonnen werden.

21 Matthias Stepan et al., China kennen, China können. Ausgangspunkte für den Ausbau von China-Kompetenz in Deutschland, *Merics China Monitor* 45/2018, S. 34. Auch der Autor dieses Beitrags wurde für die Studie interviewt, zitierte Passagen lassen sich aber nicht mehr eindeutig zuordnen.

22 Ebd.

23 Ebd. Neben diversen Printpublikationen, etwa der 2018 erschienenen Ausgabe der „Informationen zur politischen Bildung“ zum Thema China (www.bpb.de/275522), wird zurzeit das Online-Dossier sukzessive aktualisiert. Hier stehen unter anderem neue Beiträge über das Staatsverständnis Chinas und den außenpolitischen Umgang mit China zum Abruf bereit (www.bpb.de/china). Tagungsdokumentationen zum Thema „Datengestützte Sozialtechnologien in China und westlichen Demokratien als neue Bildungsherausforderung“ (www.bpb.de/303742) und über den 30. Jahrestag des Massakers in Beijing am 4. Juni 1989 (www.bpb.de/292472) ergänzen das aktuelle Angebot.

24 Zur Neujustierung des deutsch-chinesischen Verhältnisses siehe Thorsten Bennett, Die romantischen Jahre sind vorbei, 18. 12. 2018, https://libmod.de/thorsten-benner-ueber-das-deutsch-chinesische-verhaeltnis_sowie_die_analyse_von_mark-siemons_die_neue_aufteilung_der_welt, 4. 10. 2008, www.faz.net/aktuell/-1715713.

25 Heilmann (Anm. 7), S. 102–107.

26 Ebd., S. 103.

Zugleich wäre es in dieser Phase fahrlässig, dem Phänomen des chinesischen Aufstiegs allein mit einem defensiven Narrativ zu begegnen, das die europäische Selbstbehauptung eindimensional als Teil eines Systemwettbewerbs sieht und eine eurozentristische Perspektive nicht verlässt.²⁷

China und die Chinesen (neu) kennenlernen

Jede Diskussion über „mehr Chinakompetenz“ muss sich zunächst über das fundamentale Ungleichgewicht zwischen den Chinakennnissen in Deutschland und dem Wissen über Deutschland und andere westliche Länder in China klar werden. „China kennt uns. Aber wir kennen China nicht“, fasst die Sinologin Marina Rudyak zusammen.²⁸ Nur noch 500 Studenten fangen jedes Jahr ein Sinologiestudium an, Japanologie ist fast dreimal so beliebt. Gleichwohl scheint dies ein internationaler Trend zu sein, der auch mit dem schlechten Image Chinas und den sich verschlechternden Forschungsmöglichkeiten und Repressionen im Land zu tun hat.²⁹

Der Journalist Mark Siemons plädiert dafür, die Auseinandersetzung mit China nicht ausschließlich in abstrakten Gegensätzen (Autoritarismus versus Demokratie) zu rahmen, sondern sich vor Augen zu führen, dass hier Gesellschaften aufeinanderstoßen, deren „kollektives Bewusstsein“ noch aus vielen anderen Elementen zusammengesetzt sei.³⁰ Zu empfehlen sei eine Orientierung an der „neuen Sinologie“ des australischen Sinologen Geremie Barmé, der sich – in höchst kritischer Distanz zum Regime in Beijing – seit Jahrzehnten mit den intellektuellen Debatten in China beschäftigt. China und die chinesische Kultur umfassten räumlich wie historisch weit mehr, als es die Deutung der gegenwärtigen Regierung vorgibt. Um der Instrumentalisierung eines of-

fiziösen Begriffs der chinesischen Kultur zu begegnen, sei es erforderlich, die ursprünglichen Begriffe und Vorstellungen zu kennen, die die chinesische Regierung instrumentalisiert. Erst dies ermögliche es, mit der chinesischen und globalen Öffentlichkeit in ein neues Gespräch zu kommen, um die Vielfalt und Bedeutung chinesischer Traditionen im Verhältnis zu den eigenen Traditionen und den universellen Prinzipien der europäischen Aufklärung einschätzen zu können.

Die weitgehend unbekannt Vielfalt des intellektuellen Diskurses in China sichtbar zu machen, wäre eine Aufgabe politischer Bildung. Auch Stimmen und Positionen, die sich nicht in ein westliches Koordinatensystem einfügen lassen, sind wichtig. Das in Kanada betriebene Portal „Reading the China Dream“ beispielsweise bietet eine exzellente Auswahl an Übersetzungen von Artikeln konservativer, liberaler und progressiver Intellektueller in China. Diese Stimmen sollten auch in deutscher Übersetzung zugänglich gemacht werden.³¹

Notwendig ist zudem ein Ausbau des Dialogs mit China, auch wenn dieser angesichts der Restriktionen, Repressionen und Zensurmaßnahmen in China immens erschwert wird. Aufklärung und Wissen über diese dunklen Seiten des gegenwärtigen Chinas bleiben ein unentbehrlicher Bestandteil aufklärerischer politischer Bildung: Von Zensur und Repression bedrohte Intellektuelle wie Xu Zhangrun, He Weifang und Zhang Qianfan und andere sollten regelmäßig zu Gastvorträgen und Aufenthalten nach Deutschland eingeladen werden – in Kooperationen mit Institutionen der politischen Bildung.

Ebenso bedeutsam (und unentdeckt in der politischen Bildung) sind die Ergebnisse jahrelanger Feldforschungen – etwa über das erstaunliche (und bedrohte) Wiederaufblühen religiösen Lebens im postmaoistischen China und über die vielen hierzulande unbekannt Menschen, die die Geschichte Chinas aus einer Samisdat-Perspektive neu zu schreiben versuchen.³² Auch der Austausch mit der chinesischen „Peripherie“, insbesondere Hongkong und Taiwan³³ als funktionierender (und bedrohter)

27 Wichtige Impulse und Ideen für die Behandlung Chinas in der politischen Bildung lieferte zuletzt ein Online-Panel im Rahmen der NECE-Konferenz im November 2020 zum Thema: „China’s Moment? Or: A New Cold War in the Making? Why Geopolitics Matter for Citizenship Education“. Die folgenden Empfehlungen und Eckpunkte gehen unter anderem auf dieses Panel zurück. Siehe www.facebook.com/watch/?v=3372886532765953.

28 Zit. nach Xifan Yang, *Ob in China ...*, in: *Die Zeit*, 11. 4. 2019, S. 3.

29 Vgl. *As China’s Power Waxes, the West’s Study of it is Waning*, 28. 11. 2020, www.economist.com/china/2020/11/26/as-chinas-power-waxes-the-west-study-of-it-is-waning.

30 Hier und im Folgenden Mark Siemons, *Langsam, aber gewaltig*, in: *FAZ*, 30. 6. 2018, S. 9.

31 David Ownby, Betreiber des Blogs, hat ein Mapping der intellektuellen Szene in China erstellt, siehe www.readingthechinadream.com/maps.html.

32 Vgl. Ian Johnson, *The Souls of China*, New York 2017; die „unofficial history“ ist Teil eines aktuellen Buchprojekts des Journalisten Ian Johnson.

33 Siehe hierzu auch den Beitrag von Jens Damm in dieser Ausgabe.

Demokratie auf chinesischem Boden, kann für die politische Bildung fruchtbar gemacht werden.

Gleichzeitig sollte eine Zusammenarbeit mit den kontrovers diskutierten Konfuzius-Instituten an den Universitäten nicht von vornherein ausgeschlossen werden, auch dort gibt es unerschlossene „Spielräume des Machbaren“.³⁴

Insgesamt sind Offenheit und Neugier als „Haltung“ wichtig, ebenso die Bereitschaft, Dialoge mit klaren Standards und pluralen Positionen (darunter auch die der eigenen Werte) zu entwickeln. „Die Bereitschaft zu erforschen, zu hinterfragen und ihr Denken mit dem eigenen Denken zu kontrastieren, ist vielleicht die herausforderndste, aber auch wichtigste Art, mit Chinesen in Kontakt zu treten.“³⁵

34 Vgl. Yang (Anm. 28) sowie die Dokumentationen zweier Filmfestivals des Konfuzius-Instituts Erlangen–Nürnberg, die 2014 und 2016 zusammen mit der bpb veranstaltet wurden: „Chinas Ränder“, www.konfuziusinstitut.de/fileadmin/user_upload/pdf/filmfestival/Programmheft_low.pdf; „Hälfte des Himmels? Frauen in China“, www.konfuziusinstitut.de/fileadmin/user_upload/pdf/filmfestival/kfi_programmheft.pdf.

35 Vgl. Kristin Shi Kupfer, How to Fight Chinas Sharp Power. A ChinaFile Conversation, www.chinafile.com/conversation/how-fight-chinas-sharp-power.

SCHLUSS

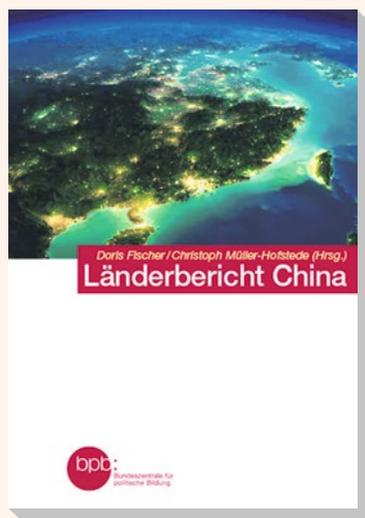
China gehört zu den „Zumutungen der Moderne“, sein Aufstieg in den vergangenen 30 Jahren hat die Welt noch unübersichtlicher und komplexer gemacht. Die Auseinandersetzung mit China in der politischen Bildung und in anderen Bereichen unserer dezentrierten und pluralistischen Gesellschaft lässt sich nicht auf eine Formel bringen, schon gar nicht in ein starres Freund-Feind-Schema einordnen. Wie und ob sich die tief ineinander verzahnte westliche und chinesische Welt gemeinsam auf die globalen Herausforderungen einlassen werden, ist eine offene Frage. Sicher ist aber, dass es neuer Dialoge und Denkrichtungen bedarf – auf chinesischer wie auf westlicher Seite. Auf die politische Bildung warten neue Aufgaben.

CHRISTOPH MÜLLER-HOFSTEDTE

ist freier Autor und war bis 2020 Referent im Fachbereich Veranstaltungen der Bundeszentrale für politische Bildung. Er ist Mitherausgeber des „Länderberichts China“ (2014).

cmueho@gmail.com

Zum Weiterlesen.



2014
Bestell-Nr. 1501



[bpb.de/
shop](http://bpb.de/shop)

KEINE ORCHIDEE

Über Chinakompetenz und Sinologie

Marina Rudyak

Die Sinologie steht für das bewusste Bemühen, das Studium Chinas stets auf den Gebrauch des geschriebenen und gesprochenen Chinesisch zu beziehen und es ernst zu nehmen als eine Sprache, in der Menschen die Welt ständig neu begreifen.⁰¹ In nicht sinologischen Chinadiskursen wurde die Relevanz der chinesischen Sprache für die Auseinandersetzung mit China lange infrage gestellt. Während sich chinesische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler regelmäßig auf europäische oder amerikanische Literatur beziehen, finden sie sich selbst eher selten in euro-amerikanischen Publikationen wieder. Im sinologischen Diskurs werden die möglichen Gründe für die Asymmetrie im Informationsfluss zum einen mit Edward Saids Theorie des Orientalismus⁰² und mit dem Diskurs des „Andersseins“ erklärt,⁰³ andererseits mit der lange gehegten neo-orientalistischen Erwartung, dass China seine „Andersartigkeit“ (des despotischen und rückständigen Anderen) überwindet und dem Westen – der für sich positionelle Überlegenheit in Anspruch nimmt – „gleich“ wird.⁰⁴

Nur wurde China zur Desillusionierung vieler im Westen eben nicht „gleich“.⁰⁵ Man könnte es auch wie die „New York Times“ 2018 beschreiben: China ist „mit dem Scheitern gescheitert“ (*failed to fail*).⁰⁶ Im Gegenteil, nach seinem Machtantritt Ende 2012 beendete Chinas Staatsoberhaupt Xi Jinping die seit Deng Xiaoping geltende Strategie des *taoguang yanghui* (韬光养晦) – „verbirg deine Macht und spiele auf Zeit“ und leitete mit der *Maxime fenfa youwei* (奋发有为) – „nach Erfolgen streben“ – eine neue Ära der aktiven und selbstbewussten „Großmachtdiplomatie“ ein.⁰⁷ Auch wirtschaftlich will China zu den stärksten Mächten der Welt zählen. Das 2015 ins Leben gerufene milliardstarke Investitionsprogramm „Made in China 2025“ soll den Wandel von der verlängerten Werkbank internationaler Konzerne zu einer Technologieführerschaft in wichtigen Schlüsselbranchen sichern.⁰⁸ Im März 2019 erklärte die EU-Kommission in ihrem „Strategic Outlook“, dass es Chi-

na nicht länger als ein Entwicklungsland, sondern als einen globalen Akteur und führende Technologiemacht betrachtet. China sei nunmehr gleichermaßen ein Kooperationspartner bei gemeinsamen (globalen) Zielen, ein Wettbewerber im Kampf um technologische Führerschaft und mit seinem politischen System ein systemischer Rivale.⁰⁹

BEDARF AN CHINAKOMPETENZ

Die früher lang gehegte Chinaignoranz kann sich Europa nicht mehr leisten. Darüber, wie man mit einem global agierenden China umgehen soll, das einerseits mit seinem techno-autoritären Regierungsmodell freiheitlich-demokratische Normen infrage stellt, andererseits Deutschlands größter Handelspartner und (notwendiger) Kooperationspartner bei der Lösung drängender globaler Herausforderungen wie die Bekämpfung der absoluten Armut oder die Anpassung an den Klimawandel ist, herrscht jedoch an vielen Stellen Unsicherheit.¹⁰ In den meisten Organisationen mangelt es an Chinakompetenz, und selbst denjenigen, die in ihrer täglichen Arbeit unmittelbar mit China befasst sind, fehlt es oft an Chinesisch-Sprachkenntnissen.¹¹ Demgegenüber steht, dass Chinakompetenz inzwischen auch an Stellen gefordert ist, die traditionell nie mit China zu tun hatten. Da China nun vermehrt in Deutschland investiert, müssen sich Kommunen mit der neuen chinesischen Präsenz, Unternehmen mit neuen Unternehmenskulturen auseinandersetzen. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Bundes- und EU-Behörden, die deutsche und europäische Entwicklungspolitik koordinieren, müssen chinesisches Engagement in Afrika bewerten und Reaktionsstrategien entwickeln. Zivilgesellschaftliche Organisationen müssen sich mit den Umwelt- und Sozialimplikationen der globalen Entwicklungsfinanzierung im Rahmen der „Neuen Seidenstraße“ befassen und nach Wegen suchen, chinesische NGOs, die die Folgen des chinesischen Wirt-

schaftswachstums kritisch begleitet haben, in gemeinsame Agenden einzubinden.¹²

In der deutschen Wissenschaft gibt es ein großes Interesse an Zusammenarbeit mit China, da es zu einem immer stärkeren Wissenschafts- und Innovationsstandort wird.¹³ Inzwischen investiert das Land 2,2 Prozent seiner Wirtschaftsleistung in Forschung – fast genauso viel wie der OECD-Durchschnitt, auch in Feldern, die für Deutschland hochrelevant sind. Gleichzeitig haben sich die Rahmenbedingungen für Wissenschaftskooperation aufgrund des zunehmenden Einflusses der chinesischen Regierung auf die Forschung erschwert.¹⁴ Laut einem Bericht der Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI) gestalten sich sowohl die Auswahl von geeigneten Partnerinstitutionen als auch das Verhandeln von Kooperationsverträgen als schwierig, was unter anderem an mangelnden Sprach- und Rechtskenntnissen und kulturellen Unterschieden liegt.¹⁵ Zudem gibt es Sorgen um Know-how-Abfluss und die mögliche Nutzung ziviler Forschung für militärische Zwecke (*dual use*).¹⁶ Diese Sorgen sind nicht unberechtigt, hat die chinesische Regierung doch explizit zum Ziel erklärt, Vorsprung in wichtigen Technologien zu erlangen – und dafür internationale Kooperati-

onen zu nutzen.¹⁷ Die EFI forderte daher in ihrem Jahresgutachten im Februar 2020 die Einrichtung einer zentralen Chinakompetenzstelle, die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bei deutsch-chinesischen Forschungsprojekten beraten und informieren soll.¹⁸

VORHANDENE CHINAKOMPETENZ WIRD ZU WENIG GENUTZT

Die EFI stellte in ihrem Gutachten fest, dass „ein produktiver wissenschaftlicher Austausch mit China Menschen [braucht], die mit der chinesischen Sprache und Kultur gut vertraut sind, aber auch die Märkte, institutionellen Rahmenbedingungen und politischen Strukturen dort gut kennen“.¹⁹ Gleichzeitig kritisierte Holger Bonin, einer ihrer Mitglieder und Forschungsdirektor des Instituts zur Zukunft der Arbeit, dass „eine solche umfassende China-Kompetenz (...) in Deutschland bisher kaum anzutreffen“ sei.²⁰ Ähnlich äußerte sich auch Katharina Hölzle, Professorin am Hasso-Plattner-Institut an der Universität Potsdam und stellvertretende Vorsitzende der EFI: Im Gegensatz zur USA mit ihren „Contemporary China Studies“ verfügten wir nicht über ganze Fachbereiche, die sich mit Sprache, Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft befassen: „Wenn wir weiter erfolgreich mit China kooperieren wollen, brauchen wir das.“²¹

01 Vgl. Geremie Barmé, Review: Speaking to History: The Story of King Goujian in Twentieth-Century China, in: *Harvard Journal of Asian Studies* 2/2011, S. 351–364, hier S. 355.

02 Vgl. Edward Said, *Orientalism*, New York 1978.

03 Vgl. Daniel F. Vukovich, *China and Orientalism: Western Knowledge Production and the P.R.C.*, London 2012.

04 Vgl. ebd.; Eric Hayot et al., *Sinographies: Writing China*, Minneapolis 2008.

05 Vgl. How the West Got China Wrong, 1.3.2018, www.economist.com/leaders/2018/03/01/how-the-west-got-china-wrong.

06 Vgl. Philip P. Pan, The Land That Failed to Fail, 18.11.2018, www.nytimes.com/interactive/2018/11/18/world/asia/china-rules.html.

07 Vgl. Yan Xuetong, From Keeping a Low Profile to Striving for Achievement, in: *The Chinese Journal of International Politics* 2/2014, S. 153–184.

08 Vgl. Max J. Zenglein/Anna Holzmann, Made in China 2025: Gekommen, um zu bleiben. Ausländische Regierungen und Unternehmen müssen sich flexibel auf die Innovationsoffensive einstellen, in: Ifo Institut, Ifo Schnelldienst 14/2018, S. 6–9.

09 Vgl. Europäische Kommission, EU-China – A Strategic Outlook, 12.3.2019, <https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/communication-eu-china-a-strategic-outlook.pdf>.

10 Vgl. Andrea Frenzel/Nadine Godehardt, Mehr Chinakompetenz wagen, Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP Aktuell 59/2020, S. 1.

11 Vgl. International Civic Society Centre, Scanning the Horizon, 2019, <https://icscentre.org/wp-content/uploads/2019/11/StH-Sector-Guide-China-November-2019.pdf>.

12 Vgl. Christian Straube, Die Belt and Road Initiative und zivilgesellschaftliche Partizipation, 30.11.2020, www.rosalux.de/news/id/43328.

13 Vgl. Hans-Christian Pape, Eine Kooperation muss beiden Seiten nützen, 10.12.2019, www.forschung-und-lehre.de/eine-kooperation-muss-beiden-seiten-nuetzen-2358.

14 Vgl. Barbara Gillmann/Dana Heide, Die Angst der Forscher vor China, 10.12.2019, www.handelsblatt.com/politik/international/25314488.html.

15 Vgl. Deutschland braucht mehr China-Kompetenz, 19.2.2020, www.forschung-und-lehre.de/politik/deutschland-braucht-mehr-china-kompetenz-2534.

16 Vgl. Claudia Krapp, Im Austausch mit China nicht naiv sein, 19.2.2020, www.forschung-und-lehre.de/politik/im-austausch-mit-china-nicht-naiv-sein-2544.

17 Vgl. Julian B. Gewirtz, China's Long March to Technological Supremacy, 27.8.2019, www.foreignaffairs.com/articles/china/2019-08-27/chinas-long-march-technological-supremacy.

18 Vgl. Deutschland braucht mehr China-Kompetenz (Anm. 15).

19 Ebd.

20 Ebd.

21 Zit. nach Barbara Gillmann, China-Experten sind in Deutschland Mangelware, 25.2.2020, www.handelsblatt.com/politik/deutschland/25580234.html.

Aus der Perspektive der Sinologie muss man beiden zumindest teilweise widersprechen. Ein umfassender Chinazugang, wie ihn Hölzle fordert, wird an den deutschen Sinologien und Ostasien-Instituten unter anderem in Berlin, Bochum, Duisburg, Heidelberg, Köln, Trier oder Würzburg gelehrt. Fast scheint es, dass man nicht nur über China wenig weiß, sondern auch über die Sinologie, der bisweilen das Image des „Orchideenfachs“ anhängt, das sie schon lange nicht mehr ist. Dennoch ist die Forderungen nach *mehr* Chinakompetenz berechtigt: In Deutschland gibt es (Stand 2018) nur 18 Institute und Fachbereiche für Sinologie, die zudem personell im Allgemeinen viel schwächer ausgestattet sind als Einrichtungen, an denen Kolleginnen und Kollegen die USA erforschen.²² Dennoch stellt sich die Frage, weshalb die *vorhandene* Chinakompetenz offenbar nicht wahrgenommen wird. Die Gründe liegen höchstwahrscheinlich in der bereits seit Langem problematisierten Versäulung des deutschen Wissenschaftssystems. Zwischen den Sinologien und den Natur- und Ingenieurwissenschaften beispielsweise gibt es kaum Zusammenarbeit und Vernetzung – nicht einmal innerhalb einer Universität, wie am folgenden Beispiel der Universität Duisburg-Essen (UDE) deutlich wird.

Die UDE erfuhr 2018 aus einer Studie des Australian Strategic Policy Institute (ASPI), einem Thinktank für Sicherheitspolitik, dass der chinesische Ingenieurwissenschaftler Hu Changhua (胡昌华), den sie 2008 für vier Monate als Gastwissenschaftler beherbergt hatte, ein Generalmajor der Volksbefreiungsarmee (VBA) war.²³ Laut ASPI bemüht sich das chinesische Militär verstärkt um Forschungsk Kooperationen mit Universitäten außerhalb Chinas, und Deutschland gehört zu den Ländern mit den meisten Kooperationsvorhaben. Dabei sei es unklar, inwieweit die Universitäten sich bewusst sind, mit dem chinesischen Militär zu kooperieren, da die Armeezugehörigkeit nicht immer explizit angegeben wird. So auch im Falle Hus, der als seine Heimatinstitution das „Xi’an Research Institute of High Technology“ listete. Der (nicht angegebene) chinesische Name der Institution war *Huojian jun gongcheng daxue* (火箭军

工程大学). Das ist die Universität für Raketentechnik der VBA, wo er als Professor ein Raketenlabor leitete.²⁴ Hus Militäruzugehörigkeit hätte sich für einen Sinologen oder eine Sinologin leicht erschlossen: Seine bis 2008 gelisteten wissenschaftlichen Publikationen in der chinesischen Forschungsdatenbank China National Knowledge Infrastructure (CNKI, 中国智库) nennen die Universität für Raketentechnik als seine Forschungsinstitution. Die UDE wiederum verfügt über ein Institut für Ostasienstudien (IN-EAST) mit einer Professur für die Politik Chinas. Die notwendige Chinakompetenz wäre folglich da gewesen.

ASYMMETRIE DES WISSENS

Während China Europa und die westliche Welt seit gut 150 Jahren wie durch ein Fernrohr mit intensivem Blick studiert, erscheint für den Westen China bis heute weit entfernt (so, als ob man das Fernrohr falsch herum halten würde), beschreibt Barbara Mittler, Sinologin und Direktorin des Centrums für Asienwissenschaften und Transkulturelle Studien (CATS) an der Universität Heidelberg, die Asymmetrien im Wissens- und Informationsfluss.²⁵ Dabei spielt der verbreitete Zweifel daran, ob man überhaupt Chinesisch können muss, um „erfolgreich“ zu China zu arbeiten, eine große Rolle. Der schwedische Sinologe Michael Schoenhals kritisierte bereits in seinem 1992 erschienenen Buch „Doing Things with Words in Chinese Politics“: „Während westliche Universitäten, Medien und Regierungen niemals jemanden mit einer Lesekompetenz in Englisch von zehn Seiten pro Stunde als qualifiziert sich über britische Politik zu äußern anerkennen würden, wird der gleiche Standard nicht an China und chinesische Politik angelegt. Hier können sogar diejenigen, die funktionale Analphabeten in Chinesisch sind, zu Autoritäten werden. Es ist eine unbestreitbare Tatsache, dass westliche Wissenschaftler, die über das gegenwärtige China schreiben, nur selten (...) Chinesisch auf einem Niveau lesen oder sprechen, dass auch nur im Entferntesten als fließend erachtet werden kann.“²⁶ Das

22 Vgl. Matthias Stepan et al., China kennen, China können. Ausgangspunkte für den Ausbau von China-Kompetenz in Deutschland, *Merics China Monitor* 45/2018, S. 56.

23 Vgl. Krapp (Anm. 16); Alex Joske, *Picking Flowers, Making Honey. The Chinese Military’s Collaboration with Foreign Universities*, ASPI Policy Brief 10/2018.

24 Vgl. ebd., S. 12.

25 Vgl. Barbara Mittler, *Dein Bild in meinem Auge oder: Die Genese des „chinesischen Traums“ – China und Europa im langen 20. Jahrhundert*, in: *Studium Generale* 2019, S. 81–120.

26 Vgl. Michael Schoenhals, *Doing Things with Words in Chinese Politics*, Berkeley 1992, S. 6. Übers. d. Autorin.

ist auch heute noch so: Die Mehrheit greift auf Übersetzungen oder Sekundärquellen zurück.

Das Problem mit dieser Art von Second-Hand-Wissen ist, dass von den frei zugänglichen Dokumenten und Forschungspublikationen auf den Webseiten chinesischer Behörden, Medien, Unternehmen oder über chinesische Forschungsdatenbanken nur der kleinste Teil ins Englische übersetzt ist. Das lässt die „Blackbox“ China viel „schwarzer“ erscheinen, als sie tatsächlich ist. So berichtete beispielsweise die „Wirtschaftswoche“ am 17. Januar 2021 zum Verschwinden des Alibaba-CEO Jack Ma, dass dieses in China überhaupt kein Thema sei, da die Medien im Land darüber nicht berichten.²⁷ Das stimmte nicht: Eine Suche nach „Wo ist Jack Ma?“ (马云在哪里) in der chinesischen Suchmaschine Baidu lieferte 120 000 Treffer. Sicher, in China wird zensiert – aber sehr vieles ist einfach nur Chinesisch. Die chinesische Regierung ihrerseits ist sich sehr wohl der Tatsache bewusst, dass die Sprache wie eine Barriere wirkt. Sie macht davon strategisch Gebrauch, indem sie offizielle Dokumente nur in Chinesisch veröffentlicht oder in offiziellen englischen Übersetzungen Teile weglässt oder verändert.

SINOLOGISCHE CHINAKOMPETENZ

Sinologie verbindet inhaltliche Chinakompetenz – das heißt Verständnis für die chinesische Geschichte, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft – mit einer hohen Sprachkompetenz, die Studierende durch längere Aufenthalte im Land aufbauen. Chinesische Vorgehensweisen und wirtschaftliche und politische Prozesse, Veränderungen und Rahmenbedingungen einschätzen zu können, setzt aber nicht nur Übersetzungskompetenz voraus: Man muss die höchst formalisierte Sprache der politischen Kommunikation, die im Chinesischen als *tifa* (提法) bezeichnet wird, „dekodieren“ können. Gemeinhin übersetzt als „Formulierung“, bezeichnet *tifa* im Vokabular der Kommunistischen Partei Chinas die (eine) korrekte Methode *fa* (法), einen Sachverhalt zu diskutieren *ti* (提).²⁸ Diese Praxis der linguistischen

„Verarmung“ reguliert durch das Vorschreiben oder Verbot von Formulierungen, was gesagt oder geschrieben wird – und damit im weiteren Sinne auch, was getan wird.²⁹ Für Außenstehende mögen *tifa* wie kleinliche Wortspiele oder leere Propagandahüllen erscheinen. Selbst Menschen, die in Festlandchina aufgewachsen sind oder leben, habe oft nur eine vage Vorstellung davon, was Ausdrücke wie „der China-Traum von der großen Renaissance des chinesischen Volkes“ (中华民族伟大复兴中国梦) bedeuten.³⁰ *Tifa* sind aber nie zufällig oder ohne Bedeutung; sie reflektieren die Ergebnisse der Machtkämpfe innerhalb der Partei, und selbst die subtilsten Änderungen im Vokabular können Veränderungen in der herrschenden Politik kommunizieren, erklärt der langjährige chinesische Journalist und Medienwissenschaftler Qian Gang (钱钢).³¹

Dabei lernen Studierende der Sinologie früh, dass sich die Relevanz der *tifa* mitnichten auf Politik allein beschränkt: Auch wer sich ausschließlich für die chinesische Wirtschaft interessiert, wäre gut beraten, sich mit der Politik zu befassen, denn sie durchdringt im gegenwärtigen China nahezu alles. Das wird nicht zuletzt sichtbar in der Formulierung „Partei, Regierung, Armee, Gesellschaft und Bildung – Ost und West, Süd und Nord, die Partei führt sie alle an“ (党政军民学, 东西南北中, 党是领导一切的), die 2017 in die Verfassung der Kommunistischen Partei aufgenommen wurde.³² Da die Formalisierung der Sprache einer ständigen Wandlung unterliegt, erfordert die Kompetenz des Dekodierens eine permanente Auseinandersetzung mit offiziellen und semi-offiziellen Texten. Wer die Welt der chinesischen Politik verstehen will, muss nicht nur betrachten, *was* gesagt wird, sondern auch *wie*, *wo* und *von wem* – und muss ebenso in der Lage sein, dies in einen weiteren Kontext einordnen zu können. Dabei sind für Sinologinnen und Sinologen vor allem zwei Medien relevant: die „Volkszeitung“ (*Renmin Ribao*, 人民日报), das

²⁷ Vgl. In China lebt man mit einer gewissen Machtfülle gefährlich, Interview mit Patrick Heid, 17. 1. 2021, www.wiwo.de/politik/ausland/26820238.html.

²⁸ Vgl. Gloria Davies, A Dream of Perpetual Rule, in: The China Story. Yearbook 2019: China Dreams, Canberra 2020, www.thechinastory.org/yearbooks/yearbook-2019-china-dreams/chapter-1-a-dream-of-perpetual-rule.

²⁹ Vgl. Schoenhals (Anm. 26), S. 3.

³⁰ Vgl. Davies (Anm. 28).

³¹ Vgl. Qian Gang, Watchwords. Reading China Through its Political Vocabulary, 2012, S. 2, http://chinamediaproject.org/wp-content/uploads/2012/10/WATCHWORDS_Reading-China-Through-its-Party-Vocabulary.pdf.

³² Vgl. Nis Grünberg/Katja Drinhausen, The Party Leads on Everything. China's Changing Governance in Xi Jinping's New Era, *Merics China Monitor*, 24. 9. 2019. Der historische Ursprung dieses Satzes reicht jedoch weiter zurück, er kam erstmal unter Mao Zedong 1973, also während der Kulturrevolution, auf.

Organ der Kommunistischen Partei, und „Qiushi“ (求是; übersetzt „die Wahrheit suchen“), das Magazin der Zentralen Parteihochschule. Im Unterschied zu journalistischen Medien im Westen sind sie nicht nur Informationsmittler, sondern Teil der Politikformulierung. Während die „New York Times“ Politik aufbereitet und über ihre Relevanz für ein breites Publikum berichtet, werden sich diejenigen, die politische Maßnahmen aus Expertensicht verstehen wollen, direkt den entsprechenden Dokumenten zuwenden. In China dagegen werden zentrale politische Dokumente und Reden der Öffentlichkeit oft zunächst vorenthalten; Fünfjahrespläne etwa werden meist erst Monate nach ihrer Verabschiedung in vollem Umfang veröffentlicht. Die Kernpunkte politischer Maßnahmen oder unter Ausschluss der Öffentlichkeit gehaltener Reden werden in den Parteimedien dargestellt, interpretiert und kommentiert. Für interessierte Leserinnen und Leser sei der Blog „China Media Project“ und der Newsletter des Xinhua Journalisten Wang Zichen, „Pekingology“, empfohlen, die sich beide dem politischen Diskurs in der offiziellen Parteipresse widmen.³³

CHINAKOMPETENZ SCHAFFEN – UND HALTEN

Während in geo- und wirtschaftspolitischen Debatten die Frage gestellt wird, ob die künftige Welt eine G2 – also durch die USA und China dominiert – sein wird oder ob es Platz für Europa in einer G3 gibt, spiegeln sich die neuen globalen Machtverhältnisse mitnichten in der akademischen Landschaft wider. Das John-F.-Kennedy-Institut für Nordamerikastudien an der Freien Universität Berlin hat insgesamt 171 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon 37 Professuren, die sich auf die sechs fachspezifischen Abteilungen (Geschichte, Kultur, Literatur, Politik, Soziologie und Wirtschaft) verteilen.³⁴ Die Sinologie in Heidelberg, die zu den größten sinologischen Instituten Deutschlands gehört, hat lediglich fünf Professuren – deckt aber ein thematisch ähnliches Themenspektrum wie das John-F.-Kennedy-Institut ab.³⁵ Es braucht eine Stärkung der Forschung und Lehre, die zum Verständnis von aktuellen politischen, gesellschaft-

lichen und wirtschaftlichen Entwicklungen in China beiträgt und sehr gute Kenntnisse der chinesischen Sprache vermittelt.

Gleichzeitig jedoch werden die vorhandenen sinologischen Kapazitäten an den deutschen Hochschulen nicht ausgeschöpft. Laut der Studie „China kennen, China können“ stagniert die Anzahl der Studierenden seit einigen Jahren.³⁶ Ein Phänomen, das altgedienten Sinologinnen und Sinologen nur zu bekannt ist: Jedes Mal, wenn Chinas Image sich verschlechtert, sinken die Zahlen der Studieninteressierten. Doch an dem Image alleine liegt es aktuell nicht. Zum einen sind im Unterschied zu anderen Studienfächern die beruflichen Perspektiven für Sinologinnen und Sinologen immer noch viel weniger klar. Zum anderen werden Fachexpertise (der Disziplinen) und sprachliche und kulturelle Kompetenz (der Sinologie) noch immer gegeneinandergestellt, mit der Konsequenz, dass es zu wenige dezidiert für Sinologinnen und Sinologen ausgeschriebene Stellen gibt und diese nicht selten schlechter als Fachkompetenzstellen bezahlt werden. So schrieb beispielsweise im Januar 2021 das Bundesamt für Verfassungsschutz Stellen für fremdsprachliches Fachpersonal mit sehr guten Kenntnissen der chinesischen Sprache in Wort und Schrift aus. Die Besoldung erfolgte in der Entgeltstufe 11 des Tarifvertrags über die Entgeltordnung des Bundes, was einem dreijährigen Bachelorstudium entspricht und nicht einer abgeschlossenen wissenschaftlichen Hochschulbildung. Es stellt sich die Frage, inwieweit sich die Verantwortlichen im Verfassungsschutz im Klaren darüber sind, dass drei Jahre nicht ausreichen, um eine sehr gute Sprachkompetenz in Chinesisch von Null aufzubauen – denn noch gibt es kaum Schulen, die Chinesisch auf einem ähnlichen Niveau wie Englisch vermitteln. Die Ausschreibung ist umso weniger verständlich, wenn man die zahlreichen Warnungen vor Industrie- und Wirtschaftsspionage oder möglichen politischen Einflussnahmen bedenkt.³⁷ Verhältnisse wie diese führen dazu, dass aufgebaute Chinakompetenz verloren geht. Denn Sinologinnen und Sinologen sind perfekte Generalisten. Da von ihnen prinzipiell erwartet wird, zu jedem Chinathema sprech-

33 Siehe <https://chinamediaproject.org> und <https://pekingology.substack.com>.

34 Vgl. Stepan et al. (Anm. 22), S. 56.

35 Ebd.

36 Ebd., S. 11.

37 Vgl. Asena Baykal/Thorsten Benner, *Risky Business: Rethinking Research Cooperation with Non-Democracies*, Oktober 2020, www.gppi.net/media/GPPi_Baykal_Benner_2020_Risky_Business_final.pdf.

fähig zu sein, ist eine zentrale Kernkompetenz, die sie im Studium erlernen, sich schnell in komplexe neue Sachzusammenhänge einzuarbeiten. Gerade dies ist auch in der „New Work“-Arbeitswelt gefragt, sodass zahlreiche Absolventinnen und Absolventen in chinafremde Berufe gehen.

SINOLOGINNEN UND SINOLOGEN ALS KNOWLEDGE BROKER

Angesichts der Tatsache, dass China zu einer techno-autoritären Supermacht aufgestiegen ist und Deutschland und der EU als ein zentraler Konkurrent im Wettbewerb der Systeme entgegentritt, ist die Betrachtung der Sinologie als ein „Orchideen-“ oder „kleines Fach“ wie aus der Zeit gefallen. Das „Reich der Mitte“ ist nicht mehr weit weg – und es wird Zeit, das Bild der Orchidee zu verabschieden. Stattdessen braucht es eine effektive Mehrebenenstrategie, um Chinakompetenz in Deutschland aufzubauen. Ein mangelndes Verständnis von chinesischen politischen Strategien und sektorspezifischen Kontexten schafft Risiken, insbesondere dann, wenn die chinesische Seite die deutsche besser kennt als umgekehrt. Um die Wissensasymmetrie gegenüber China abzubauen und besser informierte Entscheidungen zu treffen, braucht es die Sinologinnen und Sinologen als Wissensbroker.

Zum einen müssen mehr Forschungsinstitute und Stellen geschaffen werden, die sich dezidiert Chinas aktueller Innen- und Globalpolitik auf Basis der Aufwertung von Quellen *in chinesischer Sprache* widmen. Dazu gehört auch das oben beschriebene „Dekodieren“ der chinesischen Regierungsinteressen und Strategien, vor allem in den Bereichen, die für Deutschland und die EU von strategischer Wichtigkeit sind. Daneben braucht es transdisziplinäre und intersektorale Kooperation, um auf politischer Ebene einen europaweiten Aufbau von Chinakompetenz über alle Ressorts hinweg zu ermöglichen. Nur so wird man Antworten auf ein China finden, dass in wirtschafts- und globalpolitischen Themen zielgerichtet und höchst strategisch die eigenen Interessen vertritt und gleichzeitig ein unvermeidlicher

Partner bei der Lösung globaler Herausforderung ist. Im angloamerikanischen Raum ermöglicht das Prinzip der „Revolving Doors“ einen engen Austausch zwischen Hochschulen und Praxis – Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler treten immer wieder für mehrere Jahre in Ministerien oder Behörden ein, Behördenmitarbeiterinnen und -mitarbeiter gehen für Forschungsprojekte an Universitäten. An deutschen Universitäten wird derzeit außerakademisches Engagement nicht nur nicht honoriert, es kann sogar der wissenschaftlichen Karriere schaden. Wenn Chinakompetenz in Ressorts und anderen Organisationen zeitnah gestärkt werden soll, müssen überkommene versäulte Strukturen aufgebrochen und außerwissenschaftlicher Impact als relevant anerkannt werden.

Ebenso braucht es interdisziplinären Dialog und Kooperation zwischen der Sinologie und anderen Fachdisziplinen, wie sich am Beispiel der Covid-19-Pandemie zeigen lässt. Als das Virus Ende 2019 ausbrach, wurde es zunächst als ein Problem des (autoritären) „Anderen“ dargestellt, das *uns* nicht betrifft – während Informationen aus China als generell nicht vertrauenswürdig gesehen wurden. Eindämmungsmaßnahmen leiteten EU-Staaten und die USA erst im März ein, nachdem in Teilen Italiens das Gesundheitssystem zusammengebrochen war. Da musste die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, zugeben, dass die EU das Virus „unterschätzt hat“.³⁸ Dabei warnten Sinologinnen und Sinologen, die die innerchinesische Debatte und den gesundheitspolitischen Kontext einschätzen konnten, bereits im Januar 2020 davor, dass es ohne gezielte Maßnahmen Europa und den USA ähnlich wie Wuhan ergehen würde. Man stelle sich ein alternatives Szenario vor: Interdisziplinäre Teams mit Expertise aus der Sinologie und Epidemiologie hätten nach Bekanntwerden des Ausbruchs gemeinsam eine Einschätzung der Lage vorgenommen, relevante chinesische Expertise identifiziert und der Politik Empfehlungen für Eindämmungsmaßnahmen unterbreitet.

MARINA RUDYAK

ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Sinologie der Universität Heidelberg. Sie ist Dozentin für chinesische Wirtschaftspolitik und internationale Beziehungen und hat zu chinesischer Entwicklungshilfe und Chinas Rolle in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit promoviert. marina.rudyak@zo.uni-heidelberg.de

³⁸ Zit. nach Politicians „Underestimated“ Virus Threat, von der Leyen Admits, 18.3.2020, www.euractiv.com/section/coronavirus/news/politicians-underestimated-virus-threat-von-der-leyen-admits.

WISSENSCHAFTSAUTONOMIE WAHREN

China und die Wissenschaft in Großbritannien

Andreas Fulda

„Chinakompetenz“ steht im Mittelpunkt dieser Ausgabe. Der Begriff weckt spontan Sympathien. Die Volksrepublik China (VR China) spielt international eine immer größere Rolle. Kompetent im Umgang mit China zu sein, kann daher sicher nicht schaden. Komplizierter wird es, wenn es um die Frage geht, welche spezifische Kompetenz eigentlich entwickelt werden soll. Intuitiv assoziiere ich mit dem Begriff Sprachkenntnisse beziehungsweise kulturelles Bewusstsein. Fließend Chinesisch zu sprechen und ein hohes Maß an interkultureller Kompetenz zu besitzen, kann dazu beitragen, positive zwischenmenschliche Beziehungen zu entwickeln, etwa im Rahmen der Bürgerdiplomatie.⁰¹ Eine so verstandene Chinakompetenz ist allerdings kein Allheilmittel,⁰² wenn es um den Umgang mit Chinas Einflussnahme im Ausland im Allgemeinen und um Einmischung in die Wissenschaftsautonomie im Speziellen geht. Mir ist aufgefallen, dass bei der Erörterung dieses schwierigen Themas unter westlichen Gesprächspartnern häufig ein Mangel an Problembewusstsein besteht.

Nach einem fünfjährigen Chinaaufenthalt lebe und arbeite ich seit 2007 in Nottingham. In meinem Beitrag geht es um den Einfluss der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) auf den britischen Wissenschaftsbetrieb. Dazu beschreibe ich zunächst, wie die Geopolitik Chinas in den vergangenen zehn Jahren die Wissenschaft in Großbritannien (mit)geprägt hat, und erkläre, wie die KPCh die freie Wissenschaft gefährdet.⁰³ Anschließend geht es um die Frage, wie britische Universitäten auf ausländische Einmischung angemessen reagieren können. Abschließend argumentiere ich, dass eine politisch verstandene Chinakompetenz dazu beitragen kann, Reputationsrisiken zu erkennen und zu minimieren.

„GOLDENE ÄRA“ DER BRITISCH-CHINESISCHEN BEZIEHUNGEN

In Bezug auf die VR China war die Wissenschaft in Großbritannien in den vergangenen zehn Jah-

ren teils widersprüchlichen geopolitischen Einflüssen ausgesetzt. Während der sogenannten goldenen Ära der britisch-chinesischen Beziehungen unter Premierminister David Cameron (2010–2016) herrschte ein Primat der Ökonomie.⁰⁴ Die Außenpolitik der konservativ-liberalen Koalitionsregierung zielte zum einen darauf ab, Deutschlands Vorsprung im Chinageschäft wettzumachen.⁰⁵ Gleichzeitig verordnete die britische Regierung der eigenen Bevölkerung ein Spardiktat. Kernaufgaben des Staates im Bereich Gesundheit und Bildung wurden zunehmend an den Privatsektor ausgelagert. Unter Schatzmeister George Osborne wurden diese ursprünglich von der öffentlichen Hand geförderte Sektoren zunehmend dem Marktgeschehen überlassen.

Als unmittelbare Folge der Finanzialisierung und Kapitalisierung des britischen Hochschulwesens⁰⁶ entstanden finanzielle Abhängigkeiten der Universitäten von internationalen Studenten aus der VR China. Letztere bezahlen teilweise erhebliche Studiengebühren. Den in der Regel auf ein Jahr begrenzten Postgraduertenprogramme kam damit eine zentrale Rolle bei der Mittelbeschaffung zu. Mehreinnahmen aus der Lehrtätigkeit wurden von Universitäten dazu genutzt, um die vom Staat nicht mehr ausreichend geförderte Forschungstätigkeit intern zu subventionieren. Die staatliche Sparpolitik führte darüber hinaus zu einer zunehmenden Abhängigkeit britischer Universitäten von der Akquise von Drittmitteln. Ob Konfuzius-Institute oder Forschungsgelder von Huawei:⁰⁷ Chinesische Geldgeber gaben zunehmend den Ton an. Der britische Ex-Diplomat und Sicherheitsexperte Charles Parton machte im Februar 2019 in einer viel beachteten Studie darauf aufmerksam, dass der chinesische Einparteiensstaat die neuen finanziellen Abhängigkeiten dazu nutze, seine geopolitischen Ambitionen in Großbritannien zu verfolgen.⁰⁸

Historisch betrachtet, erwies sich die von Cameron und Osborne ausgerufenen „goldene Ära“

jedoch als ein eher kurzfristiges Phänomen. Unter dem Generalsekretär der KPCh Xi Jinping entwickelte sich seit 2012 ein nach innen und außen zunehmend aggressiv auftretender Sicherheitsstaat.⁰⁹ Kurz nach seinem Amtsantritt machte die KPCh deutlich, dass sie die freie Wissenschaft als Gefahr für ihre Autorität ansieht. Die Parteidirektiven „Seven Don't Speaks“¹⁰ und „Document No 9“¹¹ tabuisierten universelle Werte, schränkten Redefreiheit ein und markierten den Beginn einer verstärkten ideologischen Kontrolle. Mit der Verabschiedung des chinesischen nationalen Sicherheitsgesetzes für Hongkong im Sommer 2020 wurde die Zensur der Wissenschaft darüber hinaus von China auf die internationale Ebene ausgedehnt. Der extraterritoriale Artikel 38 des Gesetzes kriminalisiert mittlerweile Kritik am Einparteienstaat, auch wenn diese von westlichen Wissenschaftlern außerhalb Chinas artikuliert wird.¹²

In Großbritannien wurde das Gesetz als Affront gegen die Wissenschaftsautonomie aufgefasst. Der Rat der British Association for Chinese Studies (BACS) verurteilte das Gesetz in einer öf-

fentlichen Stellungnahme scharf.¹³ Am 12. Oktober 2020 veröffentlichten darüber hinaus über 130 führende Chinaexperten einen englischsprachigen offenen Brief, in dem das Sicherheitsgesetz als direkter Angriff des Einparteienstaates auf die Wissenschaftsfreiheit geißelt wurde. Das Gesetz würde „die Meinungsfreiheit und die akademische Autonomie beeinträchtigen, einen abschreckenden Effekt erzeugen und Kritiker des chinesischen Einparteienstaats zur Selbstzensur ermutigen“.¹⁴ Während der offene Brief sich im Wesentlichen auf die Auswirkungen des Gesetzes auf Großbritannien fokussierte, repräsentierten Unterzeichner 71 akademische Institutionen in 16 Ländern.¹⁵

ERNÜCHTERUNG MACHT SICH BREIT

Ein Untersuchungsbericht des britischen Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten führte im November 2019 Belege an,¹⁶ dass britische Universitäten einer unbotmäßigen Einflussnahme der KPCh ausgesetzt sind. Im Herbst 2019 wurden Vizekanzler britischer Universitäten von Experten des GCHQ's National Cyber Securi-

01 Vgl. Andreas Fulda, *The Emergence of Citizen Diplomacy in European Union–China Relations: Principles, Pillars, Pioneers, Paradoxes*, in: *Diplomacy & Statecraft* 1/2019, S. 188–216.

02 Siehe <https://twitter.com/AMFChina/status/1339870001411579904?s=20>.

03 Vgl. Andreas Fulda, *Wie die Kommunistische Partei die Wissenschaft gefährdet*, 12. 6. 2019, <https://libmod.de/china-wie-die-partei-die-freie-wissenschaft-gefaehrdet>.

04 Vgl. Tom Phillips, *Britain Has Made ‚Visionary‘ Choice to Become China’s Best Friend*, Says Xi, 18. 10. 2015, www.theguardian.com/uk-news/2015/oct/18/britain-has-made-visionary-choice-to-become-chinas-best-friend-says-xi; Her Majesty’s Government, *New Phase in Golden Era for UK-China Relations*, 15. 12. 2017, www.gov.uk/government/news/new-phase-in-golden-era-for-uk-china-relations.

05 Vgl. Oliver Turner, *The Golden Era of UK-China Relations Meets Brexit*, 18. 12. 2018, <https://thediplomat.com/2018/12/the-golden-era-of-uk-china-relations-meets-brexite>.

06 Vgl. Clive Barnett, *The Financialisation of Higher Education and the USS Dispute*, 10. 4. 2018, <https://medium.com/ussbriefs/the-financialisation-of-higher-education-and-the-uss-dispute-9231b9458699>.

07 Vgl. Confucius Institutes: *The Growth of China’s Controversial Cultural Branch*, 6. 9. 2019, www.bbc.co.uk/news/world-asiachina-49511231; Yojana Sharma, *Scrutiny over Huawei University Ties Increases After Ban*, 16. 7. 2020, www.universityworldnews.com/post.php?story=20200716121936610.

08 Vgl. Charles Parton, *China–UK Relations. Where to Draw the Border Between Influence and Interference?*, Februar 2019, https://rusi.org/sites/default/files/20190220_chinese_interference_parton_web.pdf.

09 Vgl. Yuhua Wang/Carl Minzner, *The Rise of the Chinese Security State*, 20. 5. 2015, www.cambridge.org/core/journals/china-quarterly/article/rise-of-the-chinese-security-state/3C3D97C74C4D3AE07058A7FE6E61DACE.

10 Vgl. David Bandurski, *Control, on the Shores of China’s Dream*, 22. 5. 2013, <https://chinamediaproject.org/2013/05/22/positive-energy-for-press-control>.

11 Vgl. Document 9: *A ChinaFile Translation*, 8. 11. 2013, www.chinafile.com/document-9-chinafile-translation.

12 Vgl. Naomi Xu Elegant, *If You’re Reading This, Beijing Says its New Hong Kong Security Law Applies to You*, 7. 7. 2020, <https://fortune.com/2020/07/07/hong-kong-law-scope-extra-territorial-jurisdiction>.

13 Siehe BACS Interim Statement on the Implications of China’s New National Security Law for UK Universities, 3. 9. 2020, <http://bacsuk.org.uk/bacs-interim-statement-on-the-implications-of-chinas-new-national-security-law-for-uk-universities>.

14 *The Hong Kong National Security Law is an Assault on Academic Freedom: Joint Statement*, 5. 1. 2021, https://docs.google.com/forms/d/e/1FAIpQLScLrwdgVY_M4yAQz-3Co5xghHv2kSkyNarH35JZWwEJ8TN6yQ/viewform. Alle Übersetzungen im Beitrag durch den Autor.

15 Vgl. Patrick Wintour, *Academics Warn of ‚Chilling Effect‘ of Hong Kong Security Law*, 12. 10. 2020, www.theguardian.com/education/2020/oct/12/academics-warn-of-chilling-effect-of-hong-kong-security-law.

16 Vgl. UK Government to Tackle Foreign Interference at Universities, 7. 4. 2020, <https://thepienews.com/news/uk-government-to-tackle-foreign-interference-at-universities>.

ty Centre und des Centre for the Protection of National Infrastructure, das an den britischen Inlandsgeheimdienst MI5 berichtet, zur Thematik unterrichtet.¹⁷

Die Einschränkung der Wissenschaftsfreiheit ist allerdings nicht das einzige Konfliktfeld in den gegenwärtigen chinesisch-britischen Beziehungen. Die Unterdrückung der Demokratiebewegung in Hongkong¹⁸ hat für große gesellschaftliche Anteilnahme gesorgt. Historisch bedingt, haben viele Briten familiäre Beziehungen zur ehemaligen Kronkolonie. Mit großer Sorge wurde beobachtet, wie die KPCh einen zunehmend militant ausgelebten Nationalismus gegen Studenten aus Hongkong instrumentalisiert.¹⁹ Parastaatliche Manipulation patriotischer Gesinnung entlud sich im Herbst 2019 in politischer Gewalt. In deren Folge wurde ein festlandchinesischer Student der Universität Sheffield exmatrikuliert.²⁰

Der britische Chinadiskurs wird darüber hinaus stark durch Entwicklungen in den Commonwealth-Staaten Australien, Neuseeland und Kanada geprägt. Im britischen öffentlichen Bewusstsein spielen diese anglophonen Länder eine wesentlich größere Rolle als der europäische Kontinent. Chinesische Handelsanktionen gegen Australien, die Einschüchterungskampagne gegen die KPCh-kritische neuseeländische Wissenschaftlerin Anne-Marie Brady und die Geiseldiplomatie gegen Kanada werden in Großbritannien aufmerksam verfolgt.²¹ Ein weiteres

Konfliktfeld ist der kulturelle Genozid an den Uiguren.²² Wurde das Thema anfangs vorwiegend in Fachkreisen diskutiert, sind die systematischen Menschenrechtsverletzungen in Xinjiang mittlerweile im Mainstream angekommen.²³

Die geopolitischen Einflüsse auf die Wissenschaft in Großbritannien haben sich im Zuge dieser Entwicklungen diversifiziert. Während Finanzialisierung und Kapitalisierung relevant bleiben, haben Themen wie nationale Sicherheit, Demokratie und Menschenrechte an Bedeutung gewonnen. Diese Entwicklung hat unmittelbare Konsequenzen für den britischen Wissenschaftsbetrieb.

REPUTATIONSMANAGEMENT

Hochschulen stehen mittlerweile unter hohem Druck, ihr Verhältnis zur VR China kritisch zu hinterfragen. Angesichts der Tatsache, dass mittlerweile mehr als 120 000 internationale Studenten aus China in Großbritannien studieren²⁴ und britische Universitäten 1,39 Milliarden Pfund an Forschungsmitteln aus dem Ausland akquirieren,²⁵ stehen universitäre Entscheidungsträger vor erheblichen Herausforderungen. Neben den bereits beschriebenen finanziellen Abhängigkeiten gelten britische

17 Vgl. Security Services Fear the March on Universities of Beijing's Spies, 27. 10. 2019, www.thetimes.co.uk/article/security-services-fear-the-march-on-universities-of-beijings-spies-gv9pk-3hr.

18 Vgl. Jessie Lau, Hong Kong's Democracy Movement Was Crushed in 2020. But the Spirit of Resistance Survives, 29. 12. 2020, www.theguardian.com/commentisfree/2020/dec/29/hong-kong-democracy-movement-crushed-2020-spirit-resistance-survives.

19 Vgl. Andreas Fulda, Beijing Is Weaponizing Nationalism Against Hong Kongers, 29. 7. 2019, <https://foreignpolicy.com/2019/07/29/beijing-is-weaponizing-nationalism-against-hong-kongers>.

20 Vgl. Sheffield Hong Kong Protest Clash: Student Arrested, 8. 10. 2019, www.bbc.co.uk/news/uk-england-south-yorkshire-49980427; Ewan Somerville, Sheffield Student Arrested and Suspended over Hong Kong Protests, 7. 10. 2019, <https://thetab.com/uk/sheffield/2019/10/07/sheffield-student-arrested-and-suspended-over-hong-kong-protests-40071>.

21 Vgl. Kath Sullivan, China's List of Sanctions and Tariffs on Australian Trade is Growing. Here's What Has Been Hit So Far, 16. 12. 2020, www.abc.net.au/news/2020-12-17/australian-trade-sanctions.

[trade-tension-sanctions-china-growing-commodities/12984218](https://www.theguardian.com/world/2018/dec/06/campaign-calling-for-new-zealand-to-protect-china-expert-gathers-pace); Eleanor Ainge Roy, Campaign Calling for New Zealand to Protect China Expert Gathers Pace, 6. 12. 2018, www.theguardian.com/world/2018/dec/06/campaign-calling-for-new-zealand-to-protect-china-expert-gathers-pace; Grant Wyeth, Canada Won't Fall for China's Hostage Diplomacy, 1. 7. 2020, www.lowyinstitute.org/the-interpreter/canada-wont-fall-china-s-hostage-diplomacy.

22 Vgl. Kate Cronin-Furman, China Has Chosen Cultural Genocide in Xinjiang – For Now, 19. 9. 2018, <https://foreignpolicy.com/2018/09/19/china-has-chosen-cultural-genocide-in-xinjiang-for-now>.

23 Symptomatisch hierfür ist ein viel beachteter Tweet zum Schicksal der Uiguren von Nigella Lawson, die sonst für ihre Kochprogramme im britischen Fernsehen bekannt ist, https://twitter.com/Nigella_Lawson/status/1284381126124097537?s=20. Ein weiteres Beispiel ist ein BBC-Interview mit dem chinesischen Botschafter Liu Xiaoming. Dort wurde er mit Bildern von inhaftierten Uiguren konfrontiert. Der kurze Clip des Interviews wurde in sozialen Medien millionfach geteilt. Siehe China's Ambassador Challenged on Treatment of Uighurs, 19. 7. 2020, www.bbc.co.uk/news/av/world-asia-53463242.

24 Vgl. Branwen Jeffreys, UK Universities See Boom in Chinese Students, 21. 1. 2020, www.bbc.co.uk/news/education-51149445.

25 Vgl. Sean Coughlan, Universities 'Undermined by Overseas Autocracies', 5. 11. 2019, www.bbc.co.uk/news/education-50302762.

Universitäten als Teil der staatlichen Kulturdiplomatie. Der Balanceakt, nationale Sicherheit zu verteidigen, die Wissenschaftsautonomie zu wahren und wirtschaftliche Nachhaltigkeit sicherzustellen, wird dadurch erschwert, dass mehrere britische Universitäten in China Ableger gegründet haben beziehungsweise enge Kooperationspartnerschaften in China unterhalten (unter anderem University of Nottingham Ningbo China, Xi'an Jiaotong-Liverpool University sowie das Cardiff-Beijing Chinese Studies Joint College der University of Cardiff und Beijing Normal University).²⁶

Um mit der Problematik umzugehen, wurde die Vereinigung britischer Universitäten, Universities UK (UUK), damit beauftragt, Richtlinien zu erarbeiten. Bei der UUK handelt es sich um das britische Equivalent zur deutschen Hochschulrektorenkonferenz. Die Mitte Oktober 2020 veröffentlichten Richtlinien „Managing Risks in Internationalisation: Security Related Issues“ erfordern von britischen Universitäten, erstens ihren Ruf und Werte, zweitens ihre Mitarbeiter, drittens ihren Universitätscampus und ihre Partnerschaften zu schützen.²⁷ Es ist bemerkenswert, dass die UUK-Richtlinien länderunabhängig formuliert wurden und die VR China nicht beim Namen nennen. Dennoch wird darin deutlich, dass die Internationalisierung der britischen Wissenschaft in Hinblick auf die VR China besonders gefährdet ist. Die Richtlinien zeugen von einem gestiegenen Bewusstsein, dass eine weitgehend unregulierte Globalisierung des britischen Wissenschaftsbetriebs der Vergangenheit angehört. Dass die Regierung in Westminster es dem Dachverband britischer Universitäten überlässt, den Sektor weitgehend in Eigenregie zu regulieren kann als ein weiteres Beispiel dafür gelten, dass der britische Staat große Vorbehalte hat, dirigistisch in die Wissenschaftsautonomie einzugreifen. Damit unterscheidet sich die Vorgehensweise der Regierung deutlich von dem australischen Ansatz, der wesentlich inter-

ventionistischer ist. In Australien erzwingt der Foreign Influence Transparency Scheme Act die Offenlegung von repräsentativen Tätigkeiten für ausländische Förderer.²⁸

Gleichzeitig haben John Heathershaw und Eva Pils, zwei führende Mitglieder der neu gegründeten Academic Freedom and Internationalisation Working Group,²⁹ davor gewarnt, die Problematik ausschließlich aus Sicht der nationalen Sicherheit zu behandeln.³⁰ Ihre Sorge besteht darin, dass eine vollständige Beschränkung der internationalen Wissenschaftskooperation Autokraten in ihrer Annahme bestätigen könnte, dass britische Wissenschaftsinstitutionen als Arm des Staates ihre Werte zu unterwandern suchen. Dabei übersehen sie, dass im Falle der VR China die KPCh die freie Wissenschaft schon seit Jahren als Gefahr ansieht. Ein wesentlich überzeugenderer Einwand gegen eine einseitige Fokussierung auf nationale Sicherheit könnte hingegen darin bestehen, ein zukünftiges drakonisches Sicherheitsgesetz, das dem Anti-Terrorismus-Programm „Prevent“ ähnelt, zu verhindern.³¹ Diese Maßnahme ist bei britischen Wissenschaftlern zu Recht umstritten.

So weit ist es allerdings noch nicht gekommen. Britische Universitäten sind gegenwärtig angehalten, die UUK-Richtlinien in die Praxis umzusetzen. Als Mitglied einer strategischen Arbeitsgruppe³² des University Executive Board, dem höchsten Gremium der University of Nottingham, arbeite ich seit Dezember 2020 mit Kollegen daran, geeignete Maßnahmen zur Umsetzung der UUK-Richtlinien zu entwickeln. Eine wesentliche Herausforderung besteht für uns darin, Reputationsrisiken zu minimieren.

26 Vgl. Russel Group, *Links between China and Russell Group Universities*, Januar 2018, <https://russellgroup.ac.uk/media/5680/russell-group-universities-links-with-china-january-2018.pdf>.

27 Vgl. Universities UK, *Managing Risks in Internationalisation: Security Related Issues*, 15. 10. 2020, www.universitiesuk.ac.uk/policy-and-analysis/reports/Pages/managing-risks-in-internationalisation.aspx.

28 Vgl. Tarun Krishnakumar, *FITS and Starts*, 3. 9. 2020, www.lowyinstitute.org/the-interpreter/fits-and-starts.

29 Vgl. Human Rights Consortium, *Academic Freedom and Internationalisation Working Group*, 2020, <https://hrc.sas.ac.uk/networks/academic-freedom-and-internationalisation-working-group>.

30 Vgl. John Heathershaw/Eva Pils, *Protecting Academic Freedom in International Partnerships*, 15. 10. 2020, www.universityworldnews.com/post.php?story=20201015062104681.

31 Vgl. *Inside Prevent, the UK's Controversial Anti-Terrorism Programme*, 24. 1. 2019, www.ft.com/content/a82e18b4-1ea3-11e9-b126-46fc3ad87c65.

32 Vgl. University of Nottingham, *Managing the Risks of Internationalisation: How the Hong Kong National Security Law Undermines Academic Autonomy in the United Kingdom*, 11. 12. 2020, www.nottingham.ac.uk/politics/news-items/2020/af-academic-autonomy.aspx.

Dieser Aspekt des wissenschaftlichen China-Engagements ist lange Zeit vernachlässigt worden. Viele westliche Eliten hegten große Hoffnungen, dass sich die chinesische Gesellschaft nach dem Beitritt zur Welthandelsorganisation (WTO) und der wirtschaftlichen Modernisierung politisch liberalisiert. Dieser Wunsch ist nicht in Erfüllung gegangen. Nach den Enthüllungen über die willkürliche Inhaftierung von Uiguren in Xinjiang, der Unterdrückung der Demokratiebewegung in Hongkong und das Missmanagement des Einparteiensystems in der frühen Phase des Ausbruchs der Covid-19-Pandemie hat sich die Einstellung der Bevölkerung in vielen westlichen Ländern gegenüber der VR China entscheidend verschlechtert.³³ Dieser veränderten politischen Großwetterlage müssen britische Universitäten Rechnung tragen.

Während die überwiegende Mehrheit der internationalen Partnerschaften zwischen britischen Universitäten und der VR China vermutlich unproblematisch ist, ist es zumindest theoretisch möglich, dass bei einigen Partnerschaften versteckte Verbindlichkeiten (*hidden liabilities*) bestehen. Nehmen wir als Beispiel die neuseeländische Massey University. Diese geriet wegen ihrer Verbindungen zur Shihezi-Universität in Xinjiang in die öffentliche Kritik.³⁴ Letztere ist direkt mit dem Xinjiang Production and Construction Corps verbunden, einer staatlichen paramilitärischen Organisation. Dies ist ein besonders interessantes Beispiel, da sich das eigentliche Thema des akademischen Austauschs auf eher unpolitische Themen wie „Schafgenetik, Betriebsführung und Tierwissenschaften (ÜdA)“³⁵ bezieht. Dies bedeutet, dass jede akademische Abteilung mit Verbindungen zu China unter Umständen unwissentlich mit Partnerorganisationen in China zusammenarbeiten könnte, die ihrerseits mit problematischen Organen des chinesischen Einparteiensystems kooperieren.

Britische Universitäten sollten daher eine Situation vermeiden, in der sie über ausgesprochen problematische Partnerschaften aus Zeitungsberichten erfahren.

ETHISCHE SORGFALTPFLICHT

Ein grundsätzliches Problem besteht in der Wahrnehmung einer ethischen Sorgfaltspflicht (*ethical due diligence*). Während sich Sorgfaltspflicht normalerweise auf Fragen der finanziellen Rechenschaftslegung konzentriert, müssen Mitarbeiter in Zukunft Reputationsrisiken stärker antizipieren. Einige Abhilfemaßnahmen, beispielsweise Prüfungen bestehender Partnerschaftsvereinbarungen, können auf Führungsebene vorgenommen werden. Universitäre Führungskräfte müssen sich hier der Gefahren exklusiver Partnerschaften mit Einzelpersonen und Organen erkennen, die das „offizielle China“ repräsentieren. Sie sollten sich bewusst sein, dass die KPCh und das chinesische Volk keine Symbiose formen.³⁶ Es ist daher an der Zeit, Akteure des „inoffiziellen China“ stärker in den Wissenschaftsbetrieb einzubeziehen.

Organisationen, die unter der direkten Kontrolle der KPCh stehen, können hingegen die Autonomie westlicher Institutionen beeinträchtigen. In diesem Zusammenhang sind Konfuzius-Institute³⁷ sowie chinesische Studenten- und Wissenschaftlerverbände zu nennen. Der britische Wissenschaftler Martin Thorley hat diese treffend als „latente Netzwerke“³⁸ beschrieben, die der Einparteiensstaat in Krisenzeiten zu seinen Zwecken mobilisieren kann. Nur mit dieser Art von politisch verstandener „Chinakompetenz“ können problematische Partnerschaften erkannt und ihre Risiken minimiert werden.

33 Vgl. Laura Silver/Kat Devlin/Christine Huang, Unfavorable Views of China Reach Historic Highs in Many Countries, 6. 10. 2020, www.pewresearch.org/global/2020/10/06/unfavorable-views-of-china-reach-historic-highs-in-many-countries.

34 Vgl. Adrian Zenz, Letter to Canterbury University, 5. 10. 2020, <https://adrianzenz.medium.com/letter-to-canterbury-university-783fbfea13e6>.

35 John Weeks, Massey University Silent on Links to Alleged Human Rights Abuses in China, 16. 9. 2020, www.stuff.co.nz/national/300106274/massey-university-silent-on-links-to-alleged-human-rights-abuses-in-china.

36 Vgl. Andreas Fulda, Are the Chinese Communist Party and Chinese People One?, 2020, <https://sway.office.com/3d1QLEfs7IHZ6LRw?ref=Link>.

37 Vgl. ders., Chinese Propaganda Has No Place on Campus, 15. 10. 2019, <https://foreignpolicy.com/2019/10/15/confucius-institute-chinese-propaganda-campus-communist-party-censorship>.

38 Vgl. Martin Thorley, Huawei, the CSSA and Beyond: „Latent Networks“ and Party Influence Within Chinese Institutions, 5. 7. 2019, <https://theasiadialogue.com/2019/07/05/huawei-the-cssa-and-beyond-latent-networks-and-party-influence-within-chinese-institutions>.

Die verbleibenden drei Ziele der UUK-Richtlinien setzen hingegen eine stärkere Beteiligung aller Wissenschaftler voraus. Die Academic Freedom and Internationalisation Working Group hat mit ihrem Entwurf eines Verhaltenskodex³⁹ Hochschulleiter aufgerufen, Fakultätsmitglieder in Entscheidungsprozesse im Zusammenhang mit dem akademischen Austausch mit der VR China einzubeziehen. Diesen Prozess der Mitarbeiterbeteiligung konstruktiv zu gestalten wird eine zentrale Herausforderung der kommenden Jahre.

39 Vgl. Human Rights Consortium, Draft Model Code of Conduct, 2020, <https://hrc.sas.ac.uk/sites/default/files/files/AFIWG/AFIWG%20-%20DRAFT%20MODEL%20CODE%20OF%20CONDUCT%20final.pdf>.

ANDREAS FULDA

ist promovierter Politikwissenschaftler und Associate Professor an der School of Politics and International Relations der University of Nottingham. Zuletzt erschienen: „The Struggle for Democracy in Mainland China, Taiwan and Hong Kong. Sharp Power and its Discontents“ (Routledge, 2020). andreas.fulda@nottingham.ac.uk

Immer informiert.

Bestellen Sie unseren APuZ-Newsletter oder folgen Sie uns bei Twitter!



MEHR CHINAKOMPETENZ FÜR EINE STRATEGISCHE CHINAPOLITIK

Ein systemischer Ansatz beginnt bereits in der Schule

Andrea Frenzel · Nadine Godehardt

Bei der Auseinandersetzung mit China geht es nicht nur darum, in Politik, Wirtschaft oder Technologie Antworten auf drängende Probleme zu finden. Vielmehr muss in Deutschland und Europa systematisch mehr Chinakompetenz aufgebaut werden, um langfristige Handlungsfähigkeit zu sichern. Entscheidend ist, diese Aufgabe an der Schnittstelle von Außen- und Bildungspolitik zu verorten. Für eine breite gesellschaftliche Basis an Chinakompetenz muss daher das Verständnis von „China“ – seinen Akteuren, ihrem Handeln und ihren Ideen – als Bestandteil der allgemeinen Schulbildung in Deutschland und in Europa etabliert werden. Dies ist auch notwendig, damit auf der politischen Ebene komplexe Chinabilder überhaupt vermittelt werden können und die Chinadebatte nicht in einem Klima der alternativlosen politischen Bekenntnisse verharrt. China unter Staatspräsident Xi Jinping strebt danach, die Weltpolitik in einem chinesischen Sinne zu formen. Deshalb erfordert die gegenwärtige Situation eine noch intensivere Analysefähigkeit und ein Verständnis der politischen Handlungslogik Chinas. Die Bildung von Chinakompetenz – und Chinakompetenz durch Bildung – sollte daher Teil der europäischen Chinastrategie sein.

EUROPAS CHINAKRITIK UND CHINA UNTER XI JINPING

Schon vor der Corona-Pandemie hat sich in Deutschland und Europa die politische wie gesellschaftliche Wahrnehmung der chinesischen Regierung unter Xi Jinping stark verändert. Ein aussagekräftiges Beispiel dafür ist der „Strategic Outlook“ der Europäischen Kommission vom 12. März 2019.⁰¹ Darin wird China zum einen nicht mehr als Entwicklungsland, sondern als globaler Schlüsselakteur sowie führende techno-

logische Macht bezeichnet. Zum anderen betont die Europäische Kommission, dass China zwar Kooperations- und Verhandlungspartner sowie wirtschaftlicher Wettbewerber ist, aber zugleich systemischer Rivale, vor allem aufgrund seines Regierungsmodells.⁰²

Im Verlauf der Pandemie hat sich die kritische Haltung in Politik, Presse und Think-Tank-Community deutlich verstärkt.⁰³ Verbunden ist sie mit wachsendem Zweifel an Beijings politischer Glaubwürdigkeit. Dieser nährt sich aus einer ganzen Reihe politischer Ereignisse wie dem Inkrafttreten des Nationalen Sicherheitsgesetzes für Hongkong Ende Juni 2020⁰⁴ oder den Menschenrechtsverletzungen in Xinjiang ebenso wie aus der konfrontativen Rhetorik chinesischer Diplomaten, die in Anlehnung an einen chinesischen Actionfilm auch als „Wolfskrieger“-Diplomatie bezeichnet wird.⁰⁵ Besonders vernehmlich ist zudem die anhaltende Kritik am Vorgehen der chinesischen Behörden zu Beginn der Pandemie in Wuhan.⁰⁶ Dieses im Vergleich zu den Jahren davor eingetrübte Chinabild zeigt sich nicht nur in der politischen Elite. Umfragen vom Herbst 2020 verdeutlichen stark gesunkene Sympathiewerte für das Land und eine überwiegend ungünstige Einschätzung seines Umgangs mit der Pandemie.⁰⁷

Dieser europäischen Chinakritik steht ein Land gegenüber, das immer selbstbewusster und eigennütziger auftritt. Unter der Führung von Xi Jinping hat sich die Ausrichtung chinesischer Außenpolitik deutlich verändert.⁰⁸ Es geht der Kommunistischen Partei des Landes nicht mehr darum, internationale Regeln und Normen einfach zu befolgen. Das Ziel ist vielmehr, Beziehungen herzustellen, ohne eine vorherige Anpassung der chinesischen Seite an internationale Normen und Konventionen vorauszusetzen. Angesichts der Erfolge des eigenen Entwicklungsmodells

oder der erfolgreichen Eindämmung der Corona-Pandemie präsentiert sich die chinesische Führung immer häufiger als verantwortungsvoller Akteur und Reformierender der internationalen Gemeinschaft. Nicht zuletzt ist die Vielzahl an weltweiten medizinischen Lieferungen gerade im ersten Halbjahr 2020 dafür ein oft genanntes Beispiel.⁰⁹ Unter Xi Jinping zielt Beijing darauf ab, eine immer größere Kompatibilität zwischen der internationalen Ordnung und dem chinesischen Einparteiensstaat herzustellen, somit die Welt an China (und nicht umgekehrt) anzupassen. Hierfür spielt auch die Etablierung eigener ideologischer Konzepte wie beispielsweise der Aufbau einer globalen „Schicksalsgemeinschaft für die Menschheit“ – im Gegensatz zur bisherigen Idee der internationalen Gemeinschaft – eine wichtige Rolle. Schließlich geht es in der internationalen Politik und ihren Institutionen oftmals darum, Deutungshoheit gegenüber anderen zu gewinnen. Gerade die Analyse dieser häufig mehrdeutigen Narrative verlangt nach stärkerem Feingefühl und einem tiefgehenden Verständnis des Gegenübers, um letztlich mit mehr Bestimmtheit eigene Positionen vertreten zu können.

Ein Plädoyer für mehr Chinakompetenz in Deutschland und Europa ist daher mit einem doppelten Dilemma konfrontiert. Zum einen hat sich die politische wie gesellschaftliche Haltung gegenüber China deutlich verschlechtert. Die Chinadebatte ist dazu geprägt von einer star-

ken Polarisierung und einer Freund-Feind-Rhetorik.¹⁰ Dies verhindert in gewisser Weise die Einsicht in die Notwendigkeit, gerade jetzt eine breitere gesellschaftliche Grundlage für Chinakompetenz zu schaffen. Aber auch die selbstbewusste Ausrichtung chinesischer Politik unter Xi Jinping erschwert es, vorhandene Dialoge, Mechanismen und Foren in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur wie gewohnt fortzusetzen. Darüber hinaus werden Zugänge zu Akteuren, Material und Institutionen ebenfalls immer schwieriger.

Die vorliegende Analyse zielt darauf ab, einen alternativen Lösungsweg für die Bildung von Chinakompetenz vorzustellen: ein tragfähiges System, das Austauschverfahren, deutsch-chinesische Kooperationen in Bildung und Forschung, Erwachsenen-, Berufs- und Hochschulbildung einbezieht und die Grundlagen dafür bereits in der Schulbildung legt.

AN DER SCHNITTSTELLE VON BILDUNGS- UND AUßENPOLITIK

Bildungs- und Außenpolitik sind natürliche Bündnispartner beim Aufbau von Chinakompetenz. Allerdings ist die föderale Struktur des Bildungswesens in Deutschland bei der Förderung von Chinakompetenz immer mit zu berücksichtigen, denn maßgeblich für die Umsetzung sind die Bildungs- oder Kultusministerien der Länder. Erste vielversprechende Ansätze einer Kooperation gibt es bereits. So entstand 2017 eine gemeinsame Initiative des Bundesmi-

01 Vgl. Europäische Kommission, EU-China – A Strategic Outlook, 12.3.2019, <https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/communication-eu-china-a-strategic-outlook.pdf>.

02 Diese Gegensätze in der Chinapolitik zeigen sich im Chinabild der Deutschen. Die wichtigsten Themen für Deutsche wie für Europäerinnen und Europäer sind laut einer Umfrage vom September 2019 Menschenrechte in China, dicht gefolgt von Wirtschaft und Handel. Vgl. Bernhard Bartsch/Anika Laudien, Survey: Europe's View of China and the US-Chinese Conflict, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 2020, S. 14.

03 Vgl. z. B. Deutsche Gesellschaft für Asienkunde, Ein Plädoyer gegen Polarisierung. Stellungnahme des DGA-Vorstands zu den geopolitischen Auswirkungen der Coronakrise und zur Rolle der modernen Asienwissenschaften, 12.6.2020, <http://asienforschung.de/ein-plaedoyer-gegen-polarisierung>.

04 Vgl. Moritz Rudolf, Das Gesetz zur nationalen Sicherheit in der Sonderverwaltungszone Hongkong, Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Aktuell 91/2020.

05 Vgl. Lea Deuber, Angriff der Wolfskrieger, 11.5.2020, www.sueddeutsche.de/1.4904025; Friederike Böge/Till Fährnders, „Die chinesische Regierung sollte sich schämen“, 30.11.2020, www.faz.net/-17078247.

06 Vgl. Chris Buckley et al., 25 Days That Changed the World: How Covid-19 Slipped China's Grasp, 30.12.2020, www.nytimes.com/2020/12/30/world/asia/china-coronavirus.html; Steffen Wurzel, Schweigen und verschleiern, 31.12.2020, www.tagesschau.de/ausland/ein-jahr-corona-china-wuhan-101.html.

07 Vgl. Körber-Stiftung, The Berlin Pulse. German Foreign Policy in Times of CoVid-19, Hamburg 2020, S. 9; Laura Silver/Kat Devlin/Christine Huang, Unfavorable Views of China Reach Historic Highs in Many Countries, 6.10.2020, www.pewresearch.org/global/2020/10/06/unfavorable-views-of-china-reach-historic-highs-in-many-countries.

08 Hier und im Folgenden Nadine Godehardt, Wie China Weltpolitik formt, SWP-Studie 19/2020.

09 Siehe zur globalen China-Erzählung in der Covid-19-Pandemie ebd., S. 27–30.

10 Vgl. Deutsche Gesellschaft für Asienkunde (Anm. 3); Kristin Shi-Kupfer, China-Versteher machen alles noch schlimmer, 2.5.2020, www.zeit.de/politik/ausland/2020-04/coronavirus-ausbruch-china-kritik-regierung-verantwortung.

nisteriums für Bildung und Forschung (BMBF), des Auswärtigen Amtes und der Kultusministerkonferenz (KMK).¹¹ Sie unterstützte die Studie „China kennen, China können“ (2018),¹² eine erste, umfassende Bestandsaufnahme von Chinakompetenz in Deutschland. Die Studie hatte nicht nur Wissenschaft und Forschung zum Gegenstand, sondern schwerpunktmäßig auch die Situation in der Schulbildung. Diese ist für einen strategischen Ansatz mindestens so wichtig wie die tertiäre Bildung. Mit der genannten Initiative verbunden war die „Arbeitsgruppe Chinakompetenz in Schule und Ausbildung“.¹³ Anhand der Erkenntnisse aus der Studie erarbeitete sie Empfehlungen für die Umsetzung in allgemein- und berufsbildenden Schulen. Ende 2019 gründete ein zivilgesellschaftlicher Akteur, die Stiftung Mercator, mit dem Goethe-Institut und unterstützt durch die Initiativpartner ein Bildungsnetzwerk zur Förderung der Chinakompetenz im Schulbereich. Arbeitsfelder sind Chinesischunterricht, China als Thema im Fachunterricht und Schüleraustausch.¹⁴

Offen ist allerdings, wie es weitergehen kann, und ob die Bemühungen für mehr Chinakompetenz strategischer und vor allem transnational angelegt werden müssten. Ein tiefgehendes Verständnis von China erfordert mehr direkte wie indirekte Auseinandersetzung mit dem Land. Nur dann ist es möglich, effektive Instrumente und eine auf Gegenseitigkeit beruhende, selbstbewusste Haltung zu entwickeln. Die Grundlagen für die Förderung von Chinakompetenz müssen nicht nur an Hochschulen und in Exzellenzclustern, sondern in der gesamten Gesellschaft geschaffen und im nationalen, besonders aber im europäischen Bildungssektor verankert werden. Ohne intensiven, europaweiten Aufbau von Chinakompetenz über alle Ressorts hinweg kann es nicht gelingen, die Beziehungen mit China als Partner, Wettbewerber und Rivale in Deutschland und vor allem in Europa langfristig auszudifferenzieren.

11 Vgl. Bericht der Bundesregierung zur internationalen Kooperation in Bildung, Wissenschaft und Forschung 2017 bis 2018, Bundestags-Drucksache 19/15360, 15. 11. 2019, S. 139.

12 Vgl. Matthias Stepan et al., China kennen, China können. Ausgangspunkte für den Ausbau von China-Kompetenz in Deutschland, *Merics China Monitor* 45/2018.

13 Siehe www.bildungsnetzwerk-china.de.

14 Vgl. ebd.

CHINAKOMPETENZ ALS VORAUSSETZUNG FÜR KOOPERATIONEN

Die Bundesregierung reagierte auf die Erkenntnis, dass mehr Chinakompetenz unerlässlich ist, bereits mit der (inzwischen ausgelaufenen) „China-Strategie des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) 2015–2020“. Die darin entwickelten Maßnahmen betreffen vor allem Wissenschaft und Forschung. So sind im Rahmen einer Fördermaßnahme seit 2016 elf interdisziplinäre Projekte an deutschen Hochschulen entstanden.¹⁵ Meist sind dies technisch-naturwissenschaftlich und wirtschaftlich orientierte Programme, die chinabezogene Expertise und interkulturelle Kompetenz vor allem von Studierenden, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern nicht sinologischer Fachrichtungen und Verwaltungspersonal steigern wollen. Oft werden die Zusammenarbeit und der Austausch mit chinesischen Partnereinrichtungen hervorgehoben. Doch die Frage bleibt, inwieweit diese wissenschaftlich orientierten Förderlinien ausreichen, eine „breitere China-Kompetenz in Deutschland“ aufzubauen, da Chinakompetenz sowohl Ziel als auch unabdingbare Voraussetzung solcher Programme ist.

Kooperationen und Austausch mit China führen ohne geeignete Rahmenbedingungen nicht zwangsläufig zum Aufbau von Chinakompetenz. Im Gegenteil kann es sogar dazu kommen, dass gut gemeinte Initiativen vereinnahmt werden. Immer häufiger zeigt sich, dass Hochschulkooperationen nicht (mehr) betrieben werden können, ohne die politischen und ideologischen Systemunterschiede sowie die wirtschaftliche Wettbewerbssituation zu betrachten. Jüngere Studien warnen insbesondere vor strategischen, ethischen und Sicherheitsrisiken, die vom Schutz geisti-

15 Vgl. Internationales Büro, Projekte der BMBF-Fördermaßnahme „Ausbau der China-Kompetenz an deutschen Hochschulen“, www.internationales-buero.de/de/china_kompetenz_an_deutschen_hochschulen.php. Siehe auch BMBF, China – Kooperation auf Augenhöhe, www.bmbf.de/de/china-intensive-zusammenarbeit-zur-bewaeltigung-globaler-herausforderungen-471.html. Die geförderten Projekte selbst sind nicht zu verwechseln mit den schon länger bestehenden universitären Chinazentren, die teils auch Projekte im Rahmen der Förderung durchführen. Einige Chinazentren haben sich Ende 2018 zum „Verbund der Chinazentren an deutschen Hochschulen“ zusammengeschlossen.

gen Eigentums bis zur Wahrung der Freiheit der Wissenschaft reichen.¹⁶ Ohne den Wert von Wissenschafts- und Forschungsk Kooperationen mit chinesischen Partnern grundsätzlich infrage zu stellen, wird die Notwendigkeit für einen strategischeren Ansatz im Umgang mit chinesischen Akteuren mehr und mehr deutlich.

Das gestiegene Problembewusstsein zeigt sich beispielsweise in einer neuen Initiative der Bundesregierung: Im Mai 2020 schrieb sie eine Förderung für Forschungsprojekte zu den Entwicklungen in unterschiedlichen Politikfeldern in der Volksrepublik China aus. Diese sollen dazu beitragen, eine Grundlage für „evidenzbasierte Forschungs- und Innovationspolitik gegenüber und in Kooperation mit China zu schaffen“.¹⁷

Auch die Hochschulrektorenkonferenz hat mit ihren im September 2020 beschlossenen „Leitfragen zur Hochschulkooperation mit der Volksrepublik China“ auf die politische Entwicklung reagiert. Sie benennt klar die Herausforderungen aufgrund von zunehmenden rechtlichen und organisatorischen Einschränkungen sowie staatlicher Einflussnahme auf chinesischer Seite. Gleichzeitig hebt sie die bereichernden Aspekte der Zusammenarbeit mit Akteuren des ausdifferenzierten chinesischen Wissenschaftssystems hervor. Sie bekennt sich ausdrücklich zur Wissenschaftskooperation mit China „auf Grundlage der eigenen klaren Haltung und Wertebasis“ mit „Blick auf die konkreten Rahmenbedingungen, Ziele und Inhalte einzelner Kooperationen“.¹⁸ Solche durchdachten und selbstbewussten Kooperationen, die sich Transparenz und Gegenseitigkeit zum Prinzip machen, sind eine unverzichtbare Triebkraft von Wissenschaft und Forschung.

16 Vgl. Ingrid d’Hooghe/Jonas Lammertink, *Towards Sustainable Europe-China Collaboration in Higher Education and Research*, Leiden 2020, S. 2ff.; Asena Baykal/Thorsten Benner, *Risky Business. Rethinking Research Cooperation and Exchange with Non-Democracies*, Berlin 2020.

17 BMBF, Bekanntmachung, Richtlinie zur Förderung von Forschung zu aktuellen gesellschafts-, sozial-, wirtschafts- sowie innovationspolitischen Entwicklungen in der Volksrepublik China, 6.5.2020, www.bmbf.de/foerderungen/bekanntmachung-3020.html.

18 Hochschulrektorenkonferenz, Leitfragen zur Hochschulkooperation mit der Volksrepublik China, Beschluss des Präsidiums, 9.9.2020, S. 4f. Vgl. auch die Handlungsempfehlungen der Deutschen Vereinigung für Chinastudien zum Umgang deutscher akademischer Institutionen mit der Volksrepublik China, 29.12.2018.

HANDLUNGSMÖGLICHKEITEN DURCH CHINAKOMPETENZ

Chinakompetenz in der Politik hat andere Schwerpunkte als in wirtschaftlichen oder technologischen Kontexten. Alle Varianten basieren aber im Idealfall auf guter Sprachbeherrschung, fundiertem Wissen und Fachkenntnissen in Bezug auf China sowie der Fähigkeit zur interkulturellen Kommunikation.¹⁹ Fortgeschrittene Chinakompetenz befähigt auf dieser Grundlage dazu, politische Botschaften im Umgang mit chinesischen Partnern zu entschlüsseln und gesellschaftliche Unterschiede zu berücksichtigen, ohne Chinaexpertise schlicht mit Chinaerfahrung gleichzusetzen. Im Einzelnen sind bestimmte Komponenten grundlegend für den Ausbau einer handlungsorientierten Chinakompetenz:

Erstens steht Chinakompetenz für die Fähigkeit, Chinawissen auf unterschiedlichste Zusammenhänge anzuwenden und spezifische Probleme in den weiteren Kontext der Chinapolitik einzuordnen. Beispielsweise bleiben Erfahrungen im Wirtschaftsbereich mit China meist sektorspezifisch und sind daher gerade nicht auf andere Bereiche übertragbar.

Zweitens ist interkulturelle Kompetenz eine notwendige Bedingung für Dialogfähigkeit, besonders unter den Bedingungen eines Systemwettbewerbs zwischen Demokratien und Autokratien. Sie ist nicht gleichzusetzen mit der Beherrschung einer Trickkiste oder Businessetikette, sondern umfasst vor allem die Fähigkeit, im Wissen um die Unterschiedlichkeit der Systeme den Deutungshorizont neu zu konstituieren. Dialogfähigkeit setzt Toleranz für Ambiguitäten und Verschiedenheit voraus, kann sich aber weder in verschwommener Völkerverständigheterhetorik erschöpfen noch auf ein vermeintlich apolitisches „Kultur“verständnis beschränken. Ein detailgenauer Blick etwa auf die komplexe politische Funktionsweise von Staats- und Parteiapparat schützt sowohl vor der Beeinflussung durch propagandistische Inszenierungen

19 Vgl. BMBF, Bekanntmachung: Richtlinie zur Förderung von „Innovativen Konzepten zum Ausbau der China-Kompetenz an deutschen Hochschulen“, 21.11.2016, www.bmbf.de/foerderungen/bekanntmachung-1276.html. Zu bedenken ist auch, dass „Chinakompetenz“ kein politisch neutraler Begriff ist. Seine Bedeutung richtet sich an genau den ideologischen *faultlines* aus, die den Umgang mit chinesischen Akteuren zurzeit bestimmen. So ist Wachsamkeit angezeigt, etwa wenn Chinakompetenz „ganz unpolitisch“ auf den Kulturbegriff reduziert wird.

als auch vor dem allzu schlichten Freund-Feind-Schema „unverdorbener“ chinesischer Bevölkerung auf der einen und „durchtriebener“ Partiefunktionäre auf der anderen Seite. Dies hilft, eine nüchterne Haltung zu entwickeln und Lösungen zu finden, die der Komplexität des deutsch-chinesischen und europäisch-chinesischen Verhältnisses gerecht werden und dem wachsenden Misstrauen entgegenwirken können.

Drittens muss Chinakompetenz in der Schulbildung ansetzen. Studium und Berufsausbildung sowie begleitete längere Aufenthalte im Land können zwar fundierte Chinakompetenz schaffen. Diese Ansätze sind wertvoll, tragen allerdings kaum dazu bei, Chinaexpertise auf breiter Basis in der Gesellschaft zu verankern. Die Zahl der Studienanfänger in chinawissenschaftlichen Studiengängen geht seit Jahren zurück und lag 2016/17 in Deutschland bei etwa 500,²⁰ obwohl es immer mehr Angebote gegenwartsorientierter Chinaforschung gibt. Ähnlich ist die Entwicklung zum Beispiel in Großbritannien.²¹

SCHULBILDUNG ALS GRUNDPFEILER

Der Aufbau von Chinakompetenz muss daher früher in der Lernbiografie verankert werden, beispielsweise im Sekundarbereich der Schulbildung. Der schulische Chinesischunterricht in Deutschland ist in den vergangenen Jahren zwar nicht in Hinblick auf die Schülerzahlen, jedoch strukturell erheblich ausgebaut worden. Die KMK hat bereits 1998 Anforderungen für die Abiturprüfung in Chinesisch verabschiedet.²² Gut 20 Jahre später haben etwa zwei Drittel aller Bundesländer Curricula entwickelt und bieten Chinesisch als Abiturfach an. Die Lehrkräfteausbildung im Rahmen eines Lehramtsstudiums ist mittlerweile an drei Universitäten in Baden-Württemberg sowie in Göttingen und Bochum möglich. In Berlin ist sie im Aufbau. Die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Sprachausbildung durch mehrjährigen, kompetenz- und standardorientierten Unterricht sind also grundsätzlich vorhanden. Doch die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die daran

teilnehmen, bleibt seit Jahren niedrig – sie liegt bei ungefähr 5000.²³ Dagegen lernen rund sieben Millionen Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen in Deutschland die Weltverkehrssprache Englisch, 1,4 Millionen Französisch und immerhin 464 000 Spanisch.²⁴

Von den derzeit etwa 100 Schulen, die Chinesisch als Regelfach anbieten, liegen ungefähr zwei Drittel in nur vier Bundesländern: Spitzenreiter ist Nordrhein-Westfalen (nicht nur absolut, sondern auch relativ gesehen), gefolgt von Baden-Württemberg, Berlin und Bayern.²⁵ An einigen Schulen haben sich ehrgeizige Ansätze entwickelt: Chinesisch wird teilweise als zweite Fremdsprache und sogar als Leistungskurs angeboten. Doch nach wie vor gibt es auch Bundesländer, in denen Chinesisch als Unterrichtsfach nicht existiert. Für einen nachhaltigen Ausbau müsste auch das Angebot an Lehr- und Zusatzmaterialien und an Weiterbildungen für Lehrkräfte vergrößert werden, wie generell die fachdidaktische Forschung an den Universitäten noch stärker verankert werden muss.

Im Chinesischunterricht werden genau die Fähigkeiten vermittelt, die in Deutschland und Europa auf einer viel breiteren gesellschaftlichen Basis benötigt werden: Sprachkenntnisse (bei entsprechender Unterrichtsdauer bis zu einem Niveau selbstständiger Sprachverwendung) und substanzielles soziokulturelles Orientierungswissen über China, das in den gesellschaftswissenschaftlichen Fächern oft unterrepräsentiert ist. Interkulturelle Handlungskompetenz ist das Leitziel des schulischen Chinesischunterrichts.²⁶

Allerdings: So vielschichtig das im Sprachunterricht vermittelte Wissen ist, und obwohl es viele gute Gründe für das Erlernen der Sprache gibt, ist anzunehmen, dass sich immer nur ein kleiner, wenn auch hoffentlich wachsender Teil der Schülerschaft darauf einlassen wird. Über die Hindernisse kann im Moment

²⁰ Vgl. Stepan et al. (Anm. 12), S. 57.

²¹ Siehe www.hesa.ac.uk.

²² Vgl. KMK, Einheitliche Prüfungsanforderungen in der Abiturprüfung Chinesisch, Beschluss vom 14. 4. 1998 in der Fassung vom 7. 6. 2018.

²³ Vgl. Stepan et al. (Anm. 12), S. 43.

²⁴ Vgl. Destatis, Schüler/-innen mit fremdsprachlichem Unterricht, www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Schulen/Tabellen/allgemeinbildende-beruflicheschulen-fremdsprachl-unterricht.html.

²⁵ Vgl. Fachverband Chinesisch, Sekundarschulen und Gymnasien mit Wahlpflichtfach/Abiturfach Chinesisch in Deutschland, 2020, www.fachverband-chinesisch.de/fileadmin/user_upload/Chinesisch_als_Fremdsprache/Chinesisch_an_Schulen/2020_ChaF_Sekundarschulen.pdf.

²⁶ Vgl. Stepan et al. (Anm. 12), S. 48.

nur spekuliert werden. Doch es liegt auf der Hand, dass sowohl die Wahrnehmungen von China als auch die Hemmschwelle gegenüber der als unverhältnismäßig schwer eingeschätzten Sprache und ihren Schriftzeichen eine Rolle spielen. Umso dramatischer ist das brachliegende Potenzial des Fachunterrichts, den etwa 5,3 Millionen Sekundarschülern in Deutschland beispielsweise in den Fächern Politik, Erdkunde, Wirtschaft oder Geschichte etwas über China beizubringen – ganz ohne erforderliche Sprachkenntnisse. Politische Bildung in Hinblick auf China sollte in der Schule (wie auch in der Erwachsenenbildung) stärker berücksichtigt werden, denn wir brauchen erheblich mehr Menschen mit Chinakompetenz, die keine „Chinaexperten“ sind. Damit chinabezogene Themen nicht nur als Option im Lehrplan erscheinen, sondern tatsächlich im Unterricht zur Sprache kommen, benötigen Fachlehrkräfte jedoch Unterstützung. Neuere Initiativen versuchen hier anzusetzen: Die China-Schul-Akademie an der Universität Heidelberg entwickelt beispielsweise für Lehrkräfte die Zusatzqualifikation „China-Kompetenz für die Schule“,²⁷ und auch das Bildungsnetzwerk China plant entsprechende Projekte.

Jenseits des Fach- und Sprachunterrichts können Schulen zudem durch Kurzzeitaustausche im geschützten Rahmen die Begegnung mit dem chinesischen Kulturraum und seinen Menschen ermöglichen. Dabei sollten sie finanziell und gegebenenfalls auch personell unterstützt werden, um Schülerinnen und Schülern erste Chinaerfahrungen zu ermöglichen. Viele engagierte Pädagoginnen und Pädagogen widmen sich mit großem persönlichem Einsatz der intensiven Vorbereitung und Begleitung dieser Reisen.²⁸ Dazu gehört auch die oft aufwändige, aber bereichernde Beziehungspflege mit Partnerschulen.

Für Jugendliche ergibt sich in Austausch die Möglichkeit, eine differenzierte Wahrnehmung der chinesischen Lebenswirklichkeit zu entwi-

ckeln, die motiviert, sich weiter mit dem Land zu befassen. In jüngerer Zeit wagten allerdings pro Jahr nur um die 50 Schülerinnen und Schüler aus Deutschland einen halb- oder ganzjährigen Aufenthalt in China im Rahmen eines Individualaustausches.²⁹ Dagegen sind kurze Gruppenaufenthalte von bis zu zwei Wochen mit vertrauten Begleitpersonen beliebter, wenn sie denn finanziert werden können.

EINE EUROPÄISCHE BILDUNGSINITIATIVE FÜR CHINAKOMPETENZ

Nicht zuletzt muss Chinakompetenz im Schulbereich finanziell und ideologisch unabhängig vom chinesischen Staat aufgebaut werden. Zwar sollten sprachliche und kulturelle Angebote von chinesischer Seite im Sinne einer Kultur- und Bildungsaußenpolitik, wie sie Deutschland und viele andere Länder betreiben, als Ergänzung willkommen sein. Die „Grundausbildung“ sollte jedoch in nationaler Verantwortung geschehen. Nicht nur das: In Solidarität mit den EU-Mitgliedsstaaten sollte diese Grundausrüstung auf europäischer Ebene verwirklicht und finanziell unterstützt werden. Europäische Robustheit entsteht auch in dieser Hinsicht nicht (nur) in Deutschland, sondern vor allem durch Zusammenarbeit auf europäischer Ebene. Finanziell schwächer gestellte EU-Mitgliedsstaaten können nämlich oft nicht einmal im Hochschulbereich Lehrstühle der Sinologie oder Sprachunterricht anbieten, geschweige denn Chinesischunterricht in den Schulen.

Auch wenn eine vollständige Bestandsaufnahme der vorhandenen Chinakompetenz in Europa bislang nicht vorliegt, gibt es wohl zurzeit kein einziges europäisches Land, das in eigener staatlicher Verantwortung adäquate Bildungsangebote in Bezug auf China bereitstellen kann.

In Frankreich lernten 2019 über 46 000 Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe Chinesisch. Dies sind nur etwa 0,7 Prozent der Sekundarschüler, und dennoch sind unsere französischen Nachbarn damit europäische Spitzenreiter: In Dänemark, Estland und Italien erhalten um die 0,3 Prozent der Sekundarschüler Chinesischunterricht, während es in Deutschland nur

²⁷ Vgl. China-Schul-Akademie, www.zo.uni-heidelberg.de/sinologie/csa; Heidelberg School of Education, China-Kompetenz für die Schule (in Pilotphase), <https://hse-heidelberg.de/studium/zusatzqualifikationen/china-kompetenz-fuer-die-schule-pilotphase>.

²⁸ Vgl. Andrea Frenzel/Matthias Stepan, Der weite Weg nach China. Herausforderungen und Potentiale des deutsch-chinesischen Schüler- und Jugendaustauschs, *Merics China Monitor* 52/2019, S. 34ff.

²⁹ Vgl. ebd., S. 25; Thomas Terbeck, *Handbuch Fernweh – Der Ratgeber zum Schüleraustausch*, Selm 2019.

etwa 0,1 Prozent sind. Mehrere andere EU-Mitgliedsstaaten liegen noch darunter.³⁰ Wie es mit der Förderung von politischem und gesellschaftlichem Chinawissen abseits des Sprachfachs aussieht, ist dabei nicht erfasst.

Mittelfristig beeinträchtigt dieser Mangel die autonome Handlungsfähigkeit Europas im Hinblick auf China. Letztlich reicht es in dieser Frage also nicht, den Blick einzig auf Deutschland zu richten. China als globaler Akteur ist schon längst in Europa angekommen und tritt zunehmend bestimmender und selbstbewusster auf. Deshalb ist Europa auf der Suche nach einer gemeinsamen Haltung und einer „robusteren europäischen Strategie“, wie der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik Josep Borrell kürzlich betonte.³¹ Förderung von Chinakompetenz ist folglich eine Herausforderung nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europa – sei es in wirtschaftlichen oder politischen Verhandlungen, Diplomatie und Informationsgewinnung oder, um Propaganda und Desinformation begegnen zu können.

Auf europäischer Ebene ist das Bewusstsein gewachsen, dass die Chinakennntnis der EU ein Upgrade benötigt, denn ohne den Aufbau eines zukunftsfähigen europaweiten Chinakompetenzsystems fehlt es auf absehbare Zeit schlichtweg an der nötigen Expertise für den Umgang mit China. Eine europäische Bildungsinitiative für Chinakompetenz als Teil der europäischen Chinastrategie kann allerdings nicht bei Normen und bindenden Strukturen ansetzen, denn Bildungspolitik ist Domäne der einzelnen Mitgliedstaaten. Die EU besitzt jedoch mit ihrem Erfolgsprogramm Erasmus+ bereits eine starke Plattform für Kooperations- und Mobilitätsmaßnahmen im Bereich von allgemeiner und beruflicher Bildung, Jugend und Sport – mit Elementen, auf denen eine Chinakompetenz-Initiative aufsetzen können

³⁰ Vgl. Eurostat, Foreign Language Learning Statistics, Pupils by Education Level and Modern Foreign Language Studied, https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/educ_uae_lang01/default/table?lang=en.

³¹ Zit. nach Alexandra Brzozowski, EU Needs 'More Robust' China Strategy, Says Bloc's Chief Diplomat, 25.5.2020, www.euractiv.com/section/eu-china/news/eu-needs-more-robust-china-strategy-says-blocs-chief-diplomat.

³² Ein detaillierterer Vorschlag der Autorinnen für eine europäische Bildungsinitiative für Chinakompetenz in: Andrea Frenzel/Nadine Godehardt, Mehr Chinakompetenz wagen, SWP-Aktuell 59/2020. Der vorliegende Beitrag ist eine aktualisierte und erweiterte Fassung dieses Textes.

te. Auch am Schnittpunkt der europäischen Bildungs- und Forschungsräume könnte die Initiative ansetzen, ohne die Souveränität der einzelnen Länder einzuschränken.³²

Im Umgang mit China braucht es folglich die Fähigkeit, Widersprüche auszuhalten, Grenzen zu setzen und doch im Dialog zu bleiben. Diese drängende Aufgabe darf nicht nur den Spezialisten vorbehalten bleiben. Eine europäische Bildungsinitiative für Chinakompetenz kann dazu beitragen, die Kohäsion der EU zu festigen sowie die europäische Autonomie in der Auseinandersetzung mit China zu stärken. Sie kann helfen, ein komplexeres Chinaverständnis in den europäischen Gesellschaften zu verankern, bis wir über Chinakompetenz nicht mehr schreiben müssen, weil wir sie einfach haben.

ANDREA FRENZEL

hat einen Master in China-Studien und ist Forschungsassistentin in der Forschungsgruppe Asien an der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). Sie arbeitet unter anderem zu Themen der Chinakompetenz im Bildungsbereich im deutschen und europäischen Kontext sowie zur auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik Chinas. andrea.frenzel@swp-berlin.org

NADINE GODEHARDT

ist promovierte Politikwissenschaftlerin in der Forschungsgruppe Asien an der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin. Sie beschäftigt sich mit den Diskursen chinesischer Außenpolitik, Chinas globaler Konnektivitätspolitik und Fragen der Geopolitik. nadine.godehardt@swp-berlin.org

WERTE ODER INTERESSEN?

Maximen deutscher und europäischer Chinapolitik

Ying Huang

Der Balanceakt zwischen Werte- und Interessenpolitik ist die wichtigste Leitlinie der deutschen Chinapolitik unter Bundeskanzlerin Angela Merkel (seit 2005).⁰¹ Er soll einen Ausgleich zwischen wirtschaftlichen und strategischen Interessen auf der einen und politischen Werten wie der liberalen Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und den Menschenrechten auf der anderen Seite schaffen. Dieser Ausgleich stellt sich jedoch bereits im Umgang mit den transatlantischen Partnern regelmäßig als Herausforderung dar, umso schwerer fällt er bei einem Partner wie China, dessen Wertvorstellungen, System und soziale Identität sich so sehr von deutschen und europäischen unterscheidet. Das Pendel zwischen Realismus und Ideologie schwingt in den vergangenen Jahren jedoch immer stärker in Richtung Interessenpolitik, und die Grundlage hierfür ist allen voran der gewaltige chinesische Markt.

2019 wurde China zum vierten Mal in Folge der wichtigste Handelspartner Deutschlands. Allein in dem Jahr gingen Exporte im Wert von 96 Milliarden Euro nach China – ein Wert, der sich seit 2007 mehr als verdreifacht hat.⁰² Von wirtschaftlichem Wachstum befeuert, wächst die Bedeutung Chinas auf der globalen Ebene zunehmend, sodass es fraglich bleibt, inwiefern es zukünftig noch zu einem Ausgleich kommen kann, wenn sich das globale Machtverhältnis immer weiter verschiebt. Dieser Konflikt spiegelt sich in der deutschen Chinaperzeption wider. In den vergangenen Jahren hat sich nicht nur in der Gesellschaft, sondern auch in der Politik und in Expertenkreisen eine immer kritischere Einstellung zu China herauskristallisiert.

Diese Einstellung wurde 2019 in einem Grundsatzpapier des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) zusammengefasst: China gilt für Deutschland nach wie vor als wirtschaftlicher Partner, ist nun jedoch gleichzeitig auch systemischer Wettbewerber, weil Chinas staatlich gelenkte Volkswirtschaft in einem starken Ge-

gensatz zu der (sozialen) marktwirtschaftlichen Ordnung Deutschlands und Europas steht.⁰³ Die EU stimmt mit der deutschen Wahrnehmung überein und konstatierte im März 2019 erstmals, dass China zwar ein Kooperations- und Verhandlungspartner, aber zugleich ein wirtschaftlicher Konkurrent im Streben nach einer technologischen Führungsrolle und ein systemischer Rivale mit einem alternativen Regierungsmodell sei.⁰⁴

Der Balanceakt wird für Deutschland folglich immer komplizierter. Je wichtiger China für Deutschland und die EU wird, desto schwieriger wird es, eine Übereinstimmung zwischen Wirtschaftsinteressen und Menschenrechten zu erzielen.

CHINAPOLITIK VOR DER WIEDERVEREINIGUNG

Nach der Gründung der Volksrepublik China im Oktober 1949 nahm diese rasch mit dem anderen, wenig später neu gegründeten kommunistischen Staat, der DDR, diplomatische Beziehungen auf. Die bilateralen Beziehungen waren dabei stark von den sino-sowjetischen Beziehungen abhängig, denn Ost-Berlin konnte im Gegensatz zu Beijing keine unabhängige Außenpolitik betreiben.⁰⁵ Als die sino-sowjetischen Beziehungen aufgrund ideologischer Risse, Interessengegensätzen und Grenzkonflikten ab den 1960er Jahren graduell in die Brüche gingen, kühlten auch die bilateralen Beziehungen zwischen der DDR und China ab.

Die Verschlechterung der sino-sowjetischen Beziehungen, gepaart mit der US-amerikanisch-chinesischen Entspannungspolitik, eröffnete wiederum der Bundesrepublik Deutschland 1972 die Tür zur Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu China. Dies erleichterte Bonn den Zugang zum chinesischen Markt. Die bilateralen Beziehungen erreichten mithilfe einer Kombination aus Wirtschaftskooperation, technischer und

finanzieller Zusammenarbeit ihren Höhepunkt zwischen 1978 und 1989.

Für die US-amerikanische und damit auch für die westdeutsche Außenpolitik war China ein Gegenpol zur Sowjetunion.⁰⁶ Diesen strategischen Stellenwert verlor China jedoch mit dem nahenden Ende des Ost-West-Konflikts, der Fokus verschob sich auf die Wirtschaft. Diese Entwicklung wurde 1989 nach der Niederschlagung der Studentenbewegung auf dem Tiananmen-Platz durch die Auseinandersetzung um die Menschenrechtsfrage überschattet. Zwar wurden die diplomatischen Beziehungen zwischen Bonn und Beijing nicht eingestellt, das Verhältnis kühlte sich aber deutlich ab.⁰⁷

VOM WERTEÜBERMAß ZUM INTERESSENÜBERMAß

„Tiananmen“ führte aufgrund einer Vielzahl wirtschaftlicher Sanktionen zur internationalen Isolierung Chinas. Es löste auch eine Richtungsdebatte innerhalb Deutschlands aus, in der die Wertekomponente – ausgelöst durch die Menschenrechtsfrage – über der außenwirtschaftlichen Komponente lag.

Eine Normalisierung wurde erst 1992 erreicht, als die Bundesregierung darauf verzichtete, Menschenrechts- und Wirtschaftsfragen im Umgang mit China aneinander zu koppeln, und die „Ein-China-Politik“ hervorhob. Des Weiteren wurde im Asien-Konzept der Bundesregierung ein Jahr

später trotz der kritischen Menschenrechtslage die besondere wirtschaftliche Bedeutung Chinas hervorgehoben. Die angewandte „stille Diplomatie“ führte jedoch nur vorläufig zu einer Entspannung, denn nun musste man sich mit dem anwachsenden innenpolitischen Druck auseinandersetzen. Der weiterhin chinakritische Bundestag beschloss 1996 die Tibet-Resolution, in der den chinesischen Behörden schwere Menschenrechtsverletzungen und Benachteiligung der tibetischen Bevölkerung vorgeworfen wurden. Zudem sprach man von einer „tibetischen Exilregierung“ und widersprach somit der traditionellen Ein-China-Politik. Die Regierung unter Helmut Kohl (1982–1998) stand damit von zwei Seiten unter Druck, da China politische Zurückhaltung in der Tibet-Frage verlangte.⁰⁸ Ein Mittelweg war nicht ersichtlich, die Menschenrechtsfrage wurde letztlich ein weiteres Mal zugunsten der außenwirtschaftlichen Interessen der Bundesregierung zurückgestellt.

Die Regierung unter Gerhard Schröder (1998–2005) versuchte zu Beginn, der innenpolitischen Kritik Gehör zu schenken und die Menschenrechtspolitik zu betonen. Vor allem Außenminister Joschka Fischer war ein Befürworter einer wertegeleiteten Außenpolitikstrategie – eine Position, die in den folgenden Jahren oft zu Uneinigkeit innerhalb der Bundesregierung führen sollte. Sein Empfang des chinesischen Dissidenten Wei Jingsheng belastete die bilateralen Beziehungen beider Nationen bereits im ersten Jahr. 1999 entspannte sich die Lage mit der „Entschuldigungsreise“ Schröders wieder, der als Vertreter der EU nach Beijing reiste, um sich für den Nato-Angriff auf die chinesische Botschaft in Belgrad zu entschuldigen. Im Gegensatz zu seinem Außenminister vertrat der Bundeskanzler eine stark wirtschaftsorientierte Außenpolitik. Bei seinen fast jährlichen Chinabesuchen wurde er meist von einer großen Wirtschaftsdelegation begleitet. Zudem wurde der sogenannte Rechtsstaatsdialog eingeführt, der für die bilateralen Beziehungen die wahrscheinlich wichtigste Initiative Schröders war und eine maßgebliche Rolle für den Ausbau der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen spielte. Der Rechtsstaatsdialog sollte eine Plattform sein, in der heikle Themen wie die Menschenrechtsfrage

01 Vgl. Ying Huang, Die Chinapolitik der Bundesrepublik Deutschland nach der Wiedervereinigung: Ein Balanceakt zwischen Werten und Interessen, Wiesbaden 2019.

02 Vgl. Destatis, Die Volksrepublik China ist erneut Deutschlands wichtigster Handelspartner, o.D., www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Aussenhandel/handelspartner-jahr.html.

03 Vgl. Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), China – Partner und systemischer Wettbewerber. Wie gehen wir mit Chinas staatlich gelenkter Volkswirtschaft um?, Grundsatzpapier, Januar 2019, <https://bdi.eu/media/publikationen/#/publikation/news/china-partner-und-systemischer-wettbewerber>.

04 Vgl. Europäische Kommission, EU-China – A Strategic Outlook, 12.3.2019, <https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/communication-eu-china-a-strategic-outlook.pdf>.

05 Vgl. Stefan Friedrich, Die Beziehungen Deutschlands zur VR China sowie zu Taiwan, Hongkong und Singapur, in: Carsten Herrmann-Pillath/Michael Lackner (Hrsg.), Länderbericht China, Bonn 2000, S. 668–682, hier S. 671.

06 Vgl. Thomas Heberer/Anja Senz, Die deutsche Chinapolitik, in: Thomas Jäger et al. (Hrsg.), Deutsche Außenpolitik, Wiesbaden 2011, S. 673–692, hier S. 674.

07 Vgl. Friedrich (Anm. 5), S. 670.

08 Vgl. Christoph Neßhöver, Die Chinapolitik Deutschlands und Frankreichs zwischen Außenwirtschaftsförderung und Menschenrechtsorientierung (1989 bis 1997). Auf der Suche nach Balance, Hamburg 1999, S. 159f.

behandelt werden. Dadurch wurde die Wertepolitik aus den offiziellen Zusammentreffen „ausgeklammert“, sodass man sich auf die gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen konzentrieren konnte.

Zusammen mit dem französischen Präsidenten Jaques Chirac bemühte sich Schröder auch um die Aufhebung des EU-Waffenembargos gegen China. Obwohl dieser Einsatz am Widerstand der USA und der fehlenden Einigkeit innerhalb Deutschlands und der EU scheiterte, wurden das gegenseitige Vertrauen und die bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und China weiter ausgebaut. Außenpolitik war zu dieser Zeit „Chefsache“ und wurde hauptsächlich im Kanzleramt anstatt im Auswärtigen Amt entwickelt.⁰⁹ Fischer mit seiner menschenrechtsbetonten Chinapolitik geriet dabei immer mehr in den Hintergrund.¹⁰ Chinas globale Rolle entwickelte sich weiter, und die wirtschaftliche Beziehung wurde zu einer strategischen Partnerschaft ausgebaut.

Somit haben sowohl die Regierung Kohl als auch die Regierung Schröder zunächst versucht, den innenpolitischen und öffentlichen Forderungen nach einer wertorientierten Chinapolitik nachzukommen, dennoch sahen beide Regierungen in den bilateralen Beziehungen zu China schlussendlich vor allem die wirtschaftliche Bedeutung des chinesischen Marktes. Der Versuch einer wertorientierten Außenpolitik endete bei beiden in einem Interessenübermaß.

DAS PENDEL SCHWINGT

Mit einer klar ablehnenden Haltung gegenüber der Aufhebung des EU-Waffenembargos distanzierte sich Merkel von der wirtschaftsfokussierten Außenpolitik Schröders und signalisierte einen Richtungswechsel in der Chinapolitik. Bereits bei ihren ersten drei Chinabesuchen thematisierte sie offen die Bedeutung der Menschenrechte, wodurch die bilateralen Beziehungen anfangen, zu schwanken. Auch dass sie sich als erste deutsche Regierungschefin mit dem Dalai Lama 2007 im Kanzleramt traf, machte der deutschen Öffentlichkeit den Richtungswechsel deutlich. Hierdurch mehrte sie nicht nur ihr Ansehen in der

deutschen und internationalen Gesellschaft, sondern verstärkte auch ihr außenpolitisches Profil gegenüber dem eigenen Koalitionspartner. Die SPD – vor allem vertreten durch Außenminister Frank-Walter Steinmeier – trat weiterhin für eine „stille Diplomatie“ im Umgang mit China ein und wollte die Linie Schröders fortführen,¹¹ wodurch es innerhalb der Bundesregierung wiederholt zu Unstimmigkeiten kam. Doch diese führten in der Folge auch zu einer Balance in der deutschen Außenpolitik, denn durch die diplomatischen Bemühungen Steinmeiers und einem klaren Bekenntnis Berlins zur Ein-China-Politik entspannte sich der von dem Empfang des Dalai Lama ausgelöste Konflikt mit China. Merkel verzichtete im Nachgang auf ein weiteres Treffen mit diesem, um Konflikte mit dem Koalitionspartner, der chinesischen Regierung und den deutschen Wirtschaftsverbänden zu vermeiden.

In der Asienstrategie der CDU/CSU-Bundestagsfraktion von 2007 ist hingegen eine kritische Sicht auf Beijing vorherrschend. Die Union nahm an, dass China dem Westen in zunehmendem Maße die Systemfrage stelle und sein alternatives politisches Ordnungsmodell die wirtschaftlichen und politischen Interessen Deutschlands herausfordere.¹² Aus diesem Grund versuchte man, die Zusammenarbeit mit Demokratien in Asien zu verstärken und von einem Fokus auf China Abstand zu nehmen.

Im folgenden Jahr kam es zu weiteren Unruhen in Tibet; auch der Eklat um den symbolträchtigen Fackellauf durch Tibet vor Beginn der Olympischen Sommerspiele 2008 spannte die Lage zwischen beiden Nationen wieder an. Die Spannung löste sich erst 2010, als Merkel in ihrer zweiten Amtszeit ein viertes Mal nach China reiste. Diese vierte Reise war der Startschuss für einen erneuten Richtungswechsel in der deutschen Chinapolitik und legte den Grundstein für die nächsten Jahre. Beide Staaten veröffentlichten ein gemeinsames Kommuniqué,¹³ um die bilaterale

⁰⁹ Vgl. Ulrich Delius, Plädoyer für eine neue Chinapolitik der Europäischen Union, Menschenrechtsreport der Gesellschaft für bedrohte Völker 36/2004.

¹⁰ Vgl. Huang (Anm. 1), S. 137.

¹¹ Vgl. Heberer/Senz (Anm. 6), S. 678.

¹² Vgl. CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Asien als strategische Herausforderung und Chance für Deutschland und Europa, Asienstrategie der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Beschluss vom 23. Oktober 2007, S. 8.

¹³ Vgl. Deutsch-Chinesisches Gemeinsames Kommuniqué zur umfassenden Förderung der Strategischen Partnerschaft, 16.7.2010, <https://archiv.bundesregierung.de/resource/blob/656922/367424/31675e5ec9ede2bb822ee520b5c41222/2010-07-16-deutsch-chinesisches-kommunike-data.pdf>.

Partnerschaft umfassend voranzutreiben. Zudem wurden Handelskooperationsvereinbarungen im Wert von mehr als vier Milliarden US-Dollar unterzeichnet, um die wirtschaftliche Kooperation weiter auszubauen. Angesichts der damaligen Herausforderungen versprach Beijing „Vertrauen in den Euro“, Unterstützung bei der Bewältigung der Eurokrise sowie engere Zusammenarbeit beim Klimaschutz.

Seit 2011 ging die strategische Partnerschaft mit mehreren Regierungskonsultationen zwischen beiden Ländern einen Schritt weiter. Dieser Regierungsdialog höchsten Ranges wird nur mit besonders engen Partnern geführt; 2014 wertete er die strategische Partnerschaft zu einer umfassenden strategischen Partnerschaft auf. Deutschland und China betrachten sich seither als langfristige Partner, die gegenseitiges politisches Vertrauen aufgebaut haben. Die umfassende strategische Partnerschaft verfolgte das Ziel, einen Nutzen aus der gegenseitigen Entwicklung zu ziehen und die bestehenden Dialog- und Kooperationsformate auf Regierungsebene kontinuierlich zu vertiefen.¹⁴

Zum 45. Jubiläum der Aufnahme diplomatischer Beziehungen erreichte das gemeinsame Verhältnis 2017 trotz aller Meinungsverschiedenheiten bei der Menschenrechtsfrage seinen Höhepunkt. Sowohl die chinesische Unterstützung beim G20-Gipfel in Hamburg als auch die Übergabe eines Pandapärchens¹⁵ für den Berliner Zoo trugen zur weiteren Vertiefung der Partnerschaft bei. Beide Länder teilten die gemeinsame Überzeugung, dass sie in Zeiten globaler Unsicherheit die multilaterale Weltordnung erhalten und stärken und ihre Zusammenarbeit sowohl im Cyberbereich als auch im Kampf gegen den internationalen Terrorismus verstärken würden. Mit der zunehmenden Instabilität der transatlantischen Beziehungen gewannen die bilateralen Beziehungen globale Dimensionen. Während

¹⁴ Die Bundesregierung, Gemeinsame Erklärung zum Besuch von Staatspräsident Xi: Schaffung einer umfassenden strategischen Partnerschaft zwischen Deutschland und China, 28. 3. 2014, www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/gemeinsame-erklaerung-zum-besuch-von-staatspraesident-xi-schaffung-einer-umfassenden-strategischen-partnerschaft-zwischen-deutschland-und-china-411848.

¹⁵ Pandas gelten in China als Nationalschatz. Die Übergabe hatte somit einen großen symbolischen Charakter, als Zeichen der Freundschaft und strategischen Partnerschaft gegenüber Deutschland.

die USA eine Eindämmungspolitik gegenüber China betrieben, setzte sich die Bundesregierung hauptsächlich für die weitere Einbindung Chinas in eine regelbasierte internationale Ordnung ein.¹⁶ Aus den Territorialstreitigkeiten im Südchinesischen Meer versucht Deutschland, sich weitgehend herauszuhalten und einen Alleingang gegenüber China zu vermeiden, um die Beziehungen trotz des Interessenkonflikts nicht zu belasten.

Bundeskanzlerin Merkel hat den für deutsche Bundesregierungen typischen Weg eingeschlagen – ihre Chinapolitik ist seit ihrer zweiten Amtszeit pragmatischer geworden. Nach einer angespannten und stark wertorientierten Chinapolitik wechselte sie mit ihrem vierten Chinabesuch allmählich zu einer interessenorientierten Chinapolitik. Aus einem systemischen Herausforderer wurde im Zeitverlauf ein umfassender strategischer Partner. Merkel führte Regierungskonsultationen ein und arbeitete mit China zusammen, um das Land in die internationale Ordnung zu integrieren und gemeinsam globale Herausforderungen zu bewältigen.

AKTUELLE HERAUSFORDERUNGEN

2016 und 2017 wurden zahlreiche Unternehmen in Deutschland von **chinesischen Investoren** übernommen. Doch als der führende Roboterhersteller Kuka 2016 vom chinesischen Mischkonzern Midea übernommen wurde, gerieten die chinesischen Direktinvestitionen in Deutschland zunehmend in Kritik. Die Bundesregierung verschärfte deshalb 2018 die Außenwirtschaftsverordnung. Man befürchtete, dass die Übernahme kurzfristig in der Lage wäre, Arbeitsplätze zu sichern und neue Märkte zu erschließen, aber sich langfristig aufgrund des Verlusts von Kern-Know-How negativ auf die Wettbewerbsfähigkeit und die Innovationskraft der deutschen Industrie auswirken würde. Des Weiteren wurde die staatliche Kontrolle von Übernahmen sicherheitsrelevanter Unternehmen im Bereich der Rüstung oder kritischen Infrastruktur für die nationale Sicherheit

¹⁶ Vgl. Michael Staack, Strategische Partnerschaft zwischen China und Deutschland: Krisenfest und zukunftstauglich? in: ders./David Groten (Hrsg.), China und Indien im regionalen und globalen Umfeld, Opladen–Berlin–Toronto 2018, S. 29–61, hier S. 35f.

und Ordnung notwendig.¹⁷ Dies bestätigte sich im Dezember 2020, als die Bundesregierung die Übernahme der IMST GmbH – einer Spezialistin für 5G-, Satelliten- und Radartechnik – durch den chinesischen Rüstungskonzern Addisino stoppte, weil diese die Sicherheit und technologische Souveränität Deutschlands im Bereich künftiger Mobilfunksysteme bedrohen könnte. Chinesische Investitionen wurden für Deutschland folglich zu einer Gratwanderung. Auf der einen Seite möchte man sich nicht von der Wirtschaftsdynamik Chinas abkoppeln, auf der anderen Seite will man seinen Wettbewerbsvorteil und seine Zukunftsfähigkeit nicht durch den Abfluss des deutschen Know-Hows verlieren.

Eine weitere Herausforderung entstand durch die seit 2013 von China betriebene **Seidenstraßeninitiative**. Zu Beginn wegen der verbesserten Konnektivität und der Erschließung von Drittmärkten begrüßt, brachte sie schnell Interessenkonflikte mit sich. Die Ausschreibungen an Projekten der Seidenstraßeninitiative waren für die Bundesregierung zu intransparent, und die USA sah in der Gründung der Asiatischen Infrastrukturinvestmentbank (AIIB) eine ernste Konkurrenz zur Weltbank und Asiatischen Entwicklungsbank. Entsprechend negativ wurde die deutsche Beteiligung an der AIIB von den USA gesehen und zum Streitpunkt zwischen den beiden Nationen.

Das „16+1“-**Kooperationsformat** sorgte für Spannungen in der EU.¹⁸ Dieses ist eine 2012 geschaffene Plattform zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen 16 mittel- und osteuropäischen Staaten und China, die elf EU-Länder und fünf EU-Beitrittskandidaten umfasst. Kritiker des Formats befürchteten eine zunehmende Abhängigkeit mancher Länder von China und ein erhöhtes Konfliktpotenzial innerhalb der EU, wenn einige EU-Mitgliedstaaten mittels ihres engen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisses zu China ihre Verhandlungsposition in Brüssel stärken. Vor allem die von der Plattform ausgeschlossenen westeuropäischen Länder sahen in dem Format eine Intervention in ihren geopolitischen Raum und eine Aushöhlung der

EU, weshalb der deutsche Außenminister Sigmar Gabriel 2017 sogar von einer „Ein-Europa-Politik“ sprach.¹⁹

Auch der **5G-Infrastrukturausbau** durch Huawei stellt die aktuelle Chinapolitik auf den Prüfstand. Die Bundesregierung schwankt zwischen wirtschaftlichen Interessen im Infrastrukturausbau und sicherheitspolitischen Interessen bei der Kerninfrastruktur und im Datenschutz. Denn Kritiker befürchten, dass Huawei über seine Telekommunikationsprodukte eine Hintertür für Spionage und Sabotage schaffen könne. Die Ruhe für eine Interessenabwägung bleibt jedoch nicht. China droht Deutschland „mit Konsequenzen“,²⁰ wenn Huawei beim 5G-Ausbau nicht berücksichtigt wird, und die USA fordern von Deutschland eine Positionierung in der sino-amerikanischen Rivalität. Die Bundesregierung hat bis jetzt noch keine Entscheidung getroffen. Zwar betont man die Bedeutung der Offenheit des europäischen wie auch des chinesischen Marktes für ausländische Netzwerkausrüster²¹ und bemüht sich auf nationaler Ebene, Sicherheitsanforderungen für den 5G-Ausbau festzulegen,²² doch von einer eigenen Entscheidung in dieser prekären Situation möchte man absehen. Stattdessen schaut man nach Brüssel und wünscht sich eine Koordinierung aller EU-Mitgliedsstaaten, um ein gemeinsames Vorgehen beim 5G-Ausbau zu ermöglichen.

2020 brachte die **Corona-Pandemie** neue Herausforderungen mit sich. Das intransparente Verhalten der chinesischen Lokalregierung zu Beginn der Pandemie, der Tod des Arztes Li Wenliang als erster Whistleblower sowie der Streit um den Ursprung des neuartigen Coronavirus löste

¹⁹ Auswärtiges Amt, Rede von Außenminister Sigmar Gabriel auf der französischen Botschafterkonferenz, 30.8.2017, www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/-/292142.

²⁰ Vgl. Chinesischer Botschafter Ken Wu: „Die Sicherheitsbedenken der USA gegen Huawei sind scheinheilig“, Video, 13.12.2019, www.handelsblatt.com/video/live/handelsblatt-live-chinesischer-botschafter-ken-wu-die-sicherheitsbedenken-der-usa-gegen-huawei-sind-scheinheilig/25332882.html?nlayer=Handelsblatt%20LIVE_22920810.

²¹ Antwort der Bundesregierung. Weg zu einer gemeinsamen wertebasierten und realistischen China-Politik der EU, Bundestags-Drucksache 19/20346, 24.6.2020, S. 23.

²² Im November 2019 veröffentlichte die Bundesregierung ein Eckpunktepapier, das eine Bewertung der Vertrauenswürdigkeit von Lieferanten oder Hersteller sicherheitsrelevanter Komponenten auf gesetzlicher Grundlage ermöglicht. Siehe www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Anlage/DG/Digitales/Mobilfunkstrategie.pdf?__blob=publicationFile.

¹⁷ BDI, Zunehmende staatliche Investitionskontrollen – in Deutschland und weltweit, 27.8.2020, <https://bdi.eu/artikel/news/investitionskontrollen-in-deutschland-und-europa>.

¹⁸ 2019 wurde Griechenland in das Format aufgenommen, weshalb es seitdem als „17+1“-Format bekannt ist.

internationale Kritik aus. China bekam die Pandemie mittels strenger Maßnahmen in den Griff und erholte sich mit einem Wirtschaftswachstum von 4,9 Prozent bereits im dritten Quartal 2020. Wegen dieser schnellen Erholung blieb der chinesische Markt essenziell für die deutsche Industrie: 20 bis 25 Prozent aller Ausfuhren nach China kommen aus der Auto- und Maschinenbranche, die unter der Pandemie und den getroffenen Maßnahmen stark litten. Durch die Pandemie bezog Deutschland auch Medizinprodukte aus China, und die Abhängigkeit vom chinesischen Markt nahm zu. Zeitgleich warb China mit dem eigenen politischen System und stellte es beim Krisenmanagement demokratischen Systemen gegenüber, sodass der Systemkampf mit dem Westen neu entfacht wurde. Um eine zu starke Abhängigkeit von China zu vermeiden, veröffentlichte die Bundesregierung im September 2020 die Indo-Pazifik-Leitlinien,²³ nach denen sie ihre wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu Asien verstärken und diversifizieren möchte.

NEUE CHINA-STRATEGIE DER EU

Die EU-Chinapolitik weist einige Parallelen zur deutschen Chinapolitik auf. Als eigenständige Institution pflegt die EU seit 1975 diplomatische Beziehungen mit China und wertete diese 2003 zu einer strategischen Partnerschaft auf. Wie die deutsch-chinesischen Beziehungen sind auch die EU-chinesischen Beziehungen von dem Balanceakt zwischen Werten und Interessen geprägt. Da die EU China als wichtigen wirtschaftlichen, politischen und geostrategischen Partner nicht verlieren möchte, muss sie konstant um konfliktträchtige Fragen zu Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten sowie um eine Reihe von Wirtschafts-, Marktzugangs-, Regulierungs- und Handelsfragen manövrieren.

Mit dem „16+1“-Format schaffte Beijing jedoch ein eigenes Alternativformat für die mittleren und kleineren osteuropäischen Staaten. Statt mit der EU als drittgrößter Volkswirtschaft der Welt direkt zu verhandeln, kann China ebenso gut mit jedem Mitgliedsstaat einzeln verhandeln. Der fehlende Konsens innerhalb der EU und die

Inkohärenz der EU-Chinapolitik verdeutlichen, dass die EU im Vergleich zu China kein Staat ist und nicht im gleichen Maße ihre wirtschaftliche und strategische Machtposition an den Verhandlungstisch bringen kann.

Um ihre Position zu verändern und mehr Kohärenz zu schaffen, wurde 2019 ein Strategiepapier veröffentlicht, wonach sich die europäische Chinapolitik neu orientieren sollte. China wurde nun nicht mehr als rein wirtschaftlicher Partner, sondern auch als wirtschaftlicher Konkurrent und systemischer Rivale betrachtet. Doch während der Rivalitätsgedanke in Europa zunahm, sah China in der EU einen notwendigen globalen Partner und eine Gegenmacht zur Dominanz der USA. EU-Ratspräsident Charles Michel warnte 2020 sogar, dass Europa zu einem globalen Spieler werden müsse, damit der Kontinent nicht zu einem Spielfeld in der sino-amerikanischen Rivalität werde.²⁴

Ein entscheidender Schritt wurde 2020 erreicht, als China zum ersten Mal der wichtigste Handelspartner für die EU wurde. Nach siebenjährigen Verhandlungen einigten sich die EU und China auf ein gemeinsames Investitionsabkommen. Die größte Herausforderung in dem Verhandlungsprozess lag darin, China zu überzeugen, die Hindernisse für den Marktzugang ausländischer Investitionen abzubauen und gegen unfaire Handels- und Wirtschaftspraktiken wie Industriesubventionen und den erzwungenen Technologietransfer vorzugehen. Um das Abkommen vor dem Amtsantritt des US-amerikanischen Präsidenten Joe Biden zum Abschluss zu bringen, machte China bezüglich des Marktzugangs und der Wettbewerbsbedingungen sowie bei den Streitthemen Zwangsarbeit und Klimaschutz wichtige Zugeständnisse. Dennoch bleiben einige europäische Beobachter skeptisch, weil das Verhandlungsergebnis hinter den europäischen Erwartungen zurückbleibt.²⁵ Obwohl die Einigung nicht alle Probleme lösen konnte, zählt die Bundesregierung sie zu einem der größten Erfolge der deutschen EU-Ratspräsidentschaft. Merkel hat das Abkommen

²⁴ Vgl. Daniel Brässler/Matthias Kolb, Europa will Spieler sein, nicht Spielfeld, 14. 9. 2020, www.sueddeutsche.de/politik/eu-china-gipfel-1.5031958.

²⁵ Vgl. Tobias Kaiser, Was der EU-China-Pakt für Deutschland bedeutet, 30. 12. 2020, www.welt.de/wirtschaft/artikel223425872/Investitionsabkommen-mit-Peking-Darum-geht-es-im-EU-China-Deal.html.

²³ Die Bundesregierung, Leitlinien zum Indo-Pazifik. Deutschland – Europa – Asien. Das 21. Jahrhundert gemeinsam gestalten, Berlin 2020.

entscheidend vorangetrieben, um einen gleichberechtigten Marktzugang für deutsche Unternehmen zu schaffen, doch bleibt fraglich, wie sich die Einigung auf die transatlantischen Beziehungen auswirken wird und ob die Zugeständnisse die bleibenden Probleme aufwiegen werden.

FAZIT UND AUSBLICK

Die internationale Ordnung durchläuft zurzeit einen tiefgreifenden Wandel, der die deutsche Außenpolitik vor große Herausforderungen stellt. Seit dem Amtsantritt von Staats- und Parteichef Xi Jinping 2012 tritt China außenpolitisch selbstbewusster auf der Weltbühne auf. Mit seinem wirtschaftlichen und politischen Aufstieg fällt es China leicht, seine nationale Souveränität und seine territoriale Integrität zu verteidigen. Der Machtanspruch im Südchinesischen Meer, die neue Seidenstraßeninitiative und die Hongkong-Politik zeigen einen aktiven, für manche sogar offensiven und aggressiven Weg, der es Deutschland immer schwieriger machen wird, seine Werte und Interessen durchzusetzen. Beijing wird bezüglich Hongkong, Taiwan und Tibet keine Zugeständnisse machen, sodass die Menschenrechtsfrage immer wieder zu Konflikten führen wird. Die asymmetrische Machtposition zwischen Deutschland und China macht Außenpolitik auf Augenhöhe kaum möglich. Durch die europäische Einbindung erwirbt die deutsche Chinapolitik jedoch einen Hebel, durch den die relativ schwache Machtposition Deutschlands im Umgang mit China kompensiert werden kann. Dieser Hebel funktioniert allerdings nur, wenn die EU als Einheit auftritt und eine kohärente Chinapolitik erarbeitet.

Hinsichtlich der verschärften strategischen Rivalität zwischen den USA und China muss Berlin über seine Position nachdenken. Auf der einen Seite steht die transatlantische Werte- und Sicherheitsgemeinschaft, auf der anderen Seite die wirtschaftliche, politische und umfassende strategische Partnerschaft mit China.

²⁶ Vgl. Johannes Leithäuser, Maas will gemeinsame China-Politik mit Washington, 28. 1. 2021, www.faz.net/-17169692; Das transatlantische Band wieder stärken – Für eine zukunftsgerichtete und umfassende Partnerschaft. Positionspapier der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, 26. 1. 2021, insb. S. 9f.

Deutschland ist (wie die EU) weiterhin sicherheitspolitisch von den USA und der NATO abhängig, doch die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass die transatlantischen Beziehungen nicht immer zuverlässig sind. Mit der Präsidentschaft Joe Bidens verbinden sich Hoffnungen darauf, die transatlantische Partnerschaft zu erneuern, auch im Hinblick auf eine strategische Chinapolitik. Sowohl Außenminister Heiko Maas (SPD) als auch die Fraktion der CDU/CSU im Bundestag sandten kürzlich entsprechende Signale.²⁶

China hat sich einerseits zu einem unverzichtbaren Kooperationspartner bei der Bewältigung globaler Herausforderungen entwickelt. Andererseits hat sich Chinas Position in den vergangenen Jahren kaum verändert. Zwar konnten Zugeständnisse im Investitionsabkommen und im Klimaschutz erreicht werden, doch der offensive außen- und innenpolitische Kurs der chinesischen Regierung wird zukünftig weitere Herausforderungen mit sich bringen. Deutschland versucht seit der Wiedervereinigung, eine Balance zwischen Werten und Interessen zu schaffen, unterliegt jedoch jedes Mal der unnachgiebigen Position Chinas.

Die sino-amerikanische Rivalität bietet der EU und damit auch Deutschland letztlich aber auch eine Chance, sich in der Weltpolitik stärker zu profilieren und die eigene Position aufzuwerten. Vieles hängt von der Post-Merkel-Ära und der neuen Bundesregierung ab. Die steigende Abhängigkeit vom chinesischen Markt und die zunehmende Kritik an Merkels Zurückhaltungspolitik wird, wenn sich die Geschichte wiederholt, erneut zu einem Werteübermaß der nächsten Bundesregierung und damit auf den Konfrontationskurs führen.

YING HUANG

ist promovierte Politikwissenschaftlerin, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn sowie Projektleiterin für „Data Infrastruktur“ als Teil des vom Ministerium für Kultur und Wissenschaft in NRW geförderten Projekts „Infrastrukturen der chinesischen Moderne und ihre konstitutiven globalen Effekte“.

yhuang@uni-bonn.de

DAS „ANDERE CHINA“?

Was wir über Taiwan wissen sollten

Jens Damm

Taiwan ist eine Insel, etwa so groß wie Baden-Württemberg. Dazu gehören einige weitere kleine Inselgruppen, insgesamt leben dort 23 Millionen Einwohner. Es sind vor allem zwei Faktoren, die zu einem großen akademischen Interesse an Taiwan geführt haben.⁰¹ Zunächst ist es das Verhältnis zwischen Taiwan und China, dessen „Ein-China-Politik“ dazu führt, dass Taiwan nur von wenigen Staaten der Welt als Republik China (R. O. C.) anerkannt wird, obwohl alle Merkmale eines eigenständigen Staates erfüllt sind. Seit dem Ende des chinesischen Bürgerkriegs 1949, der zur Flucht von Jiang Jieshi (Chiang Kai-shek)⁰² und der nationalen chinesischen Armee nach Taiwan führte, hat sich Taiwan zu dem „anderen China“ entwickelt, wenngleich in den vergangenen Jahrzehnten eine „Taiwanisierung“ stattfand, die die Eigenständigkeit Taiwan betont, das sich aus dem chinesischen Kulturkreis immer weiter entfernt. Zwar wurde Taiwan bis Ende der 1980er Jahre ebenso wie China autoritär regiert, doch zeigten sich schon damals große Unterschiede. Taiwan entschied sich für den Kapitalismus, um seine Nachkriegswirtschaft zu entwickeln, während China den Sozialismus einleitete. Im Kalten Krieg verbündete sich Taiwan mit den USA. Nachdem sich die USA und die Vereinten Nationen in den 1970er Jahren entschieden hatten, die Regierung in Beijing und nicht mehr die Regierung in Taibei (Taipei) als alleinige legitime Regierung Chinas anzusehen, veränderte sich Taiwan dramatisch.

Und das führt zu dem anderen Punkt, warum es ein großes Interesse an Taiwan gibt: Taiwans Transformation zu einer eigenständigen Demokratie, trotz vieler offensichtlicher Stolpersteine: Dazu zählen eine multiethnische Bevölkerung, wobei die Mehrheit der Hoklo-Chinesen jahrzehntlang von einer Minderheit der sogenannten Festlandchinesen politisch und gesellschaftlich marginalisiert worden ist; eine außenpolitisch instabile Situation sowie die verbreitete Ansicht, dass konfuzianische Gesellschaften

mit demokratischen und liberalen Gesellschaftsordnungen unvereinbar sind. Taiwan entwickelte sich nichtsdestotrotz zu einer der freiesten und liberalsten Gesellschaften Asiens, mit einem geordneten Justizwesen und weitgehender Gerechtigkeit, einschließlich der Möglichkeit für gleichgeschlechtliche Paare zu heiraten – ein Alleinstellungsmerkmal in der Region. Kultur und Religion konnten sich unbehelligt von politischem Druck entwickeln und entfalten. Im Folgenden stelle ich übersichtsartig dar, was wir über Taiwans Geschichte und Gegenwart wissen sollten.⁰³

WESTLICHE KOLONISATION UND CHINESISCHE HERRSCHAFT (BIS 1895)

Archäologen und Linguisten sind sich einig, dass Taiwan bereits seit Jahrtausenden von einer indigenen austronesischen Bevölkerung besiedelt war. Diese Bevölkerung ist bis heute sehr divers in Bezug auf Sprachen, Gesellschaft (matriarchalisch und patriarchalisch; sowohl Jagd und Fischfang als auch Ackerbau). Am Ende der chinesischen Ming-Dynastie (1368–1644) besiedelten chinesische Einwanderer Taiwan stärker. Im 17. Jahrhundert war Taiwan jedoch zunächst durch die Anwesenheit westlicher Kolonialmächte geprägt,⁰⁴ im Wesentlichen die Niederländische Ostindien-Kompanie (1622–1661, 1664–1668) und spanische Kräfte (1626–1642); der Name „Ilha formosa“ (schöne Insel) geht auf die Portugiesen zurück, die im 16. Jahrhundert dort landeten. Bereits zur Zeit der kolonialen Herrschaft im 17. und dann verstärkt im 18. Jahrhundert kamen chinesische Siedler nach Taiwan und verwandelten die Jagdgebiete der indigenen Bevölkerung der westlichen Ebenen in Reisfelder und Zuckerrohrplantagen. Im Einklang mit den Praktiken des europäischen handelskaufmännischen Expansionismus in Übersee bauten die Niederländer eine Festung, setzten

eine Armee ein und planten die Entwicklung einer Stadt, die mit niederländischen Familien aus Batavia (dem heutigen Jakarta) und mit Chinesen, Japanern sowie der indigenen Bevölkerung bevölkert werden sollte. Gleichzeitig geriet der Norden der Insel unter den Einfluss der Spanier.⁰⁵

Diese koloniale Phase wurde durch Koxinga (Zheng Chenggong) beendet: Koxinga, ein Ming-Loyalist aus Xiamen, setzte sich 1661 mit Soldaten auf die Insel Taiwan ab, als das Festland unter die Verwaltung der Qing-Dynastie geriet. 20 Jahre später gelang es festlandchinesischen Truppen der Qing, Taiwan einzunehmen, 1684 wurden die Insel Taiwan und die Penghu-Inseln zur Präfektur der Provinz Fujian, Hauptstadt der Präfektur war die ehemalige niederländische Kolonialstadt Tainan. Eine lokale taiwanische Elite entsprang den aufeinanderfolgenden Wellen chinesischer Migranten aus den beiden südlichen Küstenprovinzen Fujian und Guangdong. Die Entstehung dieser Elite stand im Einklang mit der Umsetzung der Qing-Kulturpolitik durch ein Bildungssystem, das Sprache, Literatur, Folklore und Religion förderte. Die Einrichtung des bürokratischen Prüfungssystems, das vom Konfuzianismus geprägt war, war ein Schlüsselfaktor für die Organisation der Kultur. Taiwan wurde zunehmend chinesischer, insbesondere von 1887 bis 1895 unter der Führung des Gouverneurs Liu Mingchuan, als die Insel zur eigenständigen chinesischen Provinz wurde.

01 Während es Mitte der 1980er Jahre kaum spezifische Publikationen zu Taiwan gab, spricht man heute von der „goldenen Zeit“ der Taiwanforschung (Dafydd Fell/Hsin-Huang Michael Hsiao, *Taiwan Studies Revisited*, in: dies. (Hrsg.), *Taiwan Studies Revisited*, London 2020, S. 5.). Es gibt spezielle Buchreihen (beispielsweise von Routledge und Brill) und seit 2018 das *International Journal of Taiwan Studies*. Weltweit befassen sich drei Vereinigungen mit Taiwan: NATSA (North American Taiwan Studies Association, gegründet 1994), JATS (Japanese Association of Taiwan Studies, gegründet 1998) und EATS (European Association of Taiwan Studies, gegründet 2004).

02 Seit 2008/9 verwendet Taiwan heute offiziell das in der Volksrepublik China entwickelte *Hanyu Pinyin* zur Romanisierung chinesischer Schriftzeichen. Die zehn größten Städte sowie Eigennamen sind hiervon jedoch ausgenommen. Bei der ersten Verwendung eines Namens werde ich daher in Klammern die von *Hanyu Pinyin* abweichende übliche Umschrift angeben.

03 Vgl. David Blundell, *Austronesian Taiwan: Linguistics, History, Ethnology, and Prehistory*, Taipei 2001.

04 Vgl. Jens Damm, *Taiwanstudien und -forschung in Deutschland*, in: *Asien* 144/2017, S. 23–35.

05 Vgl. Ann Heylen, *Taiwan in Late Ming and Qing China*, in: Gunter Schubert (Hrsg.), *The Taiwan Handbook on Contemporary Taiwan*, Abingdon–New York 2016, S. 7–21.

UNTER JAPANISCHER HERRSCHAFT (1895–1945)

Nach dem chinesischen-japanischen Krieg endete diese Periode 1895, Taiwan wurde zu einer Kolonie des immer mächtiger werdenden imperialen Japans. Nach der Übergabe Taiwans an Japan kam es zum Widerstand der Gentry, also dem Teil der Bevölkerung, der die chinesische Beamtenprüfung absolviert hatte (etwa 1 Prozent), und reicher Kaufleute, und im Mai 1895 wurde die Republik Formosa gegründet, um Japans Übernahme zu blockieren. Durch die Erklärung der Gründung eines demokratischen Staates in Taiwan hofften die Gründer, die Unterstützung der westlichen Mächte gegen die Übernahme Japans zu gewinnen – jedoch vergeblich: Nach 13 Tagen war Schluss, und Taiwan wurde schließlich im Einklang mit dem Shimonoseki-Vertrag an Japan übergeben. Die japanische Kolonialpolitik gegenüber der Han-Bevölkerung kann in vier Stufen unterteilt werden: die militärische Unterdrückungsperiode (1895–1902); eine japanisch-chinesische Periode, in der die Chinesen prinzipiell weiterhin chinesische Sprache und Kultur verwenden durften (1903–1917); eine Assimilationsperiode (1918–1936), in der es kurzfristig zu Liberalisierungen kam und Taiwanesen beispielsweise ihr eigenes Parlament forderten; und die sogenannte Kominka-Periode (1937–1945), in der Taiwanesen zu Bürgern des japanischen Kaisers werden sollten, also zu „reinen“ Japanern in Kultur, Sprache, Religion und Lebensweise. Darüber hinaus wurden die Jugendlichen mobilisiert, um sich Japans militärischen Bemühungen im Ausland anzuschließen, weil die Politik der Kominka eng mit dem Militarismus verwoben war. Zugleich verfolgte Japan eine Separationspolitik gegenüber den Han-Taiwanesen und der indigenen Bevölkerung. Aufstände wurden brutal unterdrückt.

Die japanische Periode war durch einen dualen Prozess der Kolonisierung und Modernisierung geprägt, wobei insbesondere der Modernisierungsprozess bis heute in Taiwan als positiv gesehen wird. Dazu kommt, dass im japanischen Aggressionskrieg Taiwan bereits ein integraler Teil von Japan war und Taiwanesen als Soldaten auf der japanischen Seite kämpften. Von den Grausamkeiten, die die japanische Armee in China und Südasien beging, war Taiwan nicht betroffen. In den Modernisierungsprojekten ermutigten die Kolonialbehörden die Han-Taiwanesen, das zu verwerfen, was sie als „drei große schlechte alte Gewohnheiten“ ansahen – Opi-

umrauchen, Tragen eines Zopfes von Männern und Fußbinden für Frauen. Zu den neu gegründeten Institutionen gehörten die Eisenbahn, Postdienste, Krankenhäuser, Banken und Schulsysteme für eine moderne Bildung. Ein erheblicher Teil von ihnen ist im heutigen Taiwan noch physisch sichtbar.⁰⁶

AUTORITÄRE GUOMINDANG-HERRSCHAFT (1945–1986)

Nachdem Japan im Zweiten Weltkrieg besiegt worden war, gelang es der chinesischen Regierung unter Jiang Jieshi, die Insel auf Grundlage der Konferenz von Kairo von November 1943 für sich zu reklamieren, 1945 erreichten chinesische Truppen die Insel. Anfänglich hieß die Bevölkerung Taiwans die neuen Herrscher willkommen, doch diese Einstellung änderte sich rasch. Taiwan war bis 1945 kaum vom Krieg berührt und hatte einen bedeutend höheren Lebensstandard als China. Nach 1945 hingegen war Taiwan stark vom chinesischen Bürgerkrieg zwischen der Guomindang (GMD), der Nationalen Volkspartei Chinas, und der Kommunistischen Partei Chinas betroffen, es kam zu Inflation, die Arbeitslosigkeit stieg an, der Lebensstandard sank, und die japanische Verwaltung, die als effizient galt, wurde von einer korrupten GMD und Festlandchinesen übernommen. Am 2. Februar 1947 kam es zu einem Aufstand der taiwanischen Bevölkerung gegen die neuen Herrscher, in dessen Folge Zehntausende Taiwanesen, de facto die gesamte unter der japanischen Herrschaft groß gewordenen Elite, ermordet wurden.⁰⁷ Als Mao Zedong den Bürgerkrieg in China gewann, kamen zusätzlich ein bis zwei Millionen Festlandchinesen nach Taiwan, und die Regierung unter Jiang Jieshi wurde von den Westmächten als offizielle Regierung Gesamtchinas anerkannt, obwohl sie de facto nur Taiwan und einige wenige Inseln vor dem Festland Chinas kontrollierte. Innenpolitisch regierte Jiang Jieshi die Insel autori-

tär, Posten in Verwaltung und Erziehung wurden fast ausschließlich mit Festlandchinesen besetzt. Die GMD war zudem entschlossen, ein brutales Kriegsrechtsregime einzusetzen, um alle möglichen materiellen und personellen Ressourcen zur Verteidigung gegen eine erwartete kommunistische Invasion zu mobilisieren und die Basis für einen Gegenangriff vorzubereiten.

Bis in die 1980er Jahre litt Taiwan unter dem „Weißen Terror“. Ebenso wie die Japaner in der Kominka-Periode versuchten, Taiwan zu japanisieren, wurden Taiwanesen nun gezwungen Hochchinesisch (also die Sprache Beijings) zu lernen, und nur die festländische Kultur wurde als erhaltenswert anerkannt. Wirtschaftlich entwickelte sich die Insel rasch, wenn auch unter Missachtung sämtlicher Umweltschutzmaßnahmen. Im privaten Bereich konnten sich Taiwanesen wirtschaftlich ungehindert betätigen, während die Dominanz der Festlandchinesen in Verwaltung, Politik und Wissenschaft bis zur Aufhebung des Ausnahmezustandes 1987 anhielt. Zusammen mit Singapur, Hongkong und Südkorea entwickelte sich Taiwan zu einem der vier „Tigerstaaten“ beziehungsweise „Drachenstaaten“, wie es auf Chinesisch heißt. In den späten 1970er Jahren liberalisierte sich die Insel zögerlich, als Jiang Jingguo, der Sohn Jiang Jieshis, Präsident (1978–1988) wurde. Wenn es auch nicht zu einer Demokratisierung kam, gelang es Taiwanesen, in Verwaltung und Politik vorzudringen.⁰⁸

Zwischen 1949 und 1979 stand das Verhältnis zwischen Beijing und Taipei im Zeichen der Verlängerung des chinesischen Bürgerkriegs und des Duells zwischen Jiang Jieshi und Mao Zedong: Beijings Taiwan-Politik sprach von „Befreiung“, während Taiwan „das Festland zurückgewinnen“ wollte. Das Gleichgewicht der diplomatischen Macht begann sich in den 1970er Jahren zu neigen, beginnend mit dem Besuch des US-Präsident Richard Nixon 1972, abgeschlossen mit der Anerkennung Chinas durch die USA 1979. Dieser Wandel wurde weniger durch die politischen Aktionen Taiwans oder des Festlandes, sondern eher durch Verschiebungen in den internationalen Kräfteverhältnissen, insbesondere mit Blick auf den Ost-West-Konflikt, eingeleitet.

06 Vgl. Leo T.S. Ching, *Becoming „Japanese“: Colonial Taiwan and the Politics of Identity Formation*, Berkeley 2001; Wan-Yao Chou, *Taiwan under Japanese Rule (1895–1945)*, in: Schubert (Anm. 5), S. 22–35; Wan-Yao Chou, *Between Heimat and Nation: Japanese Colonial Education and the Origins of „Taiwanese Consciousness“* in: John P. Fitzgerald/Sechin Y.-S. Chien (Hrsg.), *The Dignity of Nations: Equality, Competition and Honour in East Asian Nationalism*, Hongkong 2006, S. 115–139, S. 231–236.

07 Vgl. Stefan Fleischauer, *Der Traum von der Eigenen Nation: Geschichte und Gegenwart der Unabhängigkeitsbewegung Taiwans*, Wiesbaden 2008.

08 Vgl. Bruce J. Jacobs, *Democratizing Taiwan*, Leiden 2012; Hsin-Huang Michael Hsiao/Yu-Yuan Kuan, *The Development of Civil Society Organizations in Post-authoritarian Taiwan (1988–2014)*, in: Schubert (Anm. 5), S. 253–267.

TAIWAN WÄHREND UND NACH DEM DEMOKRATISCHEN ÜBERGANG (AB 1987)

Nachdem sich bereits in den frühen 1980er Jahren unabhängige Politiker in Wahlen (*Dangwai*, außerhalb der Partei) durchsetzen konnten, gründeten diese Abgeordneten 1986 die Demokratische Fortschrittspartei (DPP). Die regierende GMD tolerierte die Parteigründung, und relativ überraschend verkündete Präsident Jiang Jingguo am 15. Juli 1987 das Ende des bereits seit 20. Mai 1949 bestehenden Ausnahmezustandes. Wenn auch viele Regelungen noch in Kraft blieben, kam es rasch zur Bildung von Oppositionsparteien, zu einer Liberalisierung der strikten Sprachpolitik, der Gründung von zahlreichen Zeitschriften und Zeitungen, einer Liberalisierung von Radio und Fernsehen. Taiwanische Politiker begannen offen, von einer taiwanischen Unabhängigkeit zu sprechen. Nachdem Taiwan 1971 aus den Vereinten Nationen ausgeschlossen worden war, hatte sich eine starke taiwanische Zivilgesellschaft entwickelt. Dabei übte ein Teil starken Druck aus, um „Reform und den Wandel“ in der Gesellschaft voranzutreiben, während sich philanthropische und gemeinwohlorientierte Organisationen auf soziale „Stabilität und Zusammenhalt“ konzentrierten.⁰⁹ Das Zusammenspiel von Wandel und Stabilität war in den vergangenen drei Jahrzehnten entscheidend für die Dynamik der taiwanischen Gesellschaft.¹⁰

1996 wurde der Taiwanese Li Denghui, der bereits seit dem Tode Jiang Jingguos Präsident war, in einer Direktwahl im Amt bestätigt. Viele Akademiker mit Festland-Hintergrund und ihre ausländischen Kollegen haben ihm vorgeworfen, die GMD verraten zu haben, während andere seinen großen Beitrag zur Demokratisierung Taiwans und zur Beendigung der Diktatur von Jiang Jieshi und Jiang Jingguo hervorheben. Noch bedeutsamer war die Wahl des DPP-Kandidaten Chen Shuibians, ein ehemaliger politischer Gefangener, zum Präsidenten Taiwans im Jahr 2000. Auch wenn seine Präsidentschaft nach acht Jahren unrühmlich mit einer Anklage und Verur-

teilung wegen Korruption endete, gelang es ihm doch in seiner Regierungszeit, die Taiwan-Treue von Bürokratie und Militär zu fördern. Auch kulturell und im Erziehungsbereich setzte er sich für eine Desinisierung und Taiwanisierung der Insel ein.

Die GMD kehrte 2008 an die Macht zurück. Präsident Ma Yingjiu pflegte in den folgenden acht Jahren als Präsident erfolgreich die wirtschaftlichen Beziehungen zu China, was dazu beitrug, dass die taiwanischen Kräfte gesellschaftlich, kulturell und politisch erstarkten. 2016 und 2020 gewann dann die Kandidatin der DPP, Cai Yingwen, die Präsidentschaftswahlen und setzte zusammen mit einer Mehrheit im Parlament die Taiwanisierungspolitik Chen Shuibians fort. Wirtschaftlich versucht Taiwan seitdem, sich stärker in Südostasien und mit Japan zusammenzuschließen und politische Allianzen gegen die Volksrepublik China zu schmieden. Hinzu kam eine stärker nationalistisch ausgerichtete Politik unter dem chinesischen Staatspräsidenten Xi Jinping, die Taiwan weiter von China entfremdete. Nach der Wiederwahl Cai Yingwens 2020 schränkte China den Tourismus auf die Insel stark ein – ein, wenn auch nicht der einzige Grund dafür, dass Taiwan heute einer der wenigen fast Covid-19-freien Regionen der Welt ist.

TAIWAN HEUTE

Taiwan ist seit 1996 eine semipräsidentielle Republik mit Direktwahl des Präsidenten.¹¹ Politisch ist es gespalten in zwei Lager. Das sogenannte blaue Lager, insbesondere bestehend aus der GMD, betrachtet Taiwan prinzipiell als Teil von China (wobei China hier nicht gleichzusetzen ist mit der Volksrepublik China), möchte die Beziehungen zu Festland-China verbessern und arbeitet langfristig auf eine Vereinigung hin. Auf der anderen Seite steht das grüne Lager, insbesondere bestehend aus der DPP, das Taiwan zu einem international anerkannten, unabhängigen Staat machen will und auf die historischen, gesellschaftlichen und politischen Unterschiede Taiwans im Vergleich zu China verweist. Umfragen zeigen anhaltend einen stetigen Trend weg von der Identität von „ausschließlich Chinesen“ und „so-

⁰⁹ Hsin-Huang Michael Hsiao/Yu-Yuan Kuan, The Development of Civil Society Organizations in Post-authoritarian Taiwan (1988–2014), in: Schubert (Anm. 5), S. 253–267, hier S. 254.

¹⁰ Vgl. Bruce J. Jacobs, Taiwan During and After the Democratic Transition (1988–2016) in: Schubert (Anm. 5), S. 51–67.

¹¹ Vgl. Gunter Schubert/Jens Damm (Hrsg.), Taiwanese Identity in the 21st Century: Domestic, Regional, and Global Perspectives, New York 2011.

wohl Chinesen als auch Taiwanesen“ hin zu „ausschließlich Taiwanesen“ (der mittlerweile größten Kohorte).¹²

Das **Mediensystem**, früher ein zentrales Instrument zur Kontrolle der Bevölkerung, hat sich liberalisiert. Heute ist Taiwan von einer Vielzahl von privaten TV-Stationen und Zeitschriften geprägt, die freier sind als in allen vergleichbaren Staaten Asiens.¹³

Das **Justizsystem** gilt als wenig korrupt, das oberste Verfassungsgericht als unabhängig. Ein Problem, das die EU immer wieder bemängelt, ist die Vielzahl an Todesurteilen, die trotz Versprechungen der regierenden DPP weiterhin vollstreckt werden.

Seit den 1950er Jahren erlebte Taiwan eine rasche **wirtschaftliche Entwicklung**, die sich in den vergangenen Jahren jedoch verlangsamte. Beispielsweise betrug das Bruttosozialprodukt pro Kopf 2019 25 873 US-Dollar, etwa die Hälfte von Südkorea, obwohl beide Länder jahrzehntelang eine ähnliche Entwicklung aufwiesen. Wichtige Sektoren sind zum einen die verarbeitende Industrie, vor allem im Süden, die jedoch kaum gut bezahlte Jobs hervorbringt. Bedeutsamer sind Computerindustrie, beispielsweise Halbleiterproduktion, und Biotech.

Ausgehend von den 1990er Jahren kam es zu einer bemerkenswerten Entwicklung eines gesetzlichen **Sozialsystems**, einschließlich der Einführung der Nationalen Krankenversicherung, einer Arbeitslosenversicherung, Zulagen für ältere Menschen, des besonderen Schutzes von Kindern und Frauen vor Gewalt und schließlich des Nationalen Rentensystems 2008.¹⁴

Nachdem **Umweltprobleme** jahrelang ignoriert wurden, fand ein Umdenken in den 1990er Jahren statt. Taiwan ist heute Weltmeister im Recycling, und der Individualverkehr wurde ergänzt durch den Bau von U-Bahnen in den großen Städten und einer Hochgeschwindigkeitsstrecke von Taipeh nach Gaoxiong (Kaohsiung) im dicht besiedelten Westen der Insel. Das größtenteils noch aus der japanischen Zeit stammende Eisenbahnsystem wurde erneuert und in den großen Städten Fahr-

radwege angelegt, ebenso ein Leihradsystem eingeführt. Der lange Zeit unregulierte Bau von Industrieanlagen und Wohnungen führt aber bis heute dazu, dass nur ein Teil des Abwassers geklärt wird und das Grundwasser verseucht ist, weshalb Trinkwasser aus Speicherseen in den Bergen gewonnen werden muss. Insbesondere der Süden der Insel ist zudem stark von Luftverschmutzung betroffen; Gründe hierfür sind veraltete Industrien, der Individualverkehr und große Kohlekraftwerke. Auch wenn Taiwan zunehmend auf Elektrofahrzeuge setzt, erfolgt die Energiegewinnung weiterhin zumeist mit Kohle oder Kernkraft, was angesichts Taiwans geografischer Lage (Taifune, Erdbeben) und der geopolitischen Situation (Konflikt mit China) zunehmend kritisiert wird.¹⁵

In Taiwan leben heute im Wesentlichen vier **ethnische Gruppen**, wobei die seit den 1990er Jahren insbesondere aus Südostasien und der Volksrepublik China neu Eingewanderten auch als fünfte Gruppe gelten und ungefähr 2 Prozent der Bevölkerung stellen. Mehr als 75 Prozent gehören zu den vor allem aus Fujian im 17. und 18. Jahrhundert eingewanderten Hoklo-Chinesen; die im gleichen Zeitraum eingewanderten Hakka-Chinesen machen 10 bis 15 Prozent aus, die nach 1945 eingewanderten Festlandchinesen weniger als 10 Prozent.¹⁶ Die indigene Bevölkerung stellt mit ihren 540 000 Einwohner nur etwa 2,3 Prozent der Gesamtbevölkerung Taiwans. Seit Mitte der 1990er Jahre hat sich ihre gesellschaftliche Situation stark verbessert. 1996 richtete die Zentralregierung einen „Rat der indigenen Völker“ auf Kabinettschicht ein. 1998 wurde der Indigenous Education Act verabschiedet, um die Entwicklung der indigenen Bildung und den Erhalt indigener Sprachen und Kultur zu fördern. Dies trug sicherlich zu Taiwans neuer Phase des demokratischen Fortschritts hin zum Multikulturalismus bei. Zudem richtete die Regierung nach jahrelangen politischen Bemühungen der Hakka 2001 den Rat für Hakka-Angelegenheiten ein, der vor allem die Bewahrung und Förderung der Sprache und Kultur von Hakka überwachte – also der kleinsten Han-chinesischen Ethnie.¹⁷

¹² Vgl. Gunter Schubert, Towards the End of a Long Journey: Assessing the Debate on Taiwanese Nationalism and National Identity in the Democratic Era, in: *Asien* 98/2006, S. 26–44.

¹³ Vgl. Jens Damm, Politics and the Media, in: Schubert (Anm. 5), S. 184–198.

¹⁴ Vgl. Yeun-Wen Ku/James Cherng-Tay Hsueh, Social Welfare, in: Schubert (Anm. 5), S. 342–358; Tse-Kang Leng, Taiwan and Economic Globalization, in: ebd., S. 233–250.

¹⁵ Vgl. Simona Alba Grano, Environmental Issues Facing Taiwan, Center for East Asia Policy Studies 2015.

¹⁶ Vgl. Jens Damm, The Multiculturalization of Taiwan: From a Unified Han-Identity to the „Four Great Ethnic Groups“, in: *Berliner Chinahefte* 38/2012, S. 72–89.

¹⁷ Vgl. Chun-Chieh Chi, Indigenous Movements and Multicultural Taiwan, in: Schubert (Anm. 5), S. 268–279.

Meilensteine auf dem Weg zur **Gleichberechtigung** waren der Sexual Assault Prevention and Control Act (1993), der Domestic Violence Prevention Act (1999), das Gleichstellungsgesetz (2004) und der Sexual Harassment Prevention Act (2009). Taiwans Frauen erlangten nach und nach gleiche eheliche Eigentumsrechte. Der Gender Equity Education Act, der Schulen auf allen Ebenen verpflichtet, jährliche Gender-Fortbildungen anzubieten, eröffnete Frauen- und auch queeren oder LGTBQ-Bewegungen gesellschaftlichen Raum. Zudem entschied das taiwanische Verfassungsgericht am 24. Mai 2017, dass die Begrenzung der Ehe auf Mann und Frau verfassungswidrig ist. Die Richter gaben dem Parlament zwei Jahre Zeit, um neue Gesetze zu ändern oder zu erlassen. Am 17. Mai 2019 verabschiedete die Legislative Yuan das Gesetz zur gleichgeschlechtlichen Ehe.¹⁸

Taiwan kennt keine Staatsreligion(en) und erlaubt eine individuelle Gewissensfreiheit. Eine Mehrheit der Taiwanesen gehört daoistischen (chinesischen) und buddhistischen **Religionen** an, eine gut organisierte Minderheit (weniger als 5 Prozent) christlichen Kirchen. Es gibt aber auch einige Muslime im Land. Insgesamt herrscht ein friedlicher Umgang aller Religionen untereinander.¹⁹

Kulturell hat sich in Taiwan eine vom Festland unabhängige Literatur entwickelt; Werke von Bai Xianyong und Qiu Miaojin, um nur zwei zu nennen, wurden auch ins Deutsche übersetzt. Zudem entwickelte sich in Taiwan eine international bekannte und ausgezeichnete Filmbewegung, das sogenannte Taiwan New Cinema, die 1982/1983 begann und ab 1987, dem Jahr, als das Kriegsrecht aufgehoben wurde, zu neuen Höhen emporstieg.²⁰

18 Vgl. Yun Fan/Wei-ting Wu, *The Long Feminist March in Taiwan*, in: Schubert (Anm. 5), S. 313–325; Timothy S. Rich/Isabel Eliassen, *Has Taiwanese Public Opinion on Same-Sex Marriage Changed?*, 11. 9. 2020, <https://thediplomat.com/2020/09/has-taiwanese-public-opinion-on-same-sex-marriage-changed/>.

19 Vgl. André Laliberté, *Religion and Politics*, in: Schubert (Anm. 5), S. 326–342; Michael Rudolph, *Nativism, Ethnic Revival, and the Reappearance of Indigenous Religions in the ROC: The Use of the Internet in the Construction of Taiwanese Identities*, in: *Heidelberg Journal of Religions on the Internet* 2.1/2006, S. 41–53.

20 Vgl. Ivy I-Chu Chang, *Taiwan Cinema, Memory, and Modernity*, Basingstoke 2019; Nikky Lin/Chris Wen Li, *A Taiwanese Literature Reader*, Amherst 2020.

21 Vgl. Jens Damm, *Covid-19 and Taiwan in the German Media*, August 2020, www.eats-taiwan.eu/newsletter/issue-16.

Taiwan ist einer der wenigen Gebiete weltweit, in denen es seit Monaten kaum zu einer lokalen Verbreitung von **Covid-19** gekommen ist. Nach dem SARS-Ausbruch 2002 hatte sich Taiwan intensiv auf eine neue Pandemie vorbereitet. Früher als westliche Länder hat Taiwan den Flugverkehr zu China eingestellt, eine effiziente Track-und-Trace-Strategie umgesetzt sowie ein Quarantäneprogramm eingeführt. Die Bevölkerung zog mit, und auch ohne einen harten Lockdown und als direkter Nachbar von China hat es Taiwan geschafft, das Virus erfolgreich einzudämmen. Das gut ausgebaute staatliche Gesundheitssystem trug ebenso dazu bei wie eine intensive Verknüpfung vorhandener Daten. In Deutschland oft geäußerte Datenschutzargumente spielen hier wie in anderen (demokratischen) asiatischen Ländern keine besondere Rolle.²¹

SCHLUSS

Für eine umfassende „Chinakompetenz“ ist auch Wissen über Taiwan erforderlich, vor allem aus zwei Gründen. Zum einen spielt die Taiwan-Frage geopolitisch eine nach wie vor bedeutsame Rolle, insbesondere, da sich die Positionen Taipeis und Beijings immer weiter voneinander entfernen. Beijing beharrt darauf, dass es in einem überschaubaren Zeitraum zu einer Vereinigung der Insel mit dem Festland kommen muss. Wenn möglich mit friedlichen Mitteln, militärische Optionen werden aber nicht ausgeschlossen. In Taiwan hingegen wird seit einigen Jahren die Besonderheit der Insel betont. Wenn schon keine formale Unabhängigkeit erreicht werden kann, soll zumindest der Status quo mit allen Mitteln erhalten werden. Zum anderen hat die Entwicklung Taiwans als einer primär chinesisch geprägten Gesellschaft gezeigt, dass die chinesische Kultur mit einer demokratischen und liberalen Gesellschaft vereinbar ist.

JENS DAMM

ist assoziierter Mitarbeiter am European Research Center on Contemporary Taiwan (ERCCT) an der Eberhard Karls Universität Tübingen und Vorstandsmitglied der European Association of Taiwan Studies (EATS e. V.)

jens.damm@fu-berlin.de

Zum Weiterlesen.



2018
Bestell-Nr. 4337



2020
Bestell-Nr. 72008

China

China ist nicht nur wegen der derzeit grassierenden Corona-Pandemie im Brennpunkt des öffentlichen Interesses. Fragen wie, welche Rolle das bevölkerungsreichste Land der Erde zukünftig spielen und welchen Einfluss es auf Europa, auf Deutschland, haben wird, sind drängender denn je. Denn mit dem Aufstieg Chinas zur Wirtschaftsmacht verändern sich nicht nur globale Verflechtungen in Politik und Wirtschaft, sondern auch Werte und Normen.

Das öffentliche Meinungsbild zu China ist in vielen Fällen gespalten, teils fehlt es auch an Informationen. Manche sehen im Erfolg Chinas die Chance auf eine multipolare und gerechtere Weltordnung. Andere befürchten, dass mit China ein undemokratischer, nicht-liberaler Staat den Aufstieg schafft und damit Werte wie Menschenrechte und Demokratie untergräbt. Nicht zuletzt haben Schlagworte wie digitale Überwachung (Social Credit System) oder die Umerziehungslager für Uigurinnen und Uiguren den Anstoß für tiefgreifende Debatten über digitale Selbstbestimmung und Minderheitenrechte gegeben. Grund genug, sich also intensiver mit China zu befassen.

Das vorliegende Dossier wird 2020/2021 aktualisiert und erweitert.

Warum ist China wichtig?

Rolle und Verständnis des chinesischen Staates
Thomas Heberer, Universität Duisburg
Essen, gibt in seinem Kommentar einen Einblick in die chinesische Staatslogik. Er spricht sich für ein besseres Verständnis und den gemeinsamen Dialog aus, denn nur mit China seien globale Probleme wie etwa der Klimawandel lösbar.
> Mehr lesen

Chinas Außenpolitik – wie umgehen mit dem selbstbewussten Riesen?
Eberhard Sandschneider, Freie Universität Berlin, rät zu Pragmatismus. In seinem Kommentar legt er auch dar, was Entscheidungsträger/-innen oft daran hindert, China multidimensional und ganz ohne Angst zu sehen.
> Mehr lesen

bpb.de/China



Herausgegeben von der
Bundeszentrale für politische Bildung
Adenauerallee 86, 53113 Bonn
Telefon: (0228) 9 95 15-0



Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 5. Februar 2021

REDAKTION

Anne-Sophie Friedel
Sascha Kneip
Johannes Piepenbrink
Frederik Schetter (Volontär)
Anne Seibring (verantwortlich für diese Ausgabe)
apuz@bpb.de
www.bpb.de/apuz
twitter.com/APuZ_bpb

APuZ
Nächste Ausgabe
9/2021, 1. März 2021

DER ZOO

Newsletter abonnieren: www.bpb.de/apuz-aktuell
Einzelausgaben bestellen: www.bpb.de/shop/apuz

GRAFISCHES KONZEPT

Charlotte Cassel/Meiré und Meiré, Köln

SATZ

le-tex publishing services GmbH, Leipzig

DRUCK

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG,
Mörfelden-Walldorf

ABONNEMENT

Aus Politik und Zeitgeschichte wird mit der Wochenzeitung
Das **Parlament** ausgeliefert.
Jahresabonnement 25,80 Euro; ermäßigt 13,80 Euro.
Im Ausland zzgl. Versandkosten.
FAZIT Communication GmbH
c/o InTime Media Services GmbH
fazit-com@intime-media-services.de

Die Veröffentlichungen in „Aus Politik und Zeitgeschichte“ sind keine Meinungsäußerungen der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung. Beachten Sie bitte auch das weitere Print-, Online- und Veranstaltungsangebot der bpb, das weiterführende, ergänzende und kontroverse Standpunkte zum Thema bereithält.

ISSN 0479-611 X



Die Texte dieser Ausgabe stehen unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ
Namensnennung-Nicht Kommerziell-Keine Bearbeitung 3.0 Deutschland.



APuZ

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

www.bpb.de/apuz